

Quellen zur Alltagsgeschichte in Preußisch-Litauen Teil 3/II (Schluss)

Tausend Jahre II: 1939-1945

Gerhard Bauer

---Man kann den Krieg nicht schönfärben¹---

*---Stalin hat Hitler im Blut der sowjetischen Menschen ertränkt.
In meinem Land gibt es keine Familie ohne Kriegstote²---*

Der Versuch des Autors sich an die Vorgaben der Redaktion zu halten - die Entwicklung in Nord-Ostpreußen in den Jahren 1939-1945 auf 50 Seiten zu dokumentieren - bedeutet in erster Linie kürzen und nochmal kürzen am Text und auf eigene Kommentare zu verzichten. Dokumentation und Quellen rücken in den Vordergrund.

Hier einige Fakten:

1. Ganz Ostpreußen war ein Kriegslager in einem unvorstellbaren Umfange.
2. Vom Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion war fast jede Familie in Ostpreußen, direkt oder indirekt, betroffen. Während die NS-Propaganda den Endsieg (Dokumentation 1) über die Sowjetunion verkündet, finden wir bereits 1941 vermehrt Todesanzeigen (Dokumentation 2) gefallener deutscher Soldaten aus Ostpreußen.
3. Die Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur Ostpreußens seit 1939 waren signifikant. Auf den ländlichen Betrieben gab es kaum deutsche Männer im arbeitsfähigen Alter. Ein Großteil der erwachsenen männlichen Bevölkerung waren ausländische Zwangsarbeiter bzw. Kriegsgefangene. Die Strafen gegen diesen Personenkreis, besonders gegen Polen, waren bereits bei kleinen Vergehen rigoros.
4. Im Chaos des Rückzugs der Wehrmacht vor der Roten Armee gab es selbst für das deutsche Militär keine Hemmschwellen mehr, wie der zum Reichsverteidigungskommissar für Ostpreußen ernannte Gauleiter Koch zu berichten weiß: *Ihm sei aus tausenden von Briefen ostpreußischer Volksgenossen bekannt, daß die Wehrmacht in erschreckendem*

¹ Isabelle Clarke und Daniel Costelle (Filmmacher). FAZ v. 13. März 2010, Nr. 61

² Die Journalistin Katja Petrowskaja in Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung vom 19. Juni 2011 (Nr.24)

Umfange Häuser und Höfe ostpreußischer Flüchtlinge ausgeplündert habe, ohne daß dagegen durchgreifend eingeschritten worden sei.

Und: Es ist bekannt geworden, daß Soldaten wie Vandalen gehaust haben. Es wurden sinnlos Möbel zerschlagen, Betten aufgeschnitten, Ledersessel zerschnitten, Kunstgegenstände zerschlagen, Wohnungen verschmutzt. Ein Gärtnereibesitzer z. B. zeigt an, daß man ihn 4000 Gladiolenzwiebeln entwendet, alle Werkzeuge zerstört und alle Vorräte an Kranztüten, Seidenpapier, Seidenbändern, Kranzschleifen sowie die Druckapparate auf dem Boden zertrampelt habe. Während der Besetzung von Goldap sollen die Russen sich verhältnismäßig wenig angeeignet, dagegen sollen deutsche Soldaten nach der Wiedereinnahme der Stadt die Wohnungen restlos ausgeplündert habe (Bericht des Generalstaatsanwalts (Szelinski) v. 18. Januar 1945. (Tilitzki, 1991, S. 300))

5. Die 61. Infanteriedivision, eine ostpreußische Einheit, tat sich besonders durch Plünderungen auch an der eigenen Bevölkerung hervor.
6. Und doch bestimmte die Angst vor der heranrückenden Roten Streitmacht die Gemütslage und das Verhalten der Bevölkerung.
7. Die Informationspolitik der Nationalsozialisten behinderte weitgehend einen geordneten Rückzug bzw. Flucht.
8. Die Versorgungslage der Zivilbevölkerung wurde mit zunehmender Kriegsdauer prekär.
9. Als Problemgruppen wurden von den Justizbehörden u.a. ausgemacht: Kriminelle Jugendliche, gut versorgte Kriegswitwen, der politische Katholizismus im Ermland, die gezeigte Selbstsicherheit ausländischer Arbeitskräfte in der Öffentlichkeit.

NS-Herrschaft und Bevölkerung (1940 – 1945)

*---daß Litauer zahlreich die Grenze überschreiten
und sich dem Schmuggel widmen---*

*--- Die Polizeikräfte auf dem Lande reichen nicht aus,
um die Polen und Litauer genügend zu beaufsichtigen---*

1. **Alltag in Ostpreußen 1940 - 1945³**
2. **Bericht des Generalstaatsanwalt (i. V.: OStA Capeller)
vom 8. Februar 1940**

Die Stimmung der Bevölkerung ist im Allgemeinen gut und zuversichtlich. Das Vertrauen auf den Führer kann man als unbegrenzt bezeichnen. Deshalb wird auch mit einem glücklichen Ausgang des Krieges mit Sicherheit gerechnet, zumal bei allen Angelegenheiten des täglichen Lebens Überlegung und die sofort ordnende Hand zu spüren ist.

Etwas Bedrückung hat bei den Verkehrsschwierigkeiten und dem strengen und anhaltenden Frost die sehr empfindlich große Kohlenknappheit in unserer Provinz hervorgerufen. Die zuständigen Wirtschaftsbehörden tun aber alles Menschenmögliche, um der Schwierigkeiten Herr zu werden. In Königsberg wird teilweise auch die Jugend zur Kohlenverteilung herangezogen, da die Schulen zurzeit wegen Kohlenmangels geschlossen sind. Bei anhaltendem Frost werden

³ Tilitzki, Ch. 1991, 7: Die hier edierten Königsberger Justizlageberichte gestatten wenigstens für die Kriegsjahre 1940 bis 1945 den Einblick in eine vielschichtige Lebenswelt, wie sie bislang aus der isolierten Perspektive von Trauer und Sehnsucht nicht wahrgenommen werden konnte. Die Entstehung dieser Lageberichte ging auf das Bestreben des Reichsjustizministers Franz Gürtner zurück, unabhängig von Himmlers Sicherheitsdienst und anderen Parteistellen Informationen über politisch relevante Inhalte der Publikumsmeinung zu erhalten. Zu diesem Zweck wies er die Generalstaatsanwälte im Herbst 1935 an, alle zwei Monate kurze Übersichten, „politische Wetterberichte“ abzufassen. Wenig später wurde die Berichtspflicht auf die Oberlandgerichtspräsidenten ausgedehnt, sodass bis zum Oktober 1942 allmonatlich aus jedem der bis dahin 34 Oberlandgerichtsbezirke des Reiches die eingeforderten Berichte in der Wilhelmsstraße 65, dem Sitz des Reichsministeriums, eingingen. Mit Runderlaß vom 29.10.1942 wurde dann der Zwei-Monats-Rhythmus eingeführt, der bis zum Kriegsende in Kraft blieb. Die Königsberger Berichte in BA, R 22/3375, Bl. 1-283.

In der vorliegenden Quellensammlung werden Dokumente vornehmlich aus die ehemaligen „litauischen“ Kreisen, Memel(Klaipėda), Heydekrug (Šilutė), Tisit-Ragnit, Pillkallen (Schloßberg), Gumbinnen, Insterburg, Stallupönen(Ebenrode) auszugsweise wiedergegeben. Die Arbeit von Tilitzki zeichnet sich durch die genaue Quellenanalyse und wegen – einer Vielzahl von Anmerkungen und Verweisen – durch hohen Informationsgehalt und vorzügliches Bildmaterial aus.

alsbald auch die Behörden mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Nach dem Bericht des Oberstaatsanwalts in Tilsit wird vielfach die Tatsache nicht verstanden, daß eine große Anzahl älterer Männer eingezogen ist, während zahlreiche junge Leute noch zu Hause herumlaufen. Neuerdings soll sich bei Beamtenfrauen, deren Männer eingezogen sind, große Unruhe bemächtigt haben, weil Gerüchte umlaufen sollen, daß statt des Gehalts nur noch Familienunterstützung gezahlt werden soll. Im Tilsiter Bezirk ist es aufgefallen, daß Litauer zahlreich die Grenze überschreiten und sich dem Schmuggel widmen. Die Kaufleute scheinen zum Teil hierin eine Verdienstmöglichkeit zu sehen, die der Überwachung entzogen ist. Es besteht auch der Verdacht, daß diese litauischen Grenzläufer ihre Anwesenheit in Deutschland zu größeren Diebstählen benutzen wollen. Eine Verstärkung der Gendarmerien in den Grenzbezirken ist nach wie vor dringend erforderlich.

Zur Verhütung von Ausschreitungen Jugendlicher hat der Oberstaatsanwalt in Braunsberg inzwischen mit den Landräten und Kreisleitern der Kreise Braunsberg, Pr. Holland und Mohrungen Fühlung genommen. Mit den entsprechenden Stellen in Heiligenbeil wird er dies demnächst ebenfalls tun. Die beabsichtigten und zum Teil schon in Gang gesetzten Maßnahmen werden, wie er hofft, erfolgreich sein. Es sollen nunmehr Streifen eingerichtet werden, um vor allem zu verhindern, daß das abendliche und nächtliche Umhertreiben Jugendlicher auf den Straßen energisch unterbunden wird. Diese Streifen werden in den Städten etwa ab 7 Uhr abends eingesetzt und bestehen möglichst aus einem SA- oder SS-Führer, einem politischen Leiter, einem HJ-Führer und einem Hilfspolizisten, und zwar z. T. in Zivil. Die Streifen haben dafür zu sorgen, daß die Jugendlichen abends von der Straße und aus den Lokalen verschwinden. Evtl. werden die Eltern aufmerksam gemacht, in unübersichtlichen Fällen jedoch sollen die Jungen und Mädels nach Hause gebracht und, wo erforderlich, das Jugendamt, das Vormundschaftsgericht oder andere zweckmäßig erscheinende Stellen eingesetzt werden. Auf den Dörfern werden stichprobeweise Streifen in ähnlicher Zusammensetzung eingesetzt werden, die mit dem jeweiligen Ortsgruppenleiter Hand in Hand arbeiten und überraschend auftreten. Besonders im Kreise Mohrungen sind hiermit bereits gute Erfolge erzielt worden. Z. Zt. aber hat das kalte Wetter dazu beigetragen, daß die Klagen etwas zurückgegangen sind. Die oben angeführten Maßnahmen werden aber bei Nachlassen des Frostes überall im Bezirk in Angriff genommen werden und sind vom Herrn Oberpräsidenten und Gauleiter genehmigt. Vielleicht können sie die Anregung für ähnliche Anordnungen in der ganzen Provinz werden.

Im hiesigen Bezirk ist immer noch in gewissem Umfange bemerkbar, daß von der Bevölkerung unsinnige Käufe vorgenommen werden aus der Befürchtung einer Verknappung der eingekauften Sachen oder der Einführung der Bezugscheinpflicht für diese Sachen.

Die scharfe Strafjustiz in den Sondergerichtssachen findet weiterhin allgemeines Verständnis. Die Zahl der Todesurteile wird allerdings kritisiert. Das liegt zum Teil daran, daß es noch an dem notwendigen Verständnis dafür fehlt, wie gemeinschädlich das Treiben des asozialen Kriegsverbrechers ist und wie wichtig es für den Bestand der inneren Front in dem uns aufgezwungenen Lebenskampf ist, solche Volksschädlinge endgültig auszumerzen. Ein aufklärender Rundfunkvortrag von zentraler Stelle durch einen hohen Beamten der Reichsjustizverwaltung wäre vielleicht erwägenswert.

Gerüchtebildung über Zukunft des Memelgebiets, das auf Druck der UdSSR angeblich wieder an Litauen zurückgegeben werden soll. - Litauen ist in Memel ein Freihafen eingerichtet worden. Litauische Konsuln geben auf der Eröffnungsfeier im kleinsten Kreis zu verstehen, „daß sie alle die größte Angst vor Rußland hätten.“ - Unverhältnismäßig hohe Kriminalitätsrate im neuen LG-Bezirk Memel. Dies sei auf das litauische Bevölkerungselement zurückzuführen. - Der OStA Bartenstein berichtet, daß kriminelle Wehrmatsangehörige ihr in Polen „eingeübtes“ Verhalten gegenüber der eigenen Bevölkerung fortsetzen. Auch Verschiebung von Plünderungsgut aus Polen in den Kreisen Mohrunge und Lyck durch Angehörige der 61. Infanterie-Division sei vorgekommen.

3. Bericht des OLG-Präsidenten vom 4. März 1940

Auch Ostpreußen stand in den letzten Wochen im Zeichen der Kohlenknappheit, vielleicht noch stärker als das übrige Reich; das erklärt sich dadurch, daß hier die Kälte größer ist - ich habe an einem Nachmittag in Treuburg minus 38° festgestellt -, daß der gewöhnliche Zufuhrweg über See seit Monaten ganz fortgefallen ist, und daß über die Weichsel nur ein einziger Eisenbahnübergang (bei Dirschau) besteht, der nicht in der Lage ist, den gesamten Güterverkehr nach Ostpreußen zu bewältigen. Die Bevölkerung hat die Not ruhig hingenommen, zu Ausschreitungen ist es nicht gekommen, obwohl z. B. in Königsberg an einem Tage 75 000 Familien keine Heizmöglichkeit hatten. Durch Eintritt der mildereren Witterung und durch stärkere Zufuhr von Kohlen sind die Verhältnisse etwas besser geworden.

4. Bericht des Generalstaatsanwalts (i. V.: OStA Capeller) vom 14. April 1940

(...) Der Oberstaatsanwalt in Memel teilte mir mit: „Der Kohlenmangel war auch in Memel sehr fühlbar. Memel wurde vorwiegend auf dem Seeweg beliefert. In diesem Winter froren der Hafen und die See auf Meilen hinaus zu, so daß der Seetransport völlig aussetzte. Die Memeler Zellulosefabrik hat allein einen monatlichen Bedarf an Kohlen von 5 000 Tonnen.

Das sprunghafte Anziehen der Lebensmittelpreise bei gleichbleibendem Einkommen hat dazu beigetragen, daß mehr Einwohner als in früheren Jahren ihren Kohlenvorrat nur in kleinen Raten und nicht im Sommer auf einmal beziehen konnten. Das führte dazu, daß viele Familien im kalten Winter ohne Kohlen waren und bitter froren. (...)

Zunahme von Arbeitsvertragsbrüchen im Arbeitsamtsbezirk Tilsit. OStA geht dagegen im Wege des Schnellverfahrens vor. Hälfte der Strafgefangenen in Birkenwalde und Memel sind Litauer. Zunahme gewerbsmäßiger Abtreibungen an litauischen Arbeiterinnen. Eingriffe werden in litauischen Grenzorten vorgenommen, „daher keine Möglichkeit, von Memel aus strafrechtlich gegen Arbeiterinnen vorzugehen“. - Kommunistische Propaganda in Memeler Zigarettenfabrik Werblowski, wo handschriftlich gefertigte Zettel mit „klassenkämpferischem Inhalt“ in Zigarettenpäckchen gesteckt wurden, die für die Front bestimmt waren. Beziehungen der Arbeiterinnen zur KPD lassen sich nicht nachweisen. - Sondergerichtsverfahren gegen HJ-Führer wegen krimineller Delikte. Beunruhigung in Elternkreisen. - Maßnahmen von Gauleitung getroffen, um zunehmende Ausschreitungen Jugendlicher zu bekämpfen. -

7 a. Bericht von Oberstaatsanwalt Rode (Memel) vom 26. Juli 1940

Änderung der Lage an der Grenze nach Besetzung Litauens durch die Rote Armee. Rechtshilfsabkommen jetzt schwer durchführbar. Untere Organe der Roten Armee haben Redeverbot, politische Kommissare verhalten sich zwar korrekt, aber sind nicht so kooperativ wie vormals die litauischen Beamten. Grenzbevölkerung, die russische Invasion im Ersten Weltkrieg und Verschleppungen nach Sibirien noch in lebhaftester Erinnerung hat, ist auch wegen deutscher Truppenverstärkungen auf das Äußerste beunruhigt. Ständige Grenzverletzungen russischer Flieger und Truppen. Furcht vor russischem Überfall, erst Nachrichten über desolaten Zustand der Roten Armee wirken beruhigend. Ankunft russischer Deserteure. - Friedhofstimmung in den baltischen Staaten. In Memel und in Litauen Enttäuschung darüber, daß Reichsgrenze nicht bis zur Dubissa vorverlegt wurde. Russischer Herrschaft sieht man mit „Furcht und Grauen“ entgegen. - Gerüchte über die Umsiedlung der

Volksdeutschen aus Litauen in den Warthegau.- Eine führende Person der Deutschtumsbewegung in Memel als von Litauen ständig bezahlter Landesverräter entlarvt. -In bäuerlichen Kreisen Klagen über polnische Arbeitskräfte, die kaum Kenntnisse der Landarbeit mitbringen.

9. Bericht des OLG-Präsidenten vom 4. September 1940

Mitteilung über Demarche Kochs bei Heß und Himmeler, mit dem Ziel, Aufhebung VO über die Strafrechtseinführung vom 6. 6. 1940 zu erwirken. - Lebhaftes Erörterung der litauischen Verhältnisse unter sowj. Herrschaft. Der ehemalige Staatspräsident Smetona hat sich längere Zeit in Jägerhöhe bei Angerburg aufgehalten, Finanzminister Galvanuskas sei nach Memel emigriert, wo er ein Haus besitzt. - Scharfe Grenzkontrollen der Sowjets. Mannschaften ist jeder Verkehr mit deutschen Beamten untersagt. Sie sind angewiesen, bei jeder Grenzverletzung sofort von der Schußwaffe Gebrauch zu machen. - Bemühungen der UdSSR, Rechtsnachfolge der Republik Litauen anzutreten, insbesondere die Rechte im Memeler Freihafen zu erlangen.

10. Bericht des Generalstaatsanwalts (i. V.: OStA Capeller) vom 11. Oktober 1940

Auszug aus Vernehmung eines Volksdeutschen, der bei illegalem Grenzübertritt verhaftet und von den Sowjets in Polangen intensiv verhört wurde. - Grenze bei Memel am 20. 8. 1940 geschlossen. Danach Litauische Freihafengesellschaft im Vereinsregister gelöscht. - Schilderung sowj. Kontrollmethoden am Grenzbahnhof Bajohren. - Allgemeine Mißstimmung wegen der sich abzeichnenden ungenügenden Kohleversorgung. In Lyck Mehrbedarf wegen Einquartierung offenbar nicht berücksichtigt. Ungleichmäßige Versorgung der Behörden. Gerichtsgefängnis in Insterburg noch ohne Kohlevorrat. Oberpräsident Koch bereits beim Reichskohlenkommissar vorstellig geworden. Erhebliche Zunahme der Jugendkriminalität. Im LG-Bezirk Braunsberg seit 1933/34 um 100% gestiegen. Auch Zunahme der fahrlässigen Brandstiftungen durch kleine Kinder. Todesurteil im LG-Bezirk Lyck gegen einen Bauern, der sein eigenes Gehöft angesteckt hatte. - Öffentliche Erschießungen von Polen in Makow (20 Opfer) und Schirps (40 Opfer), für die die Gestapo verantwortlich ist. Nachfrage des OStA Zichenau beim Leiter der Gestapo Ziehenau. Stellungnahme abgelehnt. Auskünfte würden nur vorgesetzter Behörde erteilt. Nach Einschätzung des OStA handelt es sich um Vergeltungsmaßnahmen für Überfälle auf Gendarmeriebeamte. Erschießungen haben wegen der unwürdigen Form überall großes Aufsehen erregt.

11. Bericht des OLG-Präsidenten vom 4. November 1940

Unsere Beziehungen zu Rußland bilden auch jetzt noch den Gegenstand lebhafter Erörterungen. Die Russen haben einen etwa einen km breiten Streifen an der Grenze in freies Schußfeld verwandelt. Das dahinter liegende Gebiet ist bis zu einer Tiefe von 30-50 km evakuiert worden. In ganz kurzen Abständen sind Beobachtungstürme errichtet; auf jeden, der die Grenze zu überschreiten versucht, wird ohne Anruf geschossen; der kleine Grenzverkehr ruht vollständig.

Auf deutscher Seite wird mit großem Nachdruck von Schirwindt (nördlich Eydtkau) bis Ostrolenka am Ostwall gearbeitet; in diesem Grenzgebiet werden Bunker gebaut. Auch im nördlichen Teil bis nach Memel sind große Erdarbeiten im Gange. Südlich von Ostrolenka in Richtung auf Modlin werden Anfangsstellungen vorbereitet. Dem Vernehmen nach befinden sich 15 deutsche Divisionen im östlichen Grenzgebiet, von denen 8 in Ostpreußen liegen. Die Unterbringung der großen Truppenmassen ist nicht ohne Schwierigkeiten durchführbar gewesen. In fast jedem Hause ist Einquartierung; in den meisten Gerichten habe ich Räume zur Verfügung gestellt. Die Bevölkerung zeigte zunächst eine gewisse Beunruhigung, die aber jetzt nicht mehr besteht. (...)

12. Bericht des Generalstaatsanwalts (i. V.: EStA Bringmann) vom 9. Dezember 1940

Über die Stimmung an der russischen Grenze berichtet mir der Oberstaatsanwalt in Memel folgendes:

„Ab und zu kommen Deserteure der Rußischen Armee über die Grenze. Aus ihren Vernehmungen kann man einige Einblicke in die Gesinnung und Haltung der Russen gewinnen. In den Köpfen der mittleren und unteren Instanzen ist von einer Annäherung an Deutschland noch nichts zu spüren. (...)

Aus gleichen Vernehmungen war zu ersehen, daß die Stimmung unter der Bevölkerung jenseits der Grenzen, obwohl niemand es wagt, laut seine Meinung zu äußern, auch in den Kreisen stark gesunken ist, die zuerst den Russen nicht ablehnend gegenüber standen. Zwar sind die Löhne etwas höher geworden. Dafür aber haben die Preise erheblich angezogen, so daß der Lebensstandard auch der vermögenslosen Arbeiterschaft sich erheblich verschlechtert hat.

Die Deserteure finden daher bei der litauischen Bevölkerung Unterstützung. Kürzlich kam ein Deserteur aus Lettland. Er war in voller Ausrüstung. Er hatte vorgegeben, kommandiert zu sein und war damit sogar auf der Eisenbahn weitergekommen. Erst bei einem Grenzbauern hat er den Rock gewechselt.

Gelegentlich erlauben sich die Russen auch kleine Propagandatricks. So waren vor einiger Zeit deutsche Kinder, die aus Neugierde, mal Russen aus der Nähe

zu sehen, über die Grenze geraten waren, festgenommen worden. Sie wurden auf energische Vorstellungen des hiesigen Leiters der Grenzpolizei nach einigem Zögern - angeblich sollten sie drüben strafmündig sein - wieder freigelassen. Man hatte sie auf einem Gut aufs Beste einquartiert, gut gepflegt und sogar bedient, so daß sie begeistert zurückkamen."(...)

Klage geführt wird in der einheimischen Bevölkerung, daß gewisse Wehrmachtsangehörige Gänse in großer Zahl zum Versand in ihre Heimat aufkaufen und dabei jeden Preis zahlen. Man spricht von 30-40 Mark.

Auch wird von der Bevölkerung festgestellt, daß die Lebenshaltung immer teurer wird. Das bezieht sich zwar nicht so sehr auf die Lebensmittel. Aber auch der kleine Mann hat längst erkannt, daß die Ausgaben hierfür nur einen geringen Anteil an den Gesamtkosten der Lebenshaltung ausmachen. Die Preise für Kleidungsstücke jeder Art sind derart gestiegen, daß die weniger Bemittelten sie nicht bezahlen können. Wenn demgegenüber in Kaufmannskreisen darauf hingewiesen wird, daß die Preise in der Konfektion absichtlich in die Höhe geschraubt werden, um die Kauflust einzudämmen, so wäre eine solche Maßnahme nur geeignet, im höchsten Maße Unzufriedenheit bei den weniger Begüterten hervorzurufen, da diese von einer solchen Maßnahme doch allein betroffen würden. (...)

Die Tätigkeit des politischen Katholizismus hat nach einem Bericht des Oberstaatsanwalts in Braunsberg in der letzten Zeit außerordentlich zugenommen. Insbesondere soll der Bischof Kaller persönlich sehr tätig geworden sein; fast täglich soll er von früh bis spät zu Besuchen von Kirchen und neuerdings auch Schulen unterwegs sein. Beispielsweise soll er jetzt an dem Religionsunterricht in den Schulen von Heinrichsdorf und Vierzighuben (Kreis Braunsberg) teilgenommen haben, Schulen, die er seit vielen Jahren nicht mehr besucht hatte. Bei dieser Gelegenheit soll der Bischof sein Hauptaugenmerk ganz besonders auf die jüngsten Jahrgänge gerichtet und die Lehrer auf die Wichtigkeit der religiösen Erziehung gerade dieser Kinder hingewiesen haben.

Sehr stark wird nach dem Bericht desselben Oberstaatsanwalts z. Zt. von kirchlicher Seite an der Erfassung aller Katholiken durch das sogenannte „Laienapostolat“ gearbeitet. Zu diesem Zweck werden die Gemeinden, ganz ähnlich wie die Ortsgruppen der N.S.D.A.P., in kleine Einheiten eingeteilt, für die jeweils ein besonders zuverlässiger und aktiver Katholik verantwortlich ist. Die zu seiner Einheit gehörenden Katholiken hat er im Auge zu behalten und jede wichtige Wahrnehmung sofort dem zuständigen Pfarramt zu melden. Wenn der Bischof in einer Ansprache in der hiesigen Katharinenkirche auch betonte, daß der Zweck dieser Betreuung nur rein seelsorgerischer Art wäre und der Förde-

rung der Liebestätigkeit der Kirche dienen sollte, so ist doch der Oberstaatsanwalt der Ansicht, daß hier die Kirche der N.S.D.A.P. eine getarnte Organisation entgegenstellen will, die jederzeit auch politischen Zwecken dienstbar gemacht werden kann.

Diesem Ziel entspricht auch die Haltung des „Ermländischen Kirchenblattes“, das in seinen letzten Ausgaben sich besonders lebhaft für ein Führertum des Bischofs und der Geistlichkeit einsetzt. So heißt es beispielsweise in einem mit mehreren Bildern des Bischofs illustrierten Artikel „Der Bischof kommt!“

„Denn das ist eine Einheit, die unzerreißbar ist und alle Zeiten überdauern wird; Bischof und gläubiges Volk.“

Auch in den Kreisen des politischen Protestantismus beginnt es sich in der letzten Zeit wieder lebhafter zu regen. So teilte dem Oberstaatsanwalt in Braunsberg der Kreisleiter aus Pr. Holland kürzlich bei einer Besprechung mit, daß einige Bekenntnispfarrer seines Kreises neuerdings wieder sehr aktiv geworden wären. Insbesondere hätten sie gegen Partei- und Volksgenossen, die aus der Kirche ausgetreten sind, deswegen öffentlich und privat Vorwürfe erhoben, hätten andere Volksgenossen, die kirchlichen Dingen fernstehen, unaufgefordert und ohne jede Veranlassung mit langatmigen Darstellungen des Kirchenstreites behelligt usw. Strafanzeigen sind jedoch bisher noch in keinem Falle eingegangen

Jugendkriminalität in Allenstein und Osterode unter maßgeblicher Beteiligung von HJ-Angehörigen. - Klagen über freches Benehmen jugendlicher Verkäufer in Bartenstein. - In Braunsberg häufen sich Fälle verbotenen Umgangs deutscher Frauen mit polnischen Zivilarbeitern. In einigen Orten des LG-Bezirks Braunsberg deswegen Selbstjustiz: Frauen werden mit geschorenen Haaren und Plakaten („Wir sind Säue“) durch die Straßen geführt.

13. Bericht des OLG-Präsidenten vom 4. Januar 1941

Im früheren Memelland hat es Enttäuschungen hervorgerufen, daß die große wirtschaftliche Hilfe, die den Deutschen in den eingegliederten Ostgebieten durch die Steuerhilfeverordnung vom 9. Dezember 1940 zuteil geworden ist, nicht auch auf das Memelland ausgedehnt worden ist. Die Bevölkerung des Memelgebiets ist in der Zeit der Zugehörigkeit zu Litauen einer schweren wirtschaftlichen Notlage ausgesetzt gewesen. Nach der Rückgliederung des Gebiets stiegen die Preise vielfach über die des Altreichs, so daß sie jetzt den Stand der Preise in den größten Reichsstädten nicht nur erreichen, sondern häufig übersteigen. Dieser Umstand macht sich noch deshalb besonders empfindlich bemerkbar, weil die Bevölkerung bei der Währungsumstellung einen

erheblichen Teil der Kaufkraft ihres Vermögens eingebüßt hat. Die Bevölkerung des Gebiets kann es nicht verstehen, weshalb das Memelland anders behandelt wird als die übrigen, wenige Monate später zurück- bzw. neu erworbenen Gebiete. Bemerkbar macht sich ein Ansteigen der Jugendkriminalität. Es sind mehrere Fälle vorgekommen, in denen Jugendliche im Alter von etwa 15 bis 16 Jahren sich zu Banden zusammengeschlossen und Einbrüche begangen haben. Die Täter sind vielfach Schüler höherer Lehranstalten und Söhne gehobener Berufsschichten, die auch der H. J. angehörten.

14. Bericht des Generalstaatsanwalts (i. V.: OStA Capeller) vom 10. Februar 1941

(...) Zu der letzten Grenzregulierung hat der Oberstaatsanwalt in Memel berichtet: „Nun sind auch hier die Grenzen festgelegt worden. Demnächst beginnt der Treck der Deutschen aus Litauen ins Reich. Für den Memeler, der 93,1 Bahnkilometer von der nächsten deutschen Stadt (Tilsit), dafür aber nur 18 km von der nunmehr russischen Grenze entfernt liegt, bringt diese Regelung eine Enttäuschung. Bis in die letzte Zeit hinein hat man hier immer wieder hören können: Der Russe hat sich an unsere Abmachungen nicht gehalten. Aber 1941, da wird die ganze Frage noch einmal erörtert werden, da wird es zu den für Memel geradezu lebenswichtigen Berichtigungen der Grenzziehung kommen. Nun ist - gewiß aus für das gesamte Deutschland gültigen Erwägungen - gegen die Hoffnungen der Memeler Patrioten entschieden worden. Mit einem Vorfeld von nur 18 km wird Memel kaum eine brauchbare Festung, mit einem Hinterland von nur 18 km kaum in der Lage sein können, die stolze Tradition Rigas zu übernehmen, wie man es hier erhofft hatte.“

Zu den Grenzverhältnissen im Kreise Suwalki hat der Oberstaatsanwalt in Lyck folgendes berichtet:

„Die Bevölkerung des Kreises Suwalki besteht aus Bewohnern polnischer, litauischer und russischer Volkszugehörigkeit. Die in erster Zeit sehr häufigen Fälle des verbotenen Grenzübertritts und des Schmuggels haben in letzter Zeit erheblich nachgelassen. Dies ist vor allem auf die völlige Abschließung der jetzigen russischen Grenze zurückzuführen. Die Haltung der nichtdeutschen Bevölkerung ist im Wesentlichen als korrekt und zurückhaltend zu bezeichnen. Gleichwohl läßt es sich nicht verkennen, daß es - namentlich unter den Polen - immer noch Einzelne und auch ganze Gruppen gibt, die ihre feindselige Haltung gegenüber allem Deutschen oft nur mühsam verbergen, sie aber auch mitunter offen zum Ausdruck bringen, wofür die nicht seltenen Heimtückeverfahren beredtes Zeugnis ablegen. Diese Kreise hoffen immer noch, mit Hilfe Englands und Amerikas den Krieg zu gewinnen und die ihnen verhaßten

Deutschen aus dem Lande zu treiben. Inzwischen sind Teile der deutsch-russischen Umsiedlungskommission in Suwalki eingetroffen, die ihre Arbeit auf Grund des deutsch-russischen Umsiedlungsvertrages begonnen haben. Der Vertrag sieht die Rücksiedelung der Litauerdeutschen aus dem ehemaligen Litauen in das Memel- und Suwalkigebiet vor und die Aussiedelung der im Kreise Suwalki lebenden Bewohner russischer und litauischer Volkszugehörigkeit, sofern diese einen dahingehenden Wunsch äußern. Dieses Prinzip der Freiwilligkeit engt die Arbeit der deutschen Verwaltungs- und Umsiedlungsbehörden erheblich ein, denn die Möglichkeit, alle im Kreise Suwalki lebenden unerwünschten und kriminellen Elemente der russischen und litauischen Volkszugehörigkeit im Zuge dieser Umsiedlung mit einem Schlage abschieben zu können, ist dadurch sehr gering geworden. Bisherige Feststellungen haben ergeben, das lediglich ein Teil der russischen Bewohner ausgesiedelt zu werden wünscht und daß fast sämtliche litauische Volkszugehörigen den Wunsch geäußert haben, im Gebiet des Großdeutschen Reiches verbleiben zu dürfen. Die Angst vor dem Schicksal in Rußland überwiegt die Ungewißheit über ihr weiteres Schicksal in Deutschland. Nach Abschluß der deutsch-russischen Umsiedlungen, der etwa in zwei Monaten zu erwarten steht, soll die planmäßige Evakuierung der im Suwalkigebiet lebenden Polen in das Generalgouvernement in Angriff genommen werden.

Die Evakuierung von Juden und Polen aus einigen Kreisen des Bezirks Zichenau in das Generalgouvernement ist bereits im November und Dezember 1940 erfolgt." (...)

15. Bericht des OLG-Präsidenten vom 5. März 1941

In meinem Lagebericht vom 4. Januar 1941 habe ich über die Enttäuschung im früheren Memelland berichtet, die dadurch entstanden war, daß die Ost-Steuerhilfverordnung vom 9. 12. 1940 das Memelland nicht mitumfaßte. Nach der nunmehr verkündeten zweiten Ost-Steuerhilfverordnung gelten dankeswerterweise sämtliche Vorschriften der Verordnung vom 9. 12. 1940 auch für das Memelland.

Durch die neue Verordnung sind in beschränktem Umfange die Hilfsmaßnahmen der Ost-Steuerhilfverordnung auch auf Ostpreußen ausgedehnt worden. Durch diese sehr erfreuliche Anordnung ist die außerordentlich schwierige Lage, in der sich Ostpreußen befindet, nicht unwesentlich gemildert worden. Vollständig gelöst ist damit das ostpreußische Problem bezüglich der Beamten aber noch nicht.

Ich habe bereits vor längerer Zeit ausführlich dargelegt, daß die hier tätigen

Behördenangehörigen gegenüber den Bediensteten im übrigen Reichsgebiet schlechter gestellt sind. Die Lebenshaltungskosten sind nicht, wie vielfach angenommen wird, niedriger, sondern höher. Der frühere Vorteil der billigeren Lebensmittel ist durch die Marktordnung weggefallen. Einzelnes, wie z. B. Obst, Gemüse, Kohlen, Textilwaren, sind schon infolge der höheren Frachtkosten teurer. Auch die Mieten sind hoch. Die viel längeren und kälteren Winter bedingen einen größeren Kohlenverbrauch und einen Mehraufwand für warme Kleidung. (...)

Dieses alles wirkte sich dahin aus, daß sich eine starke Abwanderung bemerkbar machte, die nur schwer und trotz starker Werbungsmaßnahmen auch nur vorübergehend eingedämmt werden konnte. Seit der Eingliederung der Ostgebiete hat die Neigung zur Abwanderung einen erschreckenden Umfang angenommen; mit neuem Zuzug ist gar nicht mehr zu rechnen. Die „Saugwirkung“ der neuen Gebiete, von denen Ostpreußen, abgesehen von der russischen Grenze, umschlossen ist, wird immer größer. (...)

Die deutsch-russische Umsiedlung ist in vollem Gange. Ihre Auswirkungen werden sich erst nach ihrem Abschluß ganz übersehen lassen. Sicher scheint zu sein, daß die Zahl der Litauer, die nach Sowjetrußland umzusiedeln bereit ist, doch größer ist, als zunächst angenommen wurde. Die russischen Mitglieder der Umsiedlungskommission setzen alles daran, um diejenigen, die noch unentschlossen sind, zur Umsiedlung zu bewegen. Wenn es auch begrüßenswert sein mag, daß viele politisch Unzuverlässige und volkstumsmäßig unerwünschte Elemente die Grenzbezirke verlassen, so wird doch die Frage, wie man für diesen Abfluß an Arbeitskräften, besonders in der Landwirtschaft, Ersatz finden soll, schwer zu lösen sein. (...)

16. Bericht des Generalstaatsanwalts (i. V.: OStA Capeller) vom 2. April 1941

Die Stimmung in der Bevölkerung ist nach wie vor als gut zu bezeichnen. (...)

Außerordentlich beunruhigt findet man die ostpreußische Bevölkerung über die starken Truppenzusammenziehungen an der russischen Grenze.

Ich lasse hier den Bericht des Oberstaatsanwalts in Allenstein Auszugsweise folgen, dessen Ausführungen auch in den Berichten aus anderen Bezirken wiederkehren und die sich mit meinen Beobachtungen decken:

„Schon seit einigen Wochen bildet das Thema ‚Rußland‘ im hiesigen Bezirk den hauptsächlichsten Gesprächsstoff. Man hat das Gefühl, daß mit unserem Nachbarn im Osten, etwas nicht stimmt und hört hierüber die unsinnigsten Gerüchte. So wird verbreitet, daß es im Rate der Volkskommissare zu scharfen

Auseinandersetzungen zwischen Stalin und Molotow darüber gekommen sei, ob der deutschfreundliche Kurs in der sowjetischen Außenpolitik beizubehalten sei oder nicht. Zwischen Anhängern der beiden Richtungen solle es bereits zu Gefechten gekommen sein. Die starken Truppenansammlungen in Ostpreußen hätten den Zweck, Molotow den Rücken zu stärken und gegebenenfalls in Rußland selbst mit Waffengewalt zu intervenieren. Nach anderen Gerüchten sollen die Sowjets sich anschicken, in den Krieg gegen uns einzutreten. Demgemäß sind auch die Meinungen darüber verschieden, welchen Zweck gewisse militärische Maßnahmen auf deutscher Seite verfolgen, ob sie nur vorbeugenden Charakter tragen oder aber bereits zur Abwehr eines drohenden russischen Einbruchs bestimmt seien. Ängstliche Gemüter, insbesondere Frauen, befürchten bereits das Schlimmste. Aber auch weniger furchtsame Naturen verfolgen diese Entwicklung mit Besorgnis. Die neuerdings einsetzenden Luftschutzübungen tragen nicht gerade dazu bei, die Bevölkerung zu beruhigen."

Soldaten verraten, z. T. in angetrunkenem Zustand, öffentlich militärische Geheimnisse. - Einquartierung führt im LG-Bezirk Braunsberg hin und wieder zu Konflikten mit Soldaten. In Weinsdorf, Kreis Mohrungen, ist ein Soldat von einem Zivilisten erschossen worden. - Sondergerichtsverfahren gegen fünf katholische Geistliche (vgl. Lagebericht vom 10. 2. 1941) mit Gefängnisstrafen abgeschlossen. (...)

17. Bericht des OLG-Präsidenten vom 3. Mai 1941

Umsiedlung der Volksdeutschen aus Litauen und der UdSSR in den Rgbz. Zichenau Ende März abgeschlossen. Endgültige Unterbringung dort infolge trostloser Wohnverhältnisse nicht möglich. - Ganz Ostpreußen stark mit Truppen belegt. Bevölkerung beunruhigt. - Mangelnde Attraktivität des Justizdienstes, dagegen große Werbeerfolge der Wehrmacht unter Abiturienten.

19. Bericht des Generalstaatsanwalts (i. V.: OStA Capeller) vom 6. Juni 1941

Es fehlt aber auch nicht an Gründen für ein Absinken der Stimmung, die sich bei Verlängerung des Krieges immer mehr bemerkbar machen werden.

So berichtet der Oberstaatsanwalt in Bartenstein:

„Die immer schwieriger werdenden wirtschaftlichen Verhältnisse in Stadt und Land, insbesondere der Warenmangel, der Wohnungsmangel und alle anderen das Lebensniveau ins Primitive herabdrückenden Erscheinungen des Krieges lasten schwer auf der Bevölkerung und haben eine lust- und schwunglose Stimmung - trotz aller militärischen Erfolge - zur Folge; jedenfalls gilt das für einen recht erheblichen Bevölkerungsteil.“(...)

Die starke Anhäufung von Truppen an der Ostgrenze hat zur Folge, daß hinsichtlich fast aller Bedarfsgegenstände eine besonders stark verspürbare Verknappung eingetreten ist, da die Soldaten als zusätzliche Käufer stark ins Gewicht fallen. Mit dieser Tatsache hat sich die Bevölkerung in einsichtiger Weise abgefunden. In allen Schichten der Bevölkerung wird aber mit ausgesprochener Mißstimmung die Tatsache verzeichnet, daß hinsichtlich fast aller Gegenstände des täglichen Bedarfs ein erhebliches Anziehen der Preise zu bemerken ist, daß in keinem Verhältnis zu den derzeitigen Einkünften des größten Teils der Bevölkerung steht. Von den Kaufleuten und Gewerbetreibenden, denen gegenüber häufig Klagen über die spürbare Teuerung geführt werden, wird demgegenüber eingewandt, daß ihnen selbst aus dieser Verteuerung der Waren ein höherer Verdienst nicht anfällt. Da nichts zu der Annahme Anlaß gibt, daß die Preiserhöhungen den Erzeugerkreisen zu Gute kommen, wird in der Öffentlichkeit der Auffassung Ausdruck gegeben, daß die Preiserhöhungen eine indirekte Kriegssteuer darstellen, die dem Staat zufalle."

In dem Bericht des Oberstaatsanwalts in Tilsit ist gesagt:

„Die Ankündigung des Führers über den verstärkten Einsatz der Frauen wird in einsichtigen Kreisen lebhaft begrüßt, wird aber bei vielen Frauen, und zwar ganz besonders bei solchen, deren Männer zur Wehrmacht eingezogen sind, kaum große Gegenliebe finden. Über das Verhalten vieler Kriegsfrauen wird lebhaft Klage geführt. Zur Arbeit sind sie nicht geneigt, weil die Unterstützung ihnen auch ohne Arbeit mehr als genug gibt. Sie kommen mit den lächerlichsten Ausreden. Der Hauptgrund aber ist der, daß sie eine zu erhebliche Kürzung des Familienunterhalts befürchten. Durch das Nichtstun und das viele Geld, das sie in Händen haben, kommt es nur zu Mißständen.

Die starke Belegung mit Truppen trägt ihren Teil zu allem bei. In Ehescheidungsprozessen sieht man oft, daß die zur Zeit hier liegende Wehrmachtsangehörige den Grund zur Ehescheidung gaben.

(...) Der Oberstaatsanwalt in Zichenau hat folgendes mitgeteilt: „Recht übel sind hier die nicht seltenen disziplinlosen Ausschreitungen von Reichsdeutschen in angetrunkenem Zustande gegenüber Polinnen und teilweise auch Jüdinnen. Den Reichsdeutschen ist jeder geschlechtliche Verkehr mit Polinnen untersagt. Soweit nicht disziplinarische Einschreitung, wie z. B. Beamten gegenüber erfolgen kann, treten staatspolizeiliche Maßnahmen ein.

In angetrunkenem Zustande dringen die Reichsdeutschen einzeln und auch zu mehreren in Wohnungen der Polen und bisweilen auch in die Wohnungen der Judenviertel ein, treiben die weiblichen Personen aus den Betten und verlangen

deren nackte Entkleidung. Alsdann tasten sie deren nackten Körper ab unter dem Vorwande, es handele sich um eine unaufschiebbare, ärztliche Untersuchung. Gelegentlich solcher ‚Untersuchungen‘ kommt es dann auch häufig zum Geschlechtsverkehr, wobei die Brechung eines Widerstandes in den wenigsten Fällen erforderlich ist, da die Polinnen vor Schreck und Furcht mit allem einverstanden sind.

Solches Verhalten ist dem deutschen Ansehen nicht nur überaus abträglich, sondern zeigt auch, daß hier nicht gerade, die ‚Besten der Besten‘, wie es fast zu häufig gesagt wird, abgeordnet werden. Es scheint vielmehr leider nach dem Grundsatz zu gehen: Sonst nicht gerade brauchbar, aber für die eingegliederten Ostgebiete gerade gut genug.

(...) Um dem erwähnten empörenden Verhalten von Reichsdeutschen gegenüber Polinnen und Jüdinnen hat mir der Oberstaatsanwalt auf fernmündliche Anfrage ergänzend mitgeteilt, daß ein Einschreiten seinerseits bisher nicht in Betracht gekommen sei; es handele sich um Ausschreitungen von Personen, die der Zuständigkeit der allgemeinen Strafgerichte entzogen seien und um Fälle, in denen es an den Merkmalen einer verfolgbaren strafbaren Handlung fehlte, daß er auch so spät von den Vorgängen erfahren habe, daß auch ein Einschreiten wegen groben Unfugs nicht mehr möglich gewesen sei.

20. Bericht des OLG-Präsidenten vom 23. Juni 1941

In den letzten Tagen stand für uns fest, daß der Krieg mit Rußland unvermeidlich sei, falls nicht ein Wunder geschehe. Ganz Ostpreußen war ein Kriegslager in einem unvorstellbaren Umfange.

(...) Am 19. und 20. Juni 1941 war ich in Suwalki und dem etwa 30 km östlich gelegenen Sejny (8-9 km von der russischen Grenze). Daß hier der Vorstöße von dort aus erfolgen würde, konnte jeder Laie feststellen. Truppen aller Gattungen, Flugzeuge und Munition lagen in ungeheuren Mengen an der Grenze. (...)

21. Bericht des OLG-Präsidenten vom 5. Juli 1941

(...) Auf Grund der ungeheuren militärischen Vorbereitungen in der letzten Zeit mußte sich dann aber jedem die Überzeugung aufdrängen, daß kriegerische Auseinandersetzungen mit Rußland unvermeidlich seien. Die an Gefahren gewohnte Grenzbevölkerung des Ostens ertrug diesen Spannungszustand mit erfreulicher Ruhe. Als dann der Eintritt der gegnerischen Handlungen mit Rußland bekanntgegeben wurde, hörte man allenthalben Äußerungen der Befriedigung darüber, daß nunmehr die Abrechnung mit dem Bolschewismus, dessen Aufrichtigkeit man hier im Grenzgebiet trotz aller im politischen Verkehr ge-

wechselten freundlichen Worte nicht traute, und dessen undurchsichtige Haltung man stets als drohenden Druck empfand, stattfindet. Die Auseinandersetzung mit Rußland, d. h. mit dem Bolschewismus, wird im Volke als unbedingte Notwendigkeit empfunden. Es ist keinen Augenblick daran gezweifelt worden, daß bei der Stärke unserer Wehrmacht Ostpreußen nicht ernstlich gefährdet sei. Es ist nie der Gedanke aufgekommen, daß sich Ereignisse, wie sie der Weltkrieg (russische Offensive zu Beginn des 1. Weltkriegs - *G.B.*) mit sich gebracht hat, wiederholen könnten. (...)

22. Bericht des OLG-Präsidenten vom 26. Juli 1941

Besetzung Litauens. Entstehung des „Reichskommissariats Ostland“. (Das RK Ostland umfaßte die vier Generalkommissariate Litauen, Lettland, Estland und Weißruthenien. Amtssitz war Riga - *G.B.*)

Bericht Draegers über seine Reise ins westliche Litauen: Neuanfänge der litauischen Rechtspflege. Strafgerichte erklären Urteile aus sowjetischer Zeit für nichtig. Teil der Richterschaft ist unter den Sowjets abtransportiert und „wohl ermordet“ worden. Schnelles Vorrücken der deutschen Truppen hat Tötung von Gefängnisinsassen verhindert. „Soweit Abschlichtungen erfolgt sind, haben die Juden eine führende Rolle gespielt.“ In Kowno ist ein Ghetto eingerichtet worden. Ein Teil der jüdischen Bevölkerung ist von Litauern „aus Rache kurzerhand erschossen“ worden. Der größere Teil ist mit den Sowjets geflüchtet. Stimmung aber in Litauen keineswegs deutschfreundlich. Zusammenstöße zwischen litauischen Nationalisten in Kowno.

23. Bericht des Generalstaatsanwalts (i. V.: EStA Bringmann) vom 2. August 1941

Nervöse Spannung infolge Truppenkonzentration ist nach dem 22. 6. vertrauensvoller Lagebeurteilung gewichen. Notwendigkeit des Krieges wird allgemein anerkannt, und man fühlt sich in Ostpreußen einer unmittelbaren ersten Gefahr entronnen. Nach verdächtigem ersten Andrang auf Königsberger Reisebüros hat Bevölkerung im Ganzen anerkennungswerte Disziplin gezeigt. Jedoch Gerüchte über große Verluste der Wehrmacht. - Engpässe bei Obst- und Gemüseversorgung. Verkehrsmittel dienen z. Zt. primär dem Nachschub der Ostfront. Aussichten für die Kohleversorgung lassen wachsende Beunruhigung erkennen. - Ermittlungen der Gestapo wegen unzulässiger Verbreitung eines am 6. 7. 1941 im Bistum verlesenen Hirtenbriefes. - Öffentliche, von Gestapo Allenstein vorgenommene Erhängung eines polnischen Zivilarbeiters bei Pathaunen Mühle, Krs. Allenstein, wo der Pole eine Frau aus Patracken überfallen, vergewaltigt und beraubt hat. Verhalten der Polizei wird als Eingriff in Zuständigkeit des Sondergerichts gerügt. - In Plöhnen, Rgbz. Zichenau

fordert Kripo Auslieferung von zwei Polen aus dortigem Gerichtsgefängnis, um sie im Rahmen einer Aktion gegen „Asoziale und Berufsverbrecher“ der Gestapo zuzuführen. OStA lehnt Auslieferung ab. Regt aber in Königsberg an, daß auch Justiz gegen Berufsverbrecher Todesstrafe verhängen können muß. Andernfalls genieße diese Tätergruppe unerträglichen Schutz der Rechtspflege. Verlangt daher neue gesetzliche Handhaben. - Versuch von Parteidienststellen, Ermittlungsverfahren gegen Funktionäre zu beeinflussen (in Bischofstein und Rastenburg).

24. Bericht des OLG-Präsidenten (i. V.: Senatspräsident Böger)

vom 4. September 1941

Vorstoß beim Chef der Zivilverwaltung Bialystok, Magunia, zwecks Einführung der Sondergerichtsbarkeit in diesem Bezirk. Zustimmung Kochs soll eingeholt werden. - Erhoffte Vergrößerung der Landkreise Memel-Land und Heydekrug durch Angliederung litauischer Kreise ist nicht realisierbar. Schlechte Beziehungen zwischen dem Gebietskommissar in Schaulen und dem Memeler Landrat. Gebietskommissar Libau schlägt sogar vor, man solle umgekehrt das Memelland zum „Reichskommissariat Ostland“ schlagen. - In Litauen Duldung litauischer Gerichte. - Verfahren gegen „Geldhorte“ stößt auf Unverständnis, da es bei ostpreußischer Bevölkerung üblich ist, erspartes Geld zu Hause aufzubewahren.

25. Bericht des Generalstaatsanwalts (i. V.: EStA Bringmann)

vom 9. Oktober 1941

Die Oberstaatsanwälte bei den Landgerichten meines Bezirks weisen übereinstimmend darauf hin, daß zum ersten Male seit dem Beginn dieses Krieges ein nicht unerhebliches Abgleiten der Stimmung der Bevölkerung zu verzeichnen sei. Sie führen das durchweg auf die Auswirkungen des Krieges mit der UdSSR zurück: zum Teil auf die - im Vergleich mit den früheren Phasen dieses Krieges - erheblicheren Verluste bei den deutschen Truppen, insbesondere auf die unerwartet furchtbaren Verletzungen der Soldaten, zum Teil auf den scheinbaren Stillstand der Operationen unserer Wehrmacht während einiger Juli- und Augustwochen und endlich auf die Erkenntnis, daß der Feldzug gegen die Sowjetunion in diesem Jahre wohl kaum zu Ende geführt werden könne und daß im nächsten Jahre die Streitkräfte der Sowjets durch die in Aussicht gestellte Unterstützung der Amerikaner und Engländer mit Kriegsmaterial neuen Auftrieb erhalten könnten. Mir selbst scheint die eigentliche Ursache für den Umschlag der Stimmung in der Bevölkerung in der immer fühlbarer werdenden Verknappung auf allen Gebieten der Versorgung zu liegen. (...)

Der Oberstaatsanwalt bei dem Landgericht in Tilsit führt hierzu an: „Anders verhält es sich dagegen mit dem Schmuggel, der von Angehörigen der Wehrmacht getrieben wird. Während die Soldaten im Norwegen- und Westfeldzug mit ihrem Gepäck an der Grenze einer Zollkontrolle unterlagen, ist jetzt für den Osten ausdrücklich angeordnet worden, daß die Zollbeamten Wehrmichtsangehörige nicht kontrollieren dürfen. Dieser Umstand wird nach den Feststellungen des hiesigen Hauptzollamts seit Wochen in großem Umfang von Wehrmichtsangehörigen ausgenutzt. Es ist ihnen zwar nur erlaubt worden, im Rahmen ihres Handgepäcks Waren bis zu einem gewissen Höchstgewicht in das Reichsgebiet zollfrei einzuführen. Praktisch wird hier aber Schmuggel in größerem Stile betrieben. Zentnerweise werden Waren aller Art, nicht nur Lebensmittel, sondern auch Häute und Saatgut z. B. mit Wehrmichtsfahrzeugen über die Grenze geschafft. Eisenbahner, die auf Grund ihrer gelben Armbinde als Wehrmichtsangehörige zu behandeln sind, machen sich Eisenbahnwaggons zu Schmuggelgeschäften zunutze. Kein Mensch wird etwas dagegen haben, wenn der Frontsoldat auf der Urlaubsfahrt seiner Familie etwas mitbringt. Nicht zu rechtfertigen ist es aber, wenn Angehörige der Etappe sich der ihnen dienstlich zur Verfügung stehenden Transportmittel bedienen, um im Schleichhandel zweifellos Geldgeschäfte mit Auslandswaren zu machen. So erfreulich an sich jede Bereicherung der inländischen Vorratsmengen ist, so darf die Verteilung doch nicht auf diese unregelmäßige, unkontrollierbare Weise geschehen, die unter Umständen unter der Bevölkerung nur Unruhe und böses Blut schafft. Strafrechtlich ist die Frage zu prüfen, ob die so eingeführten Waren als bezugsbeschränkte Erzeugnisse anzusehen sind oder nicht (...)

Der Assistenzarzt eines der in Tilsit anlegenden Lazarettsschiffe ruft das Hauptzollamt an und bittet um Zollfahndung, weil er es nicht mehr mit ansehen könne, wie vom Schiffs- und Transportbegleitpersonal geschmuggelt würde. Die Zollbeamten finden auf dem Schiff noch einige hundert Eier. Der größte Teil der Schmuggelware war bereits weggeschafft. Die Zollverwaltung erklärt sich für unzuständig gegenüber der Wehrmacht, die Polizei ebenfalls. Als die Lazarette die Eier nicht haben wollen, da sie ohnehin überreichlich versorgt sind, wurde schließlich vom Standortältesten angeordnet, daß die Wehrmacht die Eier erhalten solle."

26. Bericht des OLG-Präsidenten vom 6. November 1941

Obwohl die ostpreußischen Regimenter im Baltikum und vor Leningrad schwere Verluste gehabt haben und deshalb in manches Haus Trauer eingezo-gen ist, obwohl man weiß, daß unseren Truppen ein schwerer Kriegswinter mit Kämpfen in Eis und Schnee bevorsteht, ist die Stimmung der Bevölkerung

ruhig und zuversichtlich. Man rechnet zwar damit, daß die Versorgung mit Lebensmitteln und Brennstoffen nicht schlechter sein wird als im letzten Jahr; trotzdem würden die Ostpreußen - das hört man oft - entsprechend ihrem harten Charakter auch hier Einschränkungen ohne Murren hinnehmen. (...)

27. Bericht des Generalstaatsanwalts (i. V.: OStA Capeller) vom 12. Dezember 1941

Die Stimmung der Bevölkerung hatte in letzter Zeit unter den schlechter gewordenen wirtschaftlichen Verhältnissen gelitten. Die Einholung der Lebensmittel für den Haushalt war mit viel Zeitverbrauch und langem Schlangenstehen verbunden.

Auch andere bezugsbeschränkte Waren, wie Konfektionswaren, Schuhe und ähnliches waren nicht zu haben, obwohl die Bezugsscheine vorgelegt werden konnten.

Kaufleute hatten in letzter Zeit offenbar Waren in größerem Umfange zurückgehalten, teilweise aus steuerlichen Gründen, teilweise um sie gegen andere verknappte Waren, insbesondere Lebensmittel (Geflügel und Fett), einzutauschen.(...)

Der Oberstaatsanwalt in Interburg führt in der gleichen Richtung folgendes aus: „Die Bevölkerung rechnet mit längerer Kriegsdauer. Die allgemeine Stimmung ist nicht mehr so optimistisch wie vor einigen Monaten. Aber dennoch ist der größte Teil der Bevölkerung zuversichtlich. Eine allgemeine Verknappung von Waren, auch bezugsbeschränkter, ist feststellbar. Kindernährmittel zum Beispiel, die bei den geringen Milchmengen, die für ein Kind bezogen werden können, für die Ernährung des Säuglings geradezu eine Lebensfrage bedeuten, sind schwer zu haben. Eine unangenehme Folge der Warenverknappung ist das Schlangenstehen vor den Geschäften (...)

(...) Die Schlangen vor Tabak- und Spirituosenläden sind ein recht unerfreuliches Bild der Straßen. Alle Belehrung wird hier aber nichts nützen, weil die Bevölkerung vom Rauchen und Trinken doch nicht ablassen wird. Ob allerdings hier eine generelle Regelung angebracht ist und vorgenommen werden wird, bezweifle ich, da man an sich wohl von höherer Stelle gegen den übermäßigen Genuß von Tabak und Alkohol vorgehen möchte, aber z. Zt. während des Krieges eine Antitabakpropaganda in größerem Ausmaß nicht machen wird.

Daß es auch sonst mit der nationalsozialistischen Einstellung nicht überall weit her ist, zeigt die Tatsache, daß die Bauern zu einem großen Teil, als die bevorstehende Beschlagnahme eines an sich geringen Teiles ihres Geflügels für die

Belieferung der Städte bekannt wurde, schleunigst den größten Teil abschlachteten und einweckten.

Über das Wirken des politischen Katholizismus teilt mir der Oberstaatsanwalt in Braunsberg folgendes mit:

„Was den angeblichen Burgfrieden anlangt, der zwischen Staat und Partei einerseits und der katholischen Kirche andererseits bestehen soll und von dessen Wirksamkeit mir in der vergangenen Zeit bei meinen Urlauben immer wieder erzählt worden ist, so habe ich festgestellt, daß der politische Katholizismus viel stärker und aktiver geworden ist, als er es jemals war. Besonders die Kinder werden in Kindergärten, in Kirchenunterrichten usw. straff an der Leine gehalten. Es ist soweit gekommen, daß Ende Oktober der Vorsitzende des katholischen Kirchenvorstandes, ein Braunsberger Privatmann, an den Gauleiter einen Brief geschrieben hat, in welchem dem Gauleiter anempfohlen wird, die HJ des Sonntagvormittags von der Straße zu nehmen, sie in die Kirche zu schicken und daß es doch durchaus im Interesse des Gauleiters läge, heutzutage mit den maßgebenden katholischen Kreisen in Frieden zu leben. Ich überreiche anliegend eine Abschrift dieses Briefes, welcher nicht einmal den Deutschen Gruß enthält.

Ich muß also berichten, daß der politische Katholizismus in jeder Hinsicht kämpferisch tätig ist und daß dies hier von den maßgebenden Stellen wohl nur nicht genügend bemerkt worden ist. (...)

(...) Eine nicht zu unterschätzende Gefahr für die Sicherheit auf dem flachen Lande bedeuten nach Ansicht des Oberstaatsanwalts in Insterburg die vielen ausländischen Arbeiter (Polen, Litauer usw.) Die Polizeikräfte auf dem Lande reichen nicht aus, um die Polen und Litauer genügend zu beaufsichtigen. Nur allzu oft gelingt es den flüchtigen und vertragsbrüchigen Elementen, wochenlang umher zu vagabundieren und oft gelingt ihre Ergreifung überhaupt nicht. Es wird oft Klage darüber geführt, daß sich die ausländischen Arbeiter nicht an die Vorschriften halten und sich viel bei der völligen Verdunkelung über die zulässige Zeit hinaus auf der Straße herumtreiben. Wenn es irgendwie möglich wäre, wäre eine Verstärkung der Polizeikräfte auf dem Lande zu begrüßen.

Durch Ausländer sind - wie der Oberstaatsanwalt in Memel mitteilt - Fälle von Fleckfieber eingeschleppt worden. Diese Krankheit wird nur durch Läuse übertragen.

Bei dem geringen Beamtenpersonal ist die Grenze nicht geschlossen zu halten. Durch den hier bestehenden Mangel an Lebensmitteln, die in Litauen noch reichlich vorhanden sind, und den Mangel an ärztlicher Versorgung, Petrole-

um, Salz und vielen anderen Erzeugnissen in Litauen besteht ein besonderer Anreiz zum verbotenen Grenzübertritt und Schmuggel. Unter dem Einfluß der litauischen Einwanderung ist die Zahl der Anzeigesachen im Memeler Bezirk erheblich angestiegen. Sie betrug im November 1941 etwa das Dreifache vom Februar und das Doppelte vom Juli 1941. In den Strafanstalten überwiegen die Litauer bereits wieder zahlenmäßig.

28. Bericht des OLG-Präsidenten vom 5. Januar 1942

Die Stimmung der Bevölkerung ist, wie nicht anders zu erwarten, ernst; Beunruhigung oder gar Niedergeschlagenheit hat jedoch nicht Platz gegriffen.

Es ist der erste Kriegswinter, in dem die Truppe weiter kämpft; die durch die Begradigung der Front bedingte Zurücknahme einzelner Stellungen veranlaßt die Bevölkerung, die bisher nur an Siegesmeldungen gewöhnt war, zu lebhaften Erörterungen. Hinzu kommt die Nachricht von der plötzlichen Verabschiedung des Generalfeldmarschalls von Brauchitsch. Für eine ausreichende Winterausrüstung unserer Soldaten ist offensichtlich nicht rechtzeitig gesorgt; besonders bei dem ungewöhnlich frühen und starken Kälteeinbruch hat die Truppe unter diesem Mangel schwer zu leiden. Die mit Pelzen und Wollsachen gut ausgestatteten, an große Kälte gewöhnten Russen setzen - im Gegensatz zu den Kriegswintern 1915-1918 - die harten Nahkämpfe fort. Da die meisten ostpreußischen Regimenter im Norden liegen, gibt es hier kaum eine Familie, die nicht um einen an dieser Front unter schwierigsten Verhältnissen kämpfenden Angehörigen bangt. Umso erfreulicher, alles Erwarten weit übertreffend, ist die Abgabe von Pelz- und Wollsachen für die Soldaten. Die Beteiligung der Bevölkerung an dieser Sammlung wird kaum zu übertreffen sein; es werden hier vielfach wirkliche Opfer gebracht. Ein altes Mütterchen z. B. lieferte einen neuen Pelzfußsack ab, den sie soeben als Weihnachtsgeschenk bekommen hatte. Eine Frau in Trauer brachte eine volle Pelzausrüstung mit der Erklärung: „Als ich sie gerade an meinen Mann abschicken wollte, bekam ich die Nachricht, daß er nichts mehr braucht; vielleicht hilft sie einem andern.“ Ein altes Ehepaar ging am 27. Dezember zum letzten Mal in seinen Pelzen spazieren, um sie dann abzuliefern. (...)

In Südostpreußen, im Memelgebiet und im Regierungsbezirk Gumbinnen ist Fleckfieber festgestellt. Da es sich um Einzelfälle handelt, ist eine Ausbreitung dieser gefährlichen Krankheit, die nur durch Läuse übertragen wird, nicht zu befürchten.

Aufsehen erregt hat ein Strafverfahren gegen einen Eisenhändler in Angerapp, der zu einer Zuchthausstraße verurteilt ist, weil er seine Waren nur abgab,

wenn ihm von dem Käufer Lebensmittel geliefert wurden. Zu seiner Entschuldigung hat der Händler geltend gemacht, daß die Großhandlungen ihrerseits die Lieferungen an ihn nur nach Lebensmittelabgabe vorgenommen hätten.

Wegen Zurückhaltens von Waren hat das Sondergericht vier Textilkauflleute in Tilsit bestraft, in einem Falle mit Zuchthaus, in den anderen Fällen mit Gefängnis, dazu in allen Fällen mit erheblichen Geldstrafen. Diese Urteile haben eine Anordnung der berufsständischen Organisation und eine Anweisung des Reichswirtschaftsministeriums herbeigeführt, die die Kaufmannschaft veranlaßt hat, zurückgehaltene Waren in erheblichen Mengen auf den Markt zu bringen. Diese, durch die Urteile veranlaßte Regelung hat die Bevölkerung mit Befriedigung begrüßt.

29. Bericht des Generalstaatsanwalts (i. V.: OStA Capeller) vom 19. Februar 1942

Der Oberstaatsanwalt in Bartenstein hat folgendes vorgetragen:

„Die Stimmung weiter Volkskreise ist reichlich nervös. Im Januar gingen über die Verluste der im Osten stehenden Truppen und über die Absetzung von hohen Truppenführern wilde Gerüchte um.

Bei denjenigen, die Angehörige an der Ostfront haben, ist die Stimmung sehr gedrückt, zumal sie sehr lange auf Nachricht von ihren Angehörigen warten müssen, und die ankommenden Briefe meistens nur geeignet sind, die Sorge zu erhöhen. (...)

In der Beamtenschaft herrscht Unwillen darüber, daß gerade in dieser Zeit, in der die Arbeit wegen der starken Einziehungen zur Wehrmacht immer schwieriger wird, ein unerschöpflicher Strom von neuen Vorschriften und Änderungen über die Geplagten niedergeht. Weises Maßhalten könnte auch hier nur von Vorteil sein. (...)

31. Bericht des Generalstaatsanwalts (i. V.: OStA Capeller) vom 16. April 1942

(...) Bemerkenswert für die hiesigen Verhältnisse dürfte es sein, daß die Kürzung der Fleischrationen als am leichtesten tragbar hingenommen wird. In dieser Hinsicht bestehen mindestens in Familien mit Kindern gewisse Ausgleichsmöglichkeiten. Als drückend dagegen wird die Kürzung der Brotrationen in Familien mit heranwachsenden Kindern empfunden, da nach den gemachten Erfahrungen schon die bisherigen Zuteilungen knapp waren, so daß sich Bekannte und Verwandte gegenseitig ausgeholfen haben, um die hervorgetretenen Schwierigkeiten zu überbrücken.

Die Herabsetzung der Fettationen wird indessen ganz allgemein mit ernster Sorge aufgenommen. Trotzdem man einsieht, daß nur Vorsorge für die Zukunft und ein gewisser Notstand die Maßnahmen der Regierung bestimmen, wird der jetzige Zustand als schwer tragbar empfunden, und man befürchtet allgemein bedenkliche Folgen für den Ernährungszustand, insbesondere der heranwachsenden Jugend.

War bisher im Allgemeinen die Versorgung mit bewirtschafteten Lebensmitteln ausreichend, so traten doch hin und wieder örtliche Mängel auf. So fehlten vor allen Dingen im Bezirk Memel die Kindernährmittel.

(...) Die Arbeitsdisziplin der Litauer bereitet den Bauern und Landwirten des Bezirks, wie der Oberstaatsanwalt in Memel weiter ausführt, erhebliche Schwierigkeiten, weil die Vertragsbrüche durch die Litauer großen Umfang angenommen haben. „Diese sind etwas bessere Arbeitskräfte als die Polen und haben im hiesigen Bezirk den Vorzug, daß die meisten Bauern sich mit ihnen müheloser verständigen können als mit den Polen. In einzelnen Bezirken Ostpreußens sind die Litauer, die 1941 hereinkamen, nahezu restlos vertragsbrüchig geworden. So lag mir dieser Tage z. B. der Vermerk eines Gendarmen aus dem Kreise Samland (Fischhausen) vor, wonach dort sämtliche Litauer verschwunden sind. Diese lösen sich Karten bis Tilsit oder Heydekrug oder Memel und gehen dann zu Fuß über die grüne Grenze. Bei der absolut unzureichenden Besetzung der Grenze wird nur ein unbedeutender Bruchteil dieser Ausreißer dabei gefaßt. (...)

Gestapo Königsberg verhängt Schutzhaft gegen straffällige Jugendliche. Vertragsbrüche werden vom Landesarbeitsamt Königsberg der Gestapo unmittelbar gemeldet. - Ausführliche Darstellung der Kriminalitätsentwicklung im Memelgebiet seit dem 15. 4. 1939. Nach dem 23. 6. 1941 lebhaft einwandernde litauische Arbeitskräfte bewirken Ansteigen der Strafsachen. 1940 insgesamt 772 Anklagen erhoben, 117 Sachen ans Sondergericht Königsberg, sechs an den Volksgerichtshof abgegeben. 1941 925 Anklagen erhoben. Im ersten Quartal 1942 über 1000 Anzeigen eingegangen, was dem „Friedens-Reichsdurchschnitt“ für ein ganzes Jahr entspreche. (...)

33. Bericht des Generalstaatsanwalts (i. V.: OStA Capeller) vom 11. Juni 1942

Seit meinem letzten Lagebericht ist die Stimmung der Bevölkerung Ostpreußens weiterhin zuversichtlich geblieben. Die militärische Lage wird im allgemeinen als günstig beurteilt. (...)

Nachdem den ganzen Winter über die ostpreußische Bevölkerung vor Angriffen russischer Flieger fast völlig verschont geblieben ist, macht sich in den letzten Monaten eine gesteigerte Tätigkeit der russischen Luftwaffe über ostpreußischem Boden bemerkbar. So wurden in einzelnen Bezirken Ostpreußens Flugblätter und einige Bomben abgeworfen, sowie im Kreise Insterburg mehrere Fallschirmspringer abgesetzt. (...)

Abgesehen von der militärischen Lage steht die Sorge um das tägliche Brot im Vordergrund des Denkens der Bevölkerung. Die nach Ostern eingeführten neuen Lebensmittelkürzungen haben sich, wie erwartet, als sehr einschneidend erwiesen. Als Folge hiervon ist die Nachfrage nach Gemüse und Fischen besonders groß, wobei die Bevölkerung oft in langen Schlangen vor den einschlägigen Geschäften anstehen mußte. Während die Belieferung mit Fischen im allgemeinen als ausreichend empfunden wird, ist das Angebot an Frischgemüse unzureichend und für den Bedarf der Bevölkerung nicht genügend. Dies liegt daran, daß in letzter Zeit auswärtige Zufuhren an Gemüse fast vollständig ausgefallen sind und einheimisches Gemüse wegen des späten Frühjahrs noch nicht in den Mengen erzeugt werden kann, um den Bedarf der Bevölkerung voll zu decken. Als unerfreuliche Begleiterscheinung dieses Mangels an Frischgemüse sind vielfach Furunkulose und Zahnfleischerkrankungen unter der Bevölkerung aufgetreten. Es steht jedoch zu erwarten, daß mit fortschreitender Jahreszeit dieser Mangel durch die einheimische Produktion an Gemüse behoben werden kann. (...)

Der Oberstaatsanwalt in Tilsit hat in dieser Hinsicht folgendes vorgetragen: „Von der erfolgten Kürzung der Lebensmittelrationen redet kaum noch jemand, dagegen sind die Wühlmäuse am Werke, Gerüchte über weitere Kürzungen in Umlauf zu setzen, damit nur ja die Gemüter immer in Erregung gehalten werden. Die Urheber solchen Geschwätzes sind naturgemäß schwer zu fassen. Auf dem Wochenmarkt und in den Schlangen vor den Lebensmittelgeschäften werden sie wohl zu suchen sein.“

Als Folge der Lebensmittelkürzungen ist ein weiteres Anwachsen der Schwarzschlachtungen zu verzeichnen. Da diese allmählich eine ernste Gefahr für die gesamte Ernährungswirtschaft zu bilden drohen, ist ihre Bekämpfung durch die Strafverfolgungsbehörden und die Gerichte mit aller Energie betrieben worden. Um eine einheitliche Rechtsprechung sicherzustellen, werden Schwarzschlachtungen in aller Regel und nur mit Ausnahme von Bagatellsachen vor den Sondergerichten angeklagt und abgeurteilt. Aus Abschreckungsgründen sowie im Interesse der Allgemeinheit sind die Strafen für Schwarzschlachtungen wesentlich erhöht worden. (...)

Der Oberstaatsanwalt in Königsberg (Pr.) hat in dieser Hinsicht folgendes angeführt:

„Naturgemäß steht die Bevölkerung der Rechtsprechung, insbesondere der Sondergerichte, deren Urteile hauptsächlich durch die Presse veröffentlicht werden, keineswegs kritiklos gegenüber. Dieses gilt in besonderem Maße bezüglich der Verurteilungen wegen Schwarzschlachtungen, die einen großen Teil der Tätigkeit der Sondergerichte ausmachen. Gerade diese Urteile begegnen in weiten Kreisen der Bevölkerung und auch der Partei und ihrer örtlichen Leiter erheblichem Mangel an Verständnis für die Belange der Gemeinschaft, so daß sich empfiehlt, die Zentralstellen der NSDAP um Aufklärung innerhalb des ihm zur Verfügung stehenden Apparates zu bitten.“ Bereits in meinen früheren Lageberichten habe ich auf das vielfach anstößige Benehmen der Kriegerfrauen in der Öffentlichkeit hingewiesen. Daß hierin auch in der Zwischenzeit keine Besserung eingetreten ist, geht aus dem Bericht des Oberstaatsanwalts in Braunsberg hervor, der hierzu folgende Ausführungen macht:

„Das Verhalten einer Reihe von Kriegerfrauen wirkt nachgerade so, daß die Öffentlichkeit erregt wird. Neben nächtlichem Umhertreiben, einem Lebenswandel, der der Prostitution nahekommt, dem Einrichten kleiner Bordelle in Wohnungen von Kriegerfrauen, dem Weiterverbreiten von Geschlechtskrankheiten, der Vernachlässigung der Kinder usw. ist bei solchen Frauen eine weitgehende Arbeitsscheu festzustellen. (...)

35. Bericht des Generalstaatsanwalts (i. V.: EStA Bringmann) vom 11. August 1942

Mit großer Sorge sieht man der Entwicklung des Luftkrieges entgegen. Die erheblichen Verluste der Zivilbevölkerung bei den feindlichen Bombenangriffen sind hier stark beachtet worden und haben große Wirkung hinterlassen. Sie war umso nachhaltiger, als auch die Provinz Ostpreußen in letzter Zeit mehrfach das Ziel feindlicher Einflüge gewesen ist. Diese haben aber keinen ausschlaggebenden Einfluß auf die Stimmung der Bevölkerung ausüben können; durch sie dürfte ein erhöhtes Verständnis der Volksgenossen für die erforderlichen Maßnahmen des Luftschutzes erreicht worden sein. Wenn auch die Zahl der abgeworfenen Bomben gering und der durch sie verursachte Schaden unbedeutend ist, so soll doch die Bedeutung dieser Angriffe für die Bevölkerung nicht unterschätzt werden. (...)

Überhaupt bieten viele der volksfremden Arbeitskräfte in ihrem Verhalten der einheimischen Bevölkerung Grund zu Ärgernissen. So ist nach dem Bericht des Oberstaatsanwalts bei dem Landgericht in Königsberg dort unangenehm

aufgefallen, daß sich viele Zivilpolen während der Abendstunden in erheblicher Anzahl in städtischen Anlagen sammeln und auch in entlegenen Stadtteilen „rudelartig umherstreifen“. Er hält zur Behebung dieser Zustände eine Herabsetzung der Zeit des freien Ausgangs für die Zivilpolen von 22 auf 20 Uhr für erforderlich und das Verbot des Zusammenseins von mehr als 3 Polen auf der Straße für zweckmäßig. (...)

Belastungen von örtlicher Bedeutung sind, wie der gleiche Oberstaatsanwalt weiter in seinem Bericht ausführt, an seiner Behörde durch die in Königsberg stattfindenden Hinrichtungen entstanden. Er schreibt hierzu:

„Die Vollstreckung der Todesstrafen bringt für die hiesige Staatsanwaltschaft immer größere Schwierigkeiten mit sich. Die Vollstreckungsaufträge und -ersuchen - auch durch die Militärgerichte - haben sich in letzter Zeit derartig gehäuft, daß etwa alle zwei Wochen ein Termin zur Hinrichtung angesetzt werden mußte, bei dem bis zu 30 und mehr Vollstreckungen hintereinander vollzogen wurden. Wenn auch die Leitung des Vollzugsaktes der hiesigen Behörde dadurch etwas erleichtert wird, daß bisweilen die auswärtigen Oberstaatsanwälte oder ein Vertreter selbst kommen, so wird die Stellung des Urkundsbeamten durch die hiesige Staatsanwaltschaft auf die Dauer kaum tragbar sein. Letzterer muß in allen Fällen von hier gestellt werden. 30 und mehr Hinrichtungen beiwohnen zu müssen, bildet nicht nur physisch, sondern auch psychisch eine schwere Belastung, die nicht jedem zumutbar ist. Von den hier vorhandenen Urkundsbeamten fallen 4 infolge ihres nicht voll gefestigten Gesundheitszustandes aus, so daß nur 3 Beamte übrig bleiben. Es erscheint mir zweifelhaft, ob diese auf die Dauer, zumal im Falle der Erkrankung des einen oder des anderen, der Aufgabe gewachsen sein werden.

36. Bericht des OLG-Präsidenten vom 3. September 1942

(...) Die Luftgefahr für Ostpreußen ist in letzter Zeit deutlicher zutage getreten. Während anfänglich die bolschewistischen Flugzeuge in der Hauptsache Agenten mit Fallschirmen absetzten und nur vereinzelt kleinere Mengen von Spreng- und Brandbomben abwarfen, sind in den letzten 14 Tagen schärfere Bombenangriffe erfolgt. So hatte Königsberg in der Zeit vom 18. bis 29. August 4 Luftalarme, die regelmäßig 4-5 Stunden dauerten. Der letzte Alarm in der Nacht zum 30. August war der bisher heftigste. Es wurden eine Anzahl Häuser zerstört, wobei etwa 50 Familien obdachlos geworden sind. 2 Personen wurden getötet, etwa 20 verletzt; die geringen Verluste erklären sich dadurch, daß die Bevölkerung in die Luftschutzkeller gegangen war. (...)

37. Bericht des Generalstaatsanwalts (i. V.: OStA Capeller) vom 12. Oktober 1942

Die militärischen Ereignisse an allen Fronten stehen nach wie vor im Vordergrund des allgemeinen Interesses. Hierbei wird die Bevölkerung vor allem durch den gigantischen Kampf im Osten stark beeindruckt. Nachdem es bis jetzt nicht gelungen ist, die militärische Kraft der Sowjetunion entscheidend zu brechen, rechnet man allgemein mit einer langen Dauer des Krieges. (...)

Lediglich die auf die Dauer starken Verluste der vorwiegend im Nordabschnitt der Ostfront eingesetzten ostpreußischen Truppen lassen bei der Bevölkerung eine leichte Besorgnis aufkommen. Diese gilt weniger der Frage, ob die Führung bei einer langen Dauer des Krieges noch genügend Truppen aufstellen kann, um den Endsieg sicherzustellen, als vielmehr der Überlegung, ob die deutsche Nation nach siegreicher Beendigung dieses Krieges auch volksmäßig noch so stark ist, um den Sieg entsprechend der Größe der Opfer richtig ausnutzen zu können. Die Bevölkerung ist sich dabei der Tatsache, daß der Krieg stets eine negative Auslese der Nation herbeiführt, d.h., daß die Besten des Volkes vor dem Feinde bleiben bzw. als Krüppel zurückkehren, voll bewußt. (...)

38. Bericht des OLG-Präsidenten vom 26. November 1942

Das Ergebnis der Erörterungen über die strafrechtliche Behandlung der Polen am 13. 11. ist von den Richtern freudig und dankbar begrüßt.

Die SS ist die erste Gliederung, der es gelang, für ihre Angehörigen eine eigene Strafjustiz zu erhalten. Der Kreis der ihr zugewiesenen Personen wurde immer wieder, besonders im Kriege erweitert. Auch nachdem in dem eingegliederten Gebiet Zichenau das deutsche Strafrecht eingeführt war (1. 6. 40), urteilten SS-Standgerichte in Sachen, die zweifellos zur Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte gehörten. Wie wenig befriedigend dieses Nebeneinander war, mag folgendes Beispiel beweisen: Zwei polnische Jungen aus demselben Dorf im Alter von 16 Jahren hatten je eine Wildschlinge gestellt - meiner Erinnerung nach - sechs Monate Gefängnis, der andere wurde als Asozialer vom SS-Standgericht zum Tode verurteilt. Nicht selten kam es vor, daß Polizeistellen Gerichtsakten, die ihnen von der Staatsanwaltschaft zur Ermittlung zugegangen waren, nicht zurückschicken und erst auf mehrfache Erinnerung mitteilten, sie hätten die Akten weisungsgemäß an das zuständige SS-Standgericht weitergereicht.

Nur mit großer Mühe und Geduld ist es gelungen, diese unhaltbaren Zustände zu beseitigen. Durch Verordnung vom 15. 8. 1942 hat der Oberpräsident Be-

stimmungen über die Errichtung von Standgerichten in Südostpreußen erlassen. Die Entscheidung darüber, ob eine Straftat vom Standgericht abgeurteilt werden soll, hat er sich persönlich vorbehalten. Er wird „diese Entscheidung zunächst nur in solchen Fällen treffen, in denen die Straftaten der Angehörigen der polnischen Widerstandsbewegung die allgemeine Sicherheit besonders berühren“. Abschließend betont er: „Grundsätzlich werden Straftaten nach wie vor von den Strafgerichten der allgemeinen Gerichtsbarkeit abzuurteilen sein“. Seit dem August 1942 ist in meinem Bezirk ein SS-Standgericht erst einmal tätig geworden.

Aber nicht nur in den eingegliederten Gebieten, auch in dem Altgau hat die Polizei Straftaten, die zur Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte gehörten, in eigenem Verfahren erledigt. Polnische Zivilarbeiter, die ins Altreich geschickt waren, wurden z. B. wegen Geschlechtsverkehrs mit deutschen Frauen öffentlich gehängt (aufgrund der Polenstrafrechtsverordnung hätten auch die ordentlichen Gerichte sie zum Tode verurteilen können). Die deutschen Frauen wurden - bis der Führer dieses verbot- vielfach öffentlich gebrandmarkt, indem man ihnen die Haare abschnitt, sie durch die Straßen führte und dergleichen. (...)

Früher war die Polizei Hilfsorgan der Staatsanwaltschaft, deren Weisung sie in bestimmten Umfang folgen mußte. Seit längerer Zeit schon, besonders aber, seitdem die Justizkrise im Frühjahr d. J. offen zutage getreten war, wollten die Gerüchte nicht verstummen - in interessierten Kreisen sprach man es offen aus -, man würde die Staatsanwaltschaft dem Reichsjustizministerium entziehen und der Polizei eingliedern. (...)

Als Kriegerscheinung macht sich ein erhebliches Ansteigen der Ehescheidungsklagen bemerkbar. In der Mehrzahl handelt es sich um junge Ehen, die geschieden werden müssen; meist liegt die Schuld auf Seiten der Ehefrauen, die sich, während die Ehemänner im Felde stehen, mit anderen Männern eingelassen haben.

Aus der Bevölkerung hört man vielfach Klagen über das Benehmen der Kriegsgefangenen und ausländischen Arbeiter auf den Straßen. Die Ausländer benutzen häufig in Gruppen die Bürgersteige und treten nicht zur Seite, wenn ihnen deutsche Volksgenossen entgegenkommen. Es werden Vergleiche gezogen mit der Behandlung der Deutschen während der Rheinlandbesetzung. (...)

39. Bericht des Generalstaatsanwalts (i.V.: OstA Capeller) vom 31. Januar 1943

Der schwere Kampf im Osten, insbesondere die Ereignisse um Stalingrad,

haben in der Volksstimmung einen ungeheuren Ernst hervorgerufen. Man ist sich darüber klar, daß der Krieg in das Stadium der Entscheidung getreten ist. Mögen auch einzelne schwache Naturen zuweilen auch Zeichen von Kleinmut und Besorgnis nicht verbergen können, im Ganzen ist die Entschlossenheit zum Durchhalten nicht nur geblieben, sondern gestärkt worden. Die Proklamation des Führers und die Reden führender Staatsmänner zum 10jährigen Jahrestage der Machtübernahme haben dem Volke den vollen Ernst der Lage klar vor Augen geführt. Das war gut. Die ostpreußische Bevölkerung liebt klare Erklärungen und offene Aufklärung. Eine nicht geklärte Situation gibt nur Anlaß zu beunruhigenden Gerüchten und zur Flüsterpropaganda dunkler Elemente, die die innere Widerstandskraft der Heimat schwächen könnten. Das Vertrauen zur Wehrmacht und ihrer Führung ist unerschüttert. Im Anblick des gigantischen Heldenkampfes in Stalingrad mußte sich ja auch jeder innerlich anständige Mensch schämen, schwach zu werden. Besonders erfreulich ist, daß jeder von der Front kommende Soldat sich trotz aller Schwere des Kampfes voller Zuversicht zeigt und sich dem russischen Soldaten turmhoch überlegen fühlt. Wesentlich vor allem scheint mir insbesondere zu sein, daß jeder Deutsche weiß, was der Heimat, ihm und seiner Familie widerfahren würde, wenn das Ringen um die Freiheit nicht durchgestanden wird.

Mit dem Verständnis für die Entbehrungen und Einschränkungen, die der Krieg mit sich bringt, wächst indessen auch die kritische Einstellung der Bevölkerung gegenüber allen Entartungserscheinungen von Personen, die sich außerhalb dieser für die Gemeinschaft gültigen Vorschriften stellen wollen. So findet, wie mir der Oberstaatsanwalt in Königsberg berichtet, eine allgemeine Mißstimmung und Beunruhigung der in Grenznähe wohnenden ostpreußischen Bevölkerung seine Erklärung. Sie ist dadurch entstanden, daß von einem kleinen, größtenteils dem Kaufmannsstande angehörenden Personenkreis, die durch besondere Verknappung lebenswichtiger Güter in den Randstaaten eingetretene Konjunktur dazu ausgenutzt wird, auf illegalem Wege die verknappte Ware über die Grenze zu bringen, dort zu zehn- bis zwanzigfachem Preis zu verkaufen und der Grenzbevölkerung eine Deckung ihres lebenswichtigen Bedarfs an diesen Gütern völlig unmöglich zu machen. Wegen der durch die Kriegsverhältnisse bedingten Verminderung der Kräfte des Zollgrenzschutzes ist die Unterbindung dieser recht umfangreichen Geschäfte außerordentlich schwierig. Seitens der Staatsanwaltschaft wird der Bekämpfung dieser recht gefährlichen Erscheinung besondere Aufmerksamkeit entgegengebracht und der Bedeutung dieser Fälle auch dadurch Rechnung getragen, daß diese grundsätzlich vor dem Sondergericht zur Anklage gebracht werden.

In letzter Zeit hatten sich auch einige Fälle zugetragen, in denen litauische Arbeiter, die in Grenznähe im Reichsgebiet Arbeit gefunden hatten, ihren gesamten Verdienst in Mangelware angelegt, diese illegal über die Grenze gebracht und dort ebenfalls zu den oben erwähnten Überpreisen verkauft oder gegen Lebensmittel eingetauscht haben. Die erhaltenen Lebensmittel wurden dann nach Rückkehr in das Reichsgebiet zum Tausch gegen verknappte oder bezugsbeschränkte Ware benutzt. Es hatten sich sogar in Einzelfällen einige Litauer zusammengetan, um durch Begehung von Einbruchsdiebstählen in den Besitz derartiger lebenswichtiger Ware zu gelangen, und diese dann in Litauen zu verkaufen oder zu vertauschen.

Ähnlich hat mir der Oberstaatsanwalt in Memel berichtet. Er teilt mir mit:

„Obwohl bereits schwerste Strafen - in einigen Fällen sogar die Todesstrafe - verhängt worden sind, ist ein Rückgang des Schleichhandels nicht festzustellen. Im Übrigen ist auch bekannt, daß der Schleichhandel in nicht geringem Umfange zwischen der Landbevölkerung des Memellandes und Großstädtern aus dem übrigen Reich, z. B. Hamburg und Berlin, floriert.“

In diesem Zusammenhang berichtet mir der Oberstaatsanwalt in Königsberg, daß besonders in einzelnen Kreisen die Zahl des außerehelichen Umgangs deutscher Frauen mit Kriegsgefangenen auffällig hoch erscheint. (...)

Besonders auffällig ist die hohe Zahl der unermittelten Diebstähle, bei denen fast ausnahmslos aus ihrer Arbeitsstelle flüchtende artfremde Arbeiter als Täter in Betracht kommen. In Südostpreußen sind zur Zeit Polen, Litauer, Letten, Ukrainer, auch Ruthenen als Arbeiter, vorwiegend auf ländlichen Arbeitsplätzen, eingesetzt. Diese verlassen in erschreckend hoher Zahl aus Arbeitsscheu, Angst vor Strafe nach Begehung geringfügiger Delikte, Heimweh oder sonstigen Beweggründen ihre Arbeitsstellen und versuchen, sich in ihre Heimat durchzuschlagen. Hierbei versuchen sie unterwegs ihren Lebensunterhalt durch Einbrüche, bei denen fast ausnahmslos nur Lebensmittel und Kleidungsstücke entwendet werden, zu fristen. Diese Elemente, die allmählich eine erhebliche Gefahr für die Sicherheit bilden, kommen in den meisten Fällen auch als Täter für die noch immer sehr zahlreichen Brände in Frage, die sie dadurch verursachen, daß sie sich heimlich des Nachts in Ställe und Scheunen einschleichen, um zu übernachten und dabei durch Rauchen Brände verursachen. (...)

40. Bericht des OLG-Präsidenten vom 30. März 1943

Die ostpreußische Bevölkerung ist ruhig, zurückhaltend, verschlossen; als Grenzlandbewohner, die 1914 den Krieg im eigenen Lande erlebten und ihn 1939 und 1941 unmittelbar vor ihren Grenzen sahen, sind sie hart und zäh. Sie

sind schwer zur hellen Begeisterung zu entflammen, nehmen aber andererseits Schicksalsschläge gelassen hin. Diese, ihnen im sonstigen Reich nicht gerade nachgerühmten Eigenschaften zeigen jetzt ihre guten Seiten. Die schwere Krisis des vergangenen Winters haben sie keineswegs verkannt; auch sie waren ernst gestimmt; aber ohne Murren und Verzagtheit haben sie verbissen weitergearbeitet, durchdrungen von fester Siegeszuversicht. Erscheinungen des Mißmutes, wie sie aus anderen Gauen berichtet werden, sind hier nicht hervorgetreten. Nachdem die Krisis überwunden, sehen die Ostpreußen mit stiller, aber froher Hoffnung in die Zukunft!

Wie die Lage an unseren Fronten, insbesondere an der östlichen ist, kann man aus dem Verhalten der Grenzvölker (Polen, Ukrainer, Weißruthenen usw.) jeweils klar erkennen. Sobald die Front Rückschläge zeigt, werden insbesondere die Polen aufsässiger. Nachdem ihr seit 1795 in ihrem Nationallied „Noch ist Polen nicht verloren“ immer wieder zum Ausdruck gebrachter Wunsch 1919 in Erfüllung gegangen ist, hoffen sie auch jetzt wieder auf das gleiche Wunder. Die Widerstandsbewegung nimmt zu. Auch in dem bisher ruhigen Zichenauer Bezirk bilden sich - vielleicht nach dem Vorbild der Partisanen - Banden, die bewaffnet Gehöfte von Volksdeutschen überfallen und die sich nicht scheuen, auf Gendarme zu schießen; zwischen Zollbeamten und bewaffneten Schmugglern ist es zu Schießereien gekommen. Als kürzlich vom SS-Standgericht zum Tode verurteilte Mitglieder der Widerstandsbewegung öffentlich vor zahlreichen, zu diesem Zweck zusammengeholten Polen gehängt wurden, brachte einer der Verurteilten ein Hoch auf das „ewige Polen“ aus, in das die vielen Zuschauer begeistert einstimmten. Ob das öffentliche Hängen in dieser Form richtig ist, ob man nicht dadurch Märtyrer schafft und die Polen noch mehr zusammenschweißt, soll hier nicht untersucht werden.(...)

Ende des vergangenen Jahres wurde die Bevölkerung in Königsberg nicht unerheblich durch Gerüchte über die Tätigkeit jugendlicher Banden beunruhigt. Diese Gerüchte waren stark übertrieben. Allerdings sind tatsächlich Ausschreitungen Jugendlicher, insbesondere Überfälle auf Angehörige des HJ-Streifendienstes, Einbruchdiebstähle und andere Straftaten vorgekommen. Nachdem die Festnahme einer größeren Zahl (etwa 50 bis 60) Jugendlicher erfolgt war und eine Reihe von Strafverfahren anhängig gemacht und durchgeführt worden ist, ist eine völlige Beruhigung eingetreten. Irgendwelche politischen Hintergründe bestehen offensichtlich nicht. (...)

41. Bericht des Generalstaatsanwalts (OLG-Präsident Szelinski) vom 29. Mai 1943

I.

Politische Führung

In Auswirkung der verstärkten Kriegsmaßnahmen sind in der Berichtszeit eine große Zahl wehrfähiger politischer Führer der NSDAP und auch vermehrt Beamte der Behörden der Provinz zur Wehrmacht eingezogen worden. Eine Provinz wie Ostpreußen, die sich tief mit der Wehrmacht verbunden fühlt, versteht es durchaus, daß auch die politischen Führer den Wehrdienst im Fronteinsatz ableisten wollen. Es sind damit die kritischen Bemerkungen verstummt, in denen der Verwunderung Ausdruck gegeben wurde, daß sich noch immer entbehrliche politische Führer im wehrfähigen Alter in der Heimat befänden. (...)

II.

Innere Front Luftangriffe

Ostpreußen war bisher von größeren Luftangriffen verschont gewesen. Der erste große Angriff auf Königsberg erfolgte durch sowjetrussische Flieger im April d. J. Die Flakabwehr hat wegen Fehlens von Scheinwerfern und Nachtjägern keine Wirkung ausgeübt. Der Angriff hatte jedoch nicht derart schwere Folgen, wie sie bei Großangriffen englischer Flieger auf westdeutsches Gebiet einzutreten pflegen.

Immerhin löste er eine gewisse Schockwirkung bei der Bevölkerung aus; diese wurde verstärkt bei dem Großangriff wenige Tage später auf die Stadt Tilsit. Hier traten erhebliche Verluste an Menschen (104 Tote) und größere Sachschäden ein. 113 Häuser wurden vollständig zerstört, weitere 158 beschädigt. 4629 Einwohner wurden obdachlos. Der Angriff auf Tilsit verursachte Kritik der Einwohner wegen Fehlens jeglicher Abwehrmaßnahmen. Eine Stadt, über die ein großer Teil des Nachschubs zur Nordfront geleitet wird und die wegen ihrer strategisch wichtigen Brücken über die Memel sowie wegen der gleichwertigen Brücken über das Überschwemmungsgebiet der Memel besonders zu Angriffen feindlicher Flieger anreizt, besaß keine Flak, es fehlte auch jeder Nachtjägerschutz. Die Bevölkerung wurde daher unruhig und versuchte zu einem Teil, die Stadt zu verlassen. Übertriebene Gerüchte über den Umfang der Verluste und Sachschäden machten sich besonders in Gebieten der Provinz breit, die keine Luftangriffe zu verzeichnen hatten. Ihnen wurde durch Aufklärung entgegengetreten, sie sind inzwischen völlig abgeklungen. Bemerkens-

wert ist weiter, daß infolge der mehrfachen Fliegeralarme und kleineren Angriffe feindlicher Flieger, die nur unbedeutende Schäden zur Folge hatten, die Bevölkerung sich sehr schnell an den neuen Zustand gewöhnt hat. Es kommt hinzu, daß wegen der inzwischen verstärkten militärischen Abwehrmaßnahmen z. Z. größere Einflüge nicht mehr erfolgen. Eine günstige Auswirkung hatten die Fliegerangriffe insofern, als die Bevölkerung mehr als bisher die Luftschutzmaßnahmen beachtete, die Opferbereitschaft für die Bombengeschädigten den inneren Zusammenschluß der Bevölkerung stärkte und ein großes Verständnis für die Lage der westdeutschen Bevölkerung erzielt wurde.

Auf den Widerstandswillen der ostpreußischen Bevölkerung haben die Luftangriffe einen günstigen Einfluß ausgeübt. (...)

Haltung der Bevölkerung und ihre Umschichtung im Verlauf des Krieges

In Ostpreußen, das als Soldatenland im Reich bekannt ist, macht sich die Umschichtung der Bevölkerung im Laufe des Krieges immer mehr bemerkbar. Männer im wehrfähigen Alter sind selten in der Heimat geworden. Sie werden, falls noch ihr Weiterverbleiben in den Heimatdienststellen unentbehrlich ist, von Personen, denen die dienstlichen Verhältnisse unbekannt sind, mit einiger Skepsis betrachtet. Nur zu verständlich ist daher der Wunsch aller dieser Männer, ebenfalls zur Wehrmacht eingezogen zu werden. Andererseits wirkt sich das Fehlen der zur Wehrmacht eingezogenen Männer mehr und mehr in der Grundhaltung der Bevölkerung aus. Durch die Maßnahmen des totalen Krieges sind Frauen in die Betriebe eingerückt. Die innere Bereitschaft dieser Frauen zur Erfüllung ihrer Aufgaben im Rahmen der Kriegswirtschaft ist durch die Führeraufrufe nach dem Fall Stalingrads gestärkt worden.

Es wird andererseits vielfach beobachtet, daß Kriegerfrauen, die unter Friedensverhältnissen wegen des geringen Einkommens ihrer Ehemänner selbstverständlich gearbeitet hätten, nunmehr die Ansicht vertreten, sie hätten ja bereits ihren Mann zur Wehrmacht hingegeben und wären daher ihrerseits nicht mehr verpflichtet, ebenfalls noch einen Beruf auszuüben. Begünstigt wird diese Haltung durch die verhältnismäßig hohen Unterstützungen, die ihnen gewährt werden. Die lange Dauer des Krieges hat ferner zur Folge, daß mehr und mehr das moralische Niveau vieler Frauen sinkt. Vergnügungssucht, reichliche Geldmittel, die ihnen zur Verfügung stehen, zum Teil auch eine gewisse Geschlechtsnot führen haltlose Frauen dazu, sich auszuleben und Liebesverhältnisse unter Nichtachtung ihrer Frauen- und Mutterehre einzugehen. Da deutsche Männer nur noch wenig vorhanden sind und insbesondere die berufs-

tätigen Frauen mehr und mehr mit ausländischen Zivilarbeitern und Kriegsgefangenen zusammenarbeiten, ist es unvermeidlich, daß immer mehr nicht gefestigte Frauen und Mädchen trotz der harten Strafen Beziehungen mit Ausländern anknüpfen. Obwohl in der Öffentlichkeit dies Verhalten der Frauen und Mädchen scharfe Ablehnung erfährt, mehren sich dennoch derartige Beziehungen. Daher wird das freie und unbeaufsichtigte Herumtreiben von Kriegsgefangenen und ausländischen Zivilarbeitern, durch das derartige Beziehungen noch in erheblichem Umfange gefördert werden, immer mehr von der verantwortungsvollen Bevölkerung mit Unwillen aufgenommen. Gerade an Sonn- und Feiertagen sind die Straßen in Königsberg angefüllt mit Ausländern, die sich keineswegs zurückhaltend, sondern oft sogar anmaßend benehmen. Das Zusammenhalten französischer Kriegsgefangener mit polnischen und ukrainischen Mädchen wird immer wieder beobachtet. Unzufriedenheit erregt auch die Tatsache, daß französische Kriegsgefangene im großen Umfange Genußmittel zugesandt erhalten, die sie wiederum dazu benutzen, deutschen Frauen und Mädchen durch das Anbieten z. B. von Schokolade anzureizen, mit ihnen in nähere Beziehungen zu treten. Falls sich das Gerücht bewahrheiten sollte, daß die französischen Kriegsgefangenen in absehbarer Zeit völlige Freiheit erlangen und als Zivilarbeiter beschäftigt werden sollen, wird es unvermeidlich sein, daß sich die Beziehungen zwischen deutschen Frauen und Mädchen und diesen Gefangenen weiterhin vermehren.

Der Oberstaatsanwalt in Insterburg hat auf die hierdurch bedingte blutsmäßige Gefährdung des deutschen Volkes hingewiesen. (...)

Auswirkungen der Lage an der Front auf die Stimmung und Haltung der Bevölkerung

Der Fall Stalingrads und der Verlust der VI. Armee, bei der sich viele ostpreußische Soldaten befanden, hatte zur Folge, daß zunächst die Stimmung in der Grenzlandbevölkerung Ostpreußens ernstlich gedrückt war. Die Bevölkerung in ihrer soldatischen Grundhaltung konnte es zunächst nicht verstehen, daß eine ganze deutsche Armee verloren ging und wir erhebliche Rückschläge an der Ostfront erlitten. Gerade aus den Gesprächen der Fronturlauber, die sich haushoch in ihrer kämpferischen Haltung der der Sowjetrussen überlegen fühlten, entstanden zum ersten Mal während des Krieges Zweifel an der militärischen Führung. Die Folge war eine rege Erörterung über die Ursache der Rückschläge an der Ostfront und die Frage, wem die Schuld für diese Ereignisse zuzumessen sei. Es wurde bei diesen Erörterungen zum ersten Mal in Ostpreußen seit der Machtübernahme auch in sonst politisch einwandfreien Teilen der Bevölkerung eine gewisse Kritik am Führer geübt. (...)

Kriegswirtschaftliche Verhältnisse Ostpreußens

Diese eben geschilderte Einstellung der Bevölkerung hat das Bewußtsein der Notwendigkeit persönlicher Opfer und Entbehrungen in weiten Kreisen der Bevölkerung verstärkt.

Ernährungslage

In sämtlichen Lageberichten der Oberstaatsanwälte wird die Tatsache der Kürzung der Fleischezuteilungen für die nächste Zuteilungsperiode und ihre stimmungsmäßige Auswirkung erörtert. Übereinstimmend wird mir berichtet, daß diese Einschränkung der Lebenshaltung das Verständnis der Bevölkerung findet, wenn auch gerade die Frauen in den Städten Ostpreußens mit einiger Sorge die Frage erörtern, ob ein genügender Ausgleich anstelle der verringerten Fleischezuteilung geschaffen werden kann. Dieser Ausgleich wird deshalb so schwierig, weil die Gemüseversorgung der Provinz schlechter ist als in den übrigen Teilen des Reiches. Es ist auch zu befürchten, daß Schwarzschlachtungen, die ohnehin in meinem Bezirk mengenmäßig erheblich sind und sich zweifellos auf die Versorgung auswirken müssen, weiterhin ansteigen werden. Die Bestrafungen allein werden die Seuche der Schwarzschlachtungen kaum wesentlich beeinflussen. Es ist unmöglich, einen großen Teil der landwirtschaftlichen Betriebsführer, die für diese Schwarzschlachtungen verantwortlich sind, einzusperren, weil dadurch die ganze landwirtschaftliche Produktion gefährdet wird. Wird andererseits nicht scharf durchgegriffen, so steigt der Tauschhandel mit den Gewerbetreibenden, der ohnehin Anlaß zur Unruhe bei der Mehrzahl der schaffenden Bevölkerung bietet. Einschränkungen der Ernährungslage werden aber gerade auch von der werktätigen Bevölkerung hingenommen, wenn diese das Gefühl hat, daß alle Teile der Bevölkerung gleichmäßig davon betroffen werden, und nicht diejenigen davon verschont bleiben, die sich im Besitz von Mangelware als Tauschobjekt befinden.

Landwirtschaft

Die landwirtschaftlichen Betriebe werden zu einem großen Teil von Frauen oder alten Männern geleitet. Die landwirtschaftlichen Arbeitskräfte sind meistens ausländische Zivilarbeiter oder Kriegsgefangene.

(...) Von Seiten der Strafvollstreckungsbehörden ist der besonders schwierigen Lage der Landwirtschaft durch Gewährung von Strafausstand weitgehend Rechnung getragen worden. Die Herstellung einer günstigen Ernährungslage überwiegt gegenüber dem Interesse an einem geordneten Strafvollzug. In den landwirtschaftlichen Betrieben muß andererseits beobachtet werden, daß die Wirtschaftsmoral, wie die Schwarzschlachtungen und Lebensmittelschiebun-

gen beweisen, der ländlichen Bevölkerung bei Fortdauer des Krieges sinkt. Dies hat aber auch zur Folge, daß die Autorität der Betriebsführer gegenüber den ausländischen Arbeitskräften nicht gerade gestärkt wird. Da die ländliche Bevölkerung fürchtet, daß die ausländischen Arbeitskräfte ihre Schiebungen im Falle eines Streites den zuständigen Polizeibeamten melden, wagen die Betriebsführer nicht, ihrer Autorität volle Geltung zu verschaffen. Es ist ferner zu bemerken, daß unverantwortliche Betriebsführer keinen Unterschied zwischen den deutschen und den ausländischen Betriebsangehörigen machen und nationalpolitische Gesichtspunkte im Interesse ihres Betriebes völlig außer Acht lassen. So werden z. B. halbwüchsige Mädchen allein mit Kriegsgefangenen oder männlichen ausländischen Zivilarbeitern auf abgelegenen Arbeitsplätzen eingesetzt, unbeaufsichtigt gelassen und so die Herstellung intimer Beziehungen zwischen deutschen Mädchen und den Ausländern begünstigt. Falls die Eltern sich gegen derartige Beschäftigung ihrer Töchter wehren, stoßen sie auf Unverständnis wenn nicht sogar auf Widerspruch der Betriebsführer. Eine häufigere Belehrung durch die Organe des Reichsnährstandes erscheint hier dringend erforderlich.

Um sich die Arbeitskraft eingearbeiteter Ausländer zu erhalten, weigert sich die ländliche Bevölkerung oft, strafbare Handlungen und disziplineloses Verhalten der Ausländer und Kriegsgefangenen zur Anzeige zu bringen und, falls von anderer Seite Anzeige erfolgt, nehmen die Betriebsführer die Ausländer noch in Schutz. Bei den Schwierigkeiten, die einem geordneten ländlichen Betriebe z. Z. entgegenstehen, müssen aber schließlich die geschilderten Unzuträglichkeiten in Kauf genommen werden. (...)

Konfessionelle Lage

Die konfessionelle Lage der Provinz ist ruhig. Konfessionelle Streitigkeiten spielen z. Z. keine Rolle. Der Oberstaatsanwalt Braunsberg berichtet allerdings die Tatsache, daß der Besuch der katholischen Bevölkerung bei konfessionellen Veranstaltungen erheblich ansteigt, während er ein Abnehmen der Teilnahme an Veranstaltungen der NSDAP feststellen zu müssen glaubt. Er führt dies darauf zurück, daß der größte Teil der politischen Führer der NSDAP eingezogen und z. B. sämtliche fünf Braunsberger Ortsgruppen der NSDAP nur noch mit stellvertretenden Ortsgruppenleitern besetzt seien, während in der Besetzung der katholischen Pfarrstellen kaum eine Veränderung eingetreten sei und nur vereinzelt einer der Kapläne zur Wehrmacht abgestellt worden wäre. Der politische Katholizismus könne daher ungehindert in der alten Weise weiterarbeiten. Die evangelischen Geistlichen der Provinz befinden sich, soweit sie wehrfähig sind, zum größten Teil bei der Wehrmacht.

42. Bericht des OLG-Präsidenten vom 27. Juli 1943

In den Sitzungsberichten des Vorsitzers des hiesigen Sondergerichts fällt in der letzten Zeit eine Zunahme der Heimtückesachen auf. Der Kreis der Beschuldigten ist gegenüber der Vorkriegszeit zum Teil ein anderer geworden. Während damals in der Hauptsache die Angeklagten ausgesprochene Staatsfeinde waren, handelt es sich jetzt auch um bisher politisch gleichgültige oder einwandfreie Personen, die der Schwere der Kriegereignisse nicht gewachsen sind und sich zu staatsfeindlichen Äußerungen hinreißen lassen. Bei den Heimtückeäußerungen ist immer wieder als Quelle der Londoner Rundfunk zu beobachten, der also, obwohl die Strafsachen wegen des Abhörens feindlicher Sender abgenommen zu haben scheinen, doch immer wieder heimlich gehört wird. So wird in der letzten Zeit erzählt, daß mit einer weiteren Kürzung der Lebensmittelrationen zu rechnen sei, daß insbesondere die Kinder unter 6 Jahren und alte Leute über 70 Jahren überhaupt kein Fleisch mehr bekommen würden; dies ist auch ein Gerücht, das auf Verlautbarungen des Londoner Senders zurückzuführen sein soll.(...)

43. Bericht des Generalstaatsanwalt (OLG-Präsident Szelinski) vom 28. September 1943

Die militärische Lage an allen Fronten steht nach wie vor im Vordergrund des politischen Interesses der Bevölkerung.

Angesichts der geographischen Lage Ostpreußens wird die Entwicklung der Front im Osten naturgemäß am lebhaftesten verfolgt. Die gerade in den letzten Wochen erfolgten umfangreichen Absetzbewegungen unserer Truppen haben auf die ostpreußische Bevölkerung einen nachhaltigen Eindruck gemacht. Wenn auch ein entscheidender Durchbruch der Sowjets durch unsere Linien für unwahrscheinlich gehalten wird, so macht man sich doch hinsichtlich des kommenden Winters einige Sorgen. Hierbei wird die Frage, ob die Sowjets nach ihren ungeheuren Menschen- und Materialverlusten während dieses Sommers noch in der Lage sein werden, wieder wie in den vergangenen beiden Jahren eine groß angelegte Winteroffensive zu unternehmen, besonders stark erörtert. Aber auch im Falle einer größeren Sowjetoffensive im Winter glaubt man sich auf unsere Truppen und die militärische Führung verlassen zu können. Die militärische Lage im Osten wird daher als ernst, aber noch keineswegs als besorgniserregend angesehen. (...)

Im Gegensatz zu den äußeren Fronten wird die Luftkriegslage mit größter Sorge betrachtet. Wenn auch Ostpreußen in der Zeit seit meinem letzten Bericht von Bombenangriffen feindlicher Flieger völlig verschont geblieben ist, so haben doch die schweren Terrorangriffe der anglo-amerikanischen Luftwaffe

auf zahlreiche Städte im Westen unseres Vaterlandes die Bevölkerung seelisch stark erschüttert.

In diesem Zusammenhang muß hervorgehoben werden, daß die Evakuierung der Großstädte im Reich zahlreiche Volksgenossen nach Ostpreußen gebracht hat, die nun unter dem Eindruck gewiß schwerer persönlicher Erlebnisse in ihrem neuen Lebensraum zu Quellen übler Gerüchte werden. Bei allem gebotenen Verständnis wird hinsichtlich ihres Verhaltens in dieser Richtung eine aufmerksame Beobachtung und gegebenenfalls auch eine strenge Bestrafung am Platze sein. Darüber hinaus hat die Aufnahme der Bombengeschädigten und Evakuierten auch sonst zu erheblichen Unzulänglichkeiten geführt, die vielfach in ihrem arroganten und unverständigen Auftreten der einheimischen Bevölkerung gegenüber begründet sind.(...)

Der Oberstaatsanwalt in Memel hat sich hierzu wie folgt geäußert: „Die Haltung der Bevölkerung ist nach wie vor durchaus zufriedenstellend. Die Gerüchtebildung ist keineswegs bedeutend oder beunruhigend. Eine gewisse Beeinträchtigung der Stimmung war vor einiger Zeit zu verzeichnen, als Hamburger oder Berliner Bombengeschädigte in größerer Anzahl eintrafen. Die Bevölkerung hat manchen Äußerungen und Schilderungen mehr Glauben geschenkt und sie ernster genommen, als sie verdienten. Der Großstädter redet, insbesondere in seiner Erregung, so manches dahin, was er gar nicht so ernst meint und hinterher schnell vergißt. Die hiesige geistig nicht so bewegliche Landbevölkerung hat die Dinge jedoch wortwörtlich genommen und hat sich unnötig Gedanken und Sorgen gemacht. Einigen Verbreitern und Verfassern von besonders üblen und böartigen Greuelmärchen wurde schließlich von der Gestapo das Handwerk gelegt. Jetzt ist auch hier wiederum eine Beruhigung eingetreten, und diese Erscheinungen dürften im Wesentlichen überwunden sein.“ (...)

Tauschhandel blüht und empört weite Bevölkerungskreise. - Verbotener Umgang besonders mit französischen Kriegsgefangenen.⁶ - OStA Rode, Memel, lobt die für Landarbeit geeigneten sowjetischen Gefangenen, kann aber bei Fahrten durch seinen Bezirk „unbehagliches Gefühl nicht ganz unterdrücken“ angesichts der Tatsache, daß sie sich „unbeaufsichtigt auf dem Acker und auf dem Lande bewegen, mit Milchfuhrwerk allein zum nächsten Bahnhof fahren und so fort“.

44. Bericht des OLG-Präsidenten vom 29. November 1943

I.

Gerade in Ostpreußen als der am weitesten gegen den Sowjetstaat vorgeschobenen Provinz, bewegen die Ereignisse an der Ostfront erklär-

licherweise stets in ganz besonderem Maße. Wenn man auch die militärische Lage im Osten als ernst betrachtet, so ist man doch der festen Überzeugung, daß die Front gegen den Bolschewismus auf jeden Fall gehalten werden wird, gleichgültig, ob die Sowjettruppen ein paar 100 km mehr oder weniger vorrücken. Insbesondere üben die völlig zuversichtliche Stimmung und die Überzeugung kämpferischer Überlegenheit der Frontsoldaten gegenüber dem bolschewistischen Gegner, wie sie in Briefen und durch Urlauber von der Front zum Ausdruck kommen, einen günstigen Einfluß aus. Durch den Luftkrieg in der Heimatprovinz ist die Stimmung der ostpreußischen Bevölkerung in der abgelaufenen Berichtsperiode nicht beeinflußt worden. (...)

46. Bericht des OLG-Präsidenten vorn 29. März 1944

1. Im Vordergrund des Interesses stehen hier im Osten des Reiches nach wie vor die militärischen Ereignisse an der Ostfront. Die umfangreiche Rücknahme dieser Front vor dem Massenansturm der Bolschewisten wurde, nachdem davon auch der Nordabschnitt hart ergriffen worden war, mit ernster Besorgnis verfolgt. Auch ließ sich besonders in den Grenzbezirken eine gewisse Erregung in der Bevölkerung nicht verkennen, die noch durch umlaufende Gerüchte genährt und verstärkt wurde. Nach und nach hat man sich aber auch dort einigermaßen beruhigt. Wesentlich hierzu trägt die Haltung der zum Urlaub kommenden Frontsoldaten bei, die immer wieder betonen, daß die Kämpfe zwar hart und schwer sind, aber im Vertrauen auf die Überlegenheit des deutschen Soldaten und seiner Waffen in voller Zuversicht auf den Enderfolg durchgestanden werden.

Nicht zu verkennen ist es allerdings, daß, wie der Landgerichtspräsident in Zichenau berichtet, die deutsche Bevölkerung in dem dortigen eingegliederten Ostgebiet sich wegen des weiteren Vorporellens der Bolschewisten im Süden der Ostfront auf das Generalgouvernement zu bereits mehr oder minder offen an Vorbereitungen denkt, um sich und ihr Vermögen in sichere Gegenden des Reiches zu verbringen.

Einen Vorteil der Rückverlegung der Ostfront im Norden hat man mit einer gewissen Befriedigung zur Kenntnis genommen: Daß nämlich die Esten und Letten nunmehr, nachdem ihnen die bolschewistische Gefahr erneut vor Augen geführt, in verstärktem Maße sich am aktiven Kampf gegen die Sowjets beteiligen. Die Esten und Letten sind im Hinblick auf die kulturelle Verbundenheit mit dem Deutschtum im Baltikum nicht deutschfeindlich gewesen und haben auch im Sommer 1941 die einmarschierenden deutschen Truppen mit großer Begeisterung als Befreier vom Bolschewismus begrüßt. Ihnen ist jetzt in erhöhtem Umfange eigene Selbstverwaltung zugebilligt worden, und auch die

Reprivatisierung ihres Grundbesitzes wird durchgeführt. Alsdann hat sich ein erhebliches Bestreben der Esten gezeigt, sich über deutsche Verhältnisse zu unterrichten. Es sind in den hiesigen Bezirk zunächst estnische Grundbuchbeamte und Richter wiederholt abgeordnet worden. Diese Abordnungen haben ersichtlich zu einer Vertiefung der freundschaftlichen Beziehungen wesentlich beigetragen. Neuerdings ist der Wunsch vorgebracht, estnische Richter und Staatsanwälte auch in der deutschen Strafrechtspflege hier im Bezirk zu unterweisen. Diese Veranstaltungen sind jetzt dadurch unterbrochen worden, daß die in Frage kommenden estnischen Beamten sowie Richter und Staatsanwälte sich, wie verlautet, zum Wehrdienst gemeldet haben.

Im Gegensatz hierzu wird bei den Litauern eine Beteiligung am Kampf gegen den Bolschewismus noch vermißt. Die Bevölkerung Litauens neigt rassenmäßig eher zum Slawentum und steht nach ihrer zeitigen Standesschichtung dem Bolschewismus nicht so ablehnend gegenüber. Aus diesem Grunde hat man wohl auch ihnen die Selbstverwaltung nicht in einem solchen Maße zugebilligt, wie den Esten und Letten. (...)

47. Bericht des OLG-Präsidenten vom 9. September 1944

1. Dem Angriff englischer Flieger auf Königsberg in der Nacht zum 27. August 1944 folgte am 30. August in der Zeit von 1-2 Uhr ein besonders schwerer Terrorangriff. Die Bomben fielen in geschlossenem Teppichabwurf. Der Schwerpunkt des Angriffs lag hauptsächlich auf dem Stadtkerngebiet, das - von geringen Ausnahmen abgesehen - in allen seinen Teilen vernichtet ist. Das zerstörte Gebiet hat einen gleichmäßigen Durchmesser von 3 km. Nach amtlicher Schätzung sind etwa 40 000 Flammstrahlbomben - 13 kg - und etwa 500 Sprengbomben mittleren Kalibers abgeworfen. Bisher sind als tot geborgen 840 Personen; wahrscheinlich werden weitere 1 000 in den Häusern verschüttet sein; obdachlos wurden 130 000-150 000 Menschen, eine Zahl, die gegen die Einwohnerzahl von Königsberg mit 360 000 - einschl. der entfernten Vororte - erheblich ist. Dadurch ist über die Hälfte der Bewohner des eigentlichen Königsbergs ausgebombt. Verkaufsstellen für Textilwaren, Schuhe, Glas und Porzellan sind über 90 % vernichtet; durch Zerstörung zahlreicher Speicher hat Königsberg 60 % seines Lagerraums eingebüßt. Von Verwaltungs- und sonstigen öffentlichen Gebäuden sind total beschädigt Oberpräsidium, Regierung, Kreisleitung, Finanzamt, Reichsbank, Reichsbahndirektion, Börse (Gauwirtschaftskammer), Haus der Arbeit, Deutsche Bank, Landesbank, Bank der Ostpr. Landschaft, Dresdner Bank, Stadtparkasse, neun Kirchen, darunter der Dom mit dem Kantgrab und die Schloßkirche, die Universität, das Schloß mit

sämtlichen Museen und dem Oberlandesgericht, Opernhaus und die alte Universität.

Durch Jäger sind 28, durch Flak 10 feindliche Flugzeuge abgeschossen. Bereits während des Angriffs sind durch konzentrierten und massenhaften Einsatz Großbrände entstanden, die in kurzer Zeit zu Großflächenbränden zusammenwuchsen. Der größte Teil der bisher festgestellten Toten ist auf der Flucht in dem Flammenmeer umgekommen.

2 a) Das Schloß, in dem das Oberlandesgericht untergebracht war, ist bis auf die Grundmauern heruntergebrannt. Erhalten sind lediglich 5 und 3 Kellerräume, insbesondere der Tresorraum, in dem sich die Schränke der Justizhauptkasse und der Geheimschrank befanden. Von ganz verschwindenden Ausnahmen abgesehen, sind alle Verwaltungs-, Zivil- und Strafsakten des Obergerichts ein Opfer der Flammen geworden. An Löschen und Retten war nicht zu denken. Das Ordenschloß, das - etwas höher gelegen - die Nachbargebäude überragt, ist besonders schwer mit Bomben belegt. Als die Brandwache noch während des Angriffs aus dem Luftschutzkeller herauskam, empfing sie ein Hagel von Bomben und ein Flammenmeer, sodaß sie sofort zurück mußte. Als sie dann etwas später weitere Versuche machten, zu retten, stand das gesamte Schloß in hellen Flammen. Da der Dachstuhl und der ganze Innenausbau aus Holz war, fand das Feuer besonders gute Nahrung. Trotz der Tiefe der Keller und der Dicke der Mauern war in den Luftschutzräumen die Hitze so groß, daß die Brandwache sie verlassen mußte und sich nach stundenlangem Herumirren durch das Flammenmeer erst retten konnte. Hierbei ist offenbar eine Justizangestellte ums Leben gekommen. Von den übrigen Justizbediensteten, die sich nicht in den Justizgebäuden befanden, fehlt von 6 bisher jede Spur, so daß mit ihrem Ableben zu rechnen ist.

b) In dem am Nordbahnhof gelegenen Amts- und Landgerichtsgebäude das neben zahlreichen Brandbomben auch kleine Sprengbomben erhalten hat, ist der Dachstuhl fast vollständig, das obere Geschoß zum größten Teil abgebrannt. Dem tatkräftigen Eingreifen der Brandwachen und der zahlreich herbeigekommenen anderen Justizbediensteten ist es zu danken, daß das Gebäude vor weiterem Schaden bewahrt werden konnte. Das Oberlandesgericht und dessen Staatsanwaltschaft sind in das Landgerichtsgebäude übersiedelt, wo durch Ausziehen von Wehrmachts- und Reicharbeitsdienst-Formationen etwas Raum geschaffen ist. Wir sind zwar recht eng zusammengedrückt, werden aber unterkommen. Unangenehm bemerkbar macht sich das Fehlen von Möbeln. Zu einem gewissen Teil wird der Mangel dadurch beseitigt, daß wir aus dem Amtsgericht Sudauen, obwohl es schon lange vorher von der Zivilbevölkerung

geräumt war und häufig unter Artilleriebeschuß lag, noch 6 Waggon Möbel herausgebracht haben. Ich besitze zwar in der Provinz noch eine Anzahl von Möbeln; ich möchte sie jedoch - wenigstens zur Zeit noch nicht - in das immerhin gefährdete Königsberg bringen, zumal ich sie aufheben möchte für den Fall, daß wir auch hier wieder ausgebombt werden und nach auswärts ausweichen müssen.

48. Bericht des OLG-Präsidenten vom 11. Oktober 1944

Die Lage in Ostpreußen ist in den letzten Wochen ernster geworden. (...)

Offenbar haben die Russen jetzt die Absicht, der Nordarmee den Rückzug abzuschneiden, indem sie von Litauen aus auf das Memelgebiet vorstoßen. Am Montag, den 9. Okt. 1944, haben Panzerverbände unsere Stellungen durchbrochen und in der Gegend von Heydekrug (50 km südlich Memel) das Kurische Haff erreicht. Damit ist die einzige Eisenbahn und die einzige Chaussee, die Memel mit dem Reich verbindet, in der Hand der Russen. Von Memel kann man nur noch zu Schiff über das Haff oder über die Kurische Nehrung, die aber keine feste Straße hat, Ostpreußen erreichen. Daß die Russen in Nordostpreußen einen Vorstoß planten, ließ sich daraus schließen, daß sie in der ganzen letzten Zeit immer wieder Fliegerangriffe auf Tilsit, Insterburg und Memel unternahmen, offenbar um die Eisenbahn- und die Niemen-Brücken zu zerstören; dieses ist ihnen nicht gelungen.

Trotzdem kam der am Montag geglückte Durchbruch auf Heydekrug überraschend. Am Sonnabend, den 7. Okt. 1944, wurde in Memel durch Rundfunk bekannt gegeben, daß alle Frauen noch am gleichen Tage Memel zu verlassen hätten. Am Montag, den 9. Okt. 1944, teilte der Oberbürgermeister zugleich im Namen des Kreisleiters und des militärischen Oberbefehlshabers mit, daß alle zivilen Behörden aufgelöst seien, und daß die noch anwesende Zivilbevölkerung Memel sofort zu verlassen habe, soweit sie nicht zum Volkssturm einberufen sei. Ferner blieben diejenigen Männer zurück, die zur Küstenhilfswehr bereits eingezogen waren.

Der Landgerichtspräsident und der Oberstaatsanwalt haben mit einem Lastwagen, den wir noch nach Memel schicken konnten, und ferner zu Schiff über das Haff nach Labiau die besonders wichtigen Akten und einige Schreibmaschinen zurückgeschickt; alles andere, auch die persönliche Habe der Gefolgschaftsmitglieder, soweit sie diese nicht schon vorher fortgeschickt hatten, ist dort geblieben. Memel und der Nehrungsweg Memel-Schwarzort liegen seit Dienstag, den 10. Oktober unter Artilleriebeschuß. (...)

Aktenvermerk, Reichsjustizministerium, 12. Oktober 1944

Der GStA. in Königsberg teilt soeben fernmündlich folgendes mit: „Die Haftanstalt Memel ist am 8. 10. 44 geräumt worden. Die Gefangenen sind auf dem Schiffsweg nach Danzig abtransportiert worden. Die Stadt Memel ist von der Zivilbevölkerung geräumt. Nach unverbürgten Nachrichten sollen in Memel schon Straßenkämpfe im Gange sein.

Die Jugendarrestanstalt in Prökuls ist gleichfalls geräumt worden. Die Arrestanten sind entlassen worden. Das Personal hat sich bisher nicht gemeldet. Prökuls liegt zwischen Memel und Heydekrug, 23 km südlich von Memel. In Prökuls sollen die Russen schon eingedrungen sein und das Kurische Haff erreicht haben.

Das Gerichtsgefängnis Heydekrug sollte nach meiner Anordnung geräumt werden. Was aber dort geschehen ist, kann ich zur Zeit nicht feststellen. In Heydekrug drangen die Russen am 9. 10. 44 ein, sollen aber inzwischen wieder herausgeworfen worden sein.

Das Zuchthaus Ragnit wird morgen früh geräumt. Die Zivilbevölkerung hat Abmarschbefehl. Die Ortschaften nördlich der Memel brennen nach Mitteilung aus Ragnit.

Aus Tapiau werden in den nächsten Tagen - sobald die Transportmittel gestellt sind - 100 weibliche Zuchthausgefängene in die Zuchthäuser Waldheim und 200 weibliche Gefangene an das Frauenzuchthaus Lübeck-Lauerhof überstellt. Die Lage in Königsberg ist vollständig ruhig."

49. Bericht des Generalstaatsanwalts (OLG-Präsident Szelinski) vom 19. Oktober 1944

I. Allgemeine Lage

Die militärische Lage Ostpreußens ist dadurch gekennzeichnet, daß der Feind von allen Seiten gegen die Provinz unter stets wechselnder Schwerpunktbildung anrennt. Im Norden der Provinz gelang es dem Russen, am 9. und 10. Oktober unter Massierung von Panzerkräften beiderseits Schaulen durchzubrechen. Die Folge war das Eindringen starker Kräfte in das Memelgebiet, Einschließung Memels von der Landseite, Unterbrechung der Straße Memel-Heydekrug-Tilsit. Heydekrug ging vorübergehend verloren. Die Russ-Memel-Linie konnte dagegen gehalten werden. Der überraschende Durchbruch der Russen erfolgte derart schnell, daß trotz weitgehender Räumungsmaßnahmen im Sommer d. J. es nicht mehr in vollem Umfange gelang, die deutsche Zivilbevölkerung auf dem flachen Lande zurückzuführen. Größere Trecks sind in der Gegend von Heydekrug in russische Hände gefallen. Darunter befanden

sich auch Justizangehörige. Die Evakuierung Memels erfolgte reibungslos und war restlos dadurch möglich, daß die Kurische Nehrung als Ausweichstraße besonders geeignet war. Die Justizverwaltung hatte Nachteile durch den Verlust des Anstaltgutes Birkenwalde ostwärts Memel. Durch Einsatz eines Lastzuges gelang es, Zuchtvieh herauszuschaffen, Pferde gingen dagegen verloren. (...)

Zweifellos haben die Ostbefestigungen weitgehend dazu beigetragen, die Stoßkraft der russischen Offensiven abzuschwächen.

Die Stimmung der Bevölkerung ist in Auswirkung des überraschenden Durchbruchs der Russen in das Memelgebiet sehr ernst, zum Teil bedrückt. Die Frage der Räumung der Provinz durch die Zivilbevölkerung im Falle des weiteren Vordringens der Russen bereitet ernste Sorge. Zwar waren gewisse Vorbereitungen bereits im Sommer getroffen. Für einen Streifen von etwa 30 km Breite längst der Ostgrenze, zu dem auch das frühere Memelland gehörte, war die Evakuierung der Frauen und Kinder angeordnet. Die sehr bodenständige Bevölkerung ist jedoch nur zögernd den Räumungsaufforderungen gefolgt. Frauen und Kinder sind sogar zum großen Teil, nachdem sich die Lage vorübergehend wieder beruhigt hatte, in die Evakuierungszone zurückgekehrt. Sogar früher Evakuierte aus anderen Teilen des Reiches sind der Räumungsaufforderung nicht nachgekommen, sondern in Ostpreußen verblieben. Dieses Vertrauen auf die Festigkeit der Ostfront ist umso bemerkenswerter, als im Sommer dieses Jahres die Grenzbevölkerung zurückflutende disziplinslose Heeresteile, die allerdings in der Hauptsache Etappenformationen angehörten, erleben mußte und von diesen Soldaten, die teilweise mit ihren ausländischen weiblichen Hilfswilligen einen überaus schlechten Eindruck machten, nicht gerade das Gefühl des standhaften Widerstandes der Front erhalten konnte. Andererseits ist das Zu-lange-Verbleiben oder Zurückkehren der bereits evakuierten Bevölkerung ein ernstes Problem, da eine ordnungsgemäße Durchführung von Gebietsräumungen hierdurch praktisch unmöglich gemacht wird. Der Durchbruch der Russen in das Memelgebiet hat jedoch der Bevölkerung gezeigt, welche ersten Folgen die Nichtbefolgung der Evakuierungsaufforderung für die Bevölkerung haben kann. Demgemäß bemüht sich ein Teil der großstädtischen Bevölkerung, nunmehr Ostpreußen zu verlassen. Die Evakuierungszüge nach Sachsen sind mit Rücksicht auf den Abtransport der zurückgeführten Bevölkerung aus dem Memelgebiet eingestellt worden. (...)

II. Luftangriffe

Durch die schweren Terrorangriffe in den Nächten zum 27. und 30. 8. ist die Innenstadt Königsberg mit geringen Ausnahmen zerstört. Die Justizbehörden

sind in dem großen Gerichtsgebäude des Land- und Amtsgerichts vereinigt worden. Dieses Justizgebäude hat zwar auch umfangreiche Schäden erlitten. Durch Einsatz von Gefangenenkommandos ist das Haus aber in weitem Umfange wieder benutzbar geworden. Durch Luftangriffe sind weiterhin die Städte Tilsit, Memel, Insterburg und Gumbinnen, darunter am stärksten Tilsit, in Mitleidenschaft gezogen. In Tilsit sind auch die Justizgebäude stark beschädigt, zum Teil vernichtet. Die Luftangriffe haben im Gegensatz zur Entwicklung an der Ostfront, abgesehen vom ersten Schock, keine wesentlichen Auswirkungen auf die Stimmung und Haltung der Bevölkerung gehabt. (...)

V. Entwicklung der Kriminalität in Ostpreußen

Die Verlagerung eines großen Teils der männlichen Bevölkerung und der ausländischen Arbeiter in die Grenzgebiete der Provinz zum Einsatz am Ostwallbau und die Grenzzonenräumung hatte zur Folge, daß Plünderungen zum Gegenstand sondergerichtlicher Aburteilung wurden. Es ist sehr viel geplündert worden, und zwar nicht nur im Zusammenhang mit der Grenzzonenräumung, sondern auch nach den Luftangriffen. Auf meine Bitte hatte der Herr Oberlandesgerichtspräsident unter Berücksichtigung der schlechten Verkehrsverhältnisse innerhalb der Provinz örtliche Sondergerichte eingerichtet, d. h. es sind sämtliche Richter der Provinz zu Mitgliedern des Königsberger Sondergerichts bestellt und treten am Sitz ihres Gerichts zusammen. Das Ergebnis der Rechtsprechung der örtlichen Sondergerichte kann dahin zusammengefaßt werden, daß Plünderungen durch die Zivilbevölkerung keinen größeren Umfang in der Folgezeit angenommen haben. Unbefriedigend ist jedoch das Ergebnis, daß sich Wehrmattsangehörige und Angehörige der O. T. weitgehend an Plünderungen beteiligt haben. Da insoweit die örtlichen Polizeibeamten die Ermittlungen nicht fortsetzen konnten, haben die Plünderungen erheblichen Umfang angenommen, ohne daß es bisher gelungen ist, sie wirksam zu bekämpfen.

Morde, Brandstiftungen und Raubüberfälle mehren sich auf dem flachen Lande durch den Einsatz zahlreicher russischer Agenten, die aus Flugzeugen über Ostpreußen abgesetzt wurden. Es handelt sich hierbei zum Teil um ehemalige deutsche Kriegsgefangene, die auf russischen Agentenschulen ausgebildet wurden. Ein Teil dieser früheren Kriegsgefangenen benutzt allerdings den Einsatz als Agent zur Flucht aus Rußland und hat sich freiwillig bei den örtlichen militärischen Dienststellen gemeldet. (...)

Anlage

Königsberg (Pr), den 13. Oktober 1944

Befehl des Reichsverteidigungskommissars über Betreuung und Unterbringung evakuierter Frauen und Kinder im Gau Ostpreußen. Die Kämpfe an den Grenzen des Gaues Ostpreußen haben es notwendig gemacht, daß eine Anzahl von Frauen und Kindern aus den Grenzgebieten zu ihrem Schutz in andere Teile des Gaues Ostpreußen umquartiert werden mußte. Diese Frauen und Kinder unterzubringen, zu pflegen und zu betreuen ist Ehrenpflicht der gesamten Bevölkerung des Gaues. Die Leitung dieser Unterbringung und Betreuung führt in meinem Auftrage der Gauamtsleiter der nationalsozialistischen Volkswohlfahrt durch.

Um diesen durch die militärische Lage hervorgerufenen Notstand in einer Form zu beheben, die den Evakuierten ihre Lage erleichtert und der gesamten Bevölkerung des Gaues Ostpreußens zur Ehre gereicht, ordne ich folgendes an:

1. Jeder der in den von mir bezeichneten Kreisen eine Wohnung, einen Bauernhof oder sonst zur Unterbringung von Menschen geeignete Räume besitzt, ist verpflichtet, in diesen Evakuierte aufzunehmen.
2. Er hat den Evakuierten dieselben Möglichkeiten zu bieten, unter denen er selbst mit seiner Familie lebt.
3. Wer gegen diese selbstverständliche Gemeinschaftspflicht verstößt, wird durch das Sondergericht bestraft. Seine Wohnung und sein Hof können beschlagnahmt und einem Dritten zur Nutzung übergeben werden.
4. Wer die evakuierten Frauen und Kinder an Ehre, Ansehen und Besitz schädigt, sei es mit Gewalt, durch Vorspielung falscher Tatsachen oder Arglist wird durch das Sondergericht mit Gefängnis, Zuchthaus oder mit dem Tod bestraft.
5. Wer die mit der Unterbringung Beauftragten behindert, verleumdet oder beschimpft wird gleichfalls strengstens bestraft.

gez. Koch

50. Bericht des OLG-Präsidenten vom 30. Oktober 1944

I.

Durch die Fliegerangriffe hat fast die Hälfte der Bewohner Königsbergs ihre Unterkunft verloren; 120 000 sind in ländliche Bezirke Ostpreußens gebracht; der größere Teil von ihnen ist inzwischen ins Sächsische weiter befördert. Das Oberlandesgericht ist in das Landgericht ausgewichen. Alle obergerichtlichen

Akten, soweit sie nicht wegen besonderer Wichtigkeit sichergestellt waren, sind verbrannt. Ihre Wiederherstellung verursacht viel Mühe und nimmt zahlreiche Kräfte in Anspruch, so daß hier die Abgabe an Wehrmacht und Rüstung nicht in dem Umfange erfolgen kann, in dem sie sonst möglich wäre.

II.

Infolge des Russeneinfalls sind 3 Landgerichte (Bialystok, Memel und Tilsit) ausgefallen; 2 weitere (Insterburg und Lyck) arbeiten infolge starker Bedrohung in sehr verminderter Besetzung und zwar hauptsächlich Sondergerichts- und sonstigen Strafsachen. Der übrige Arbeitsanfall ist verschwindend gering, was dadurch zu erklären ist, daß der größte Teil der Bevölkerung schon fort ist oder zur Flucht rüstet. 20 Amtsgerichte sind bisher ausgeschaltet. (...)

51. Bericht des OLG-Präsidenten vom 24. November 1944

I.

1. Seit dem Eintritt des Schlechtwetters und der dadurch bedingten Verschlammung des Geländes ruht in den letzten Wochen jede größere Kampf-tätigkeit an den ostpreußischen Fronten. Offenbar warten die Russen Frostwetter ab.

Ihre Versuche, von Norden her über die Memel zu setzen, haben sie nicht wiederholt; von dort aus ist, da der Memelstrom mit seinen breiten Sumpfwiesen ein schweres Hindernis bietet, mit einem Angriff kaum zu rechnen. (...)

II.

1. Wie bereits früher berichtet, habe ich sämtliche besonders wichtigen Akten wie Testamente, Grundbuchtabeln und Handels-, Vereins- und sonstige Register inzwischen aus ganz Ostpreußen über die Weichsel hinübergebracht, wo sie von meinen Beamten bearbeitet werden.

2. Aus den vom Feind besetzten, den völlig geräumten und den bedrohten Gebieten habe ich wichtigere Akten anfänglich in den Westen meines Gebiets gebracht. Das war zweckmäßig, solange die Zahl der betroffenen Gerichte gering war. Jetzt bin ich dazu übergegangen, wichtige, aber seltener benötigte Akten nach Flatow - Bezirk Schneidemühl - auszulagern. Hier werden sie gerichtsweise geordnet. Ein Inspektor, der etwa die Tätigkeit eines Lagerverwalters hat, betreut sie. Auf Anfordern gibt er die jeweils erbetenen Akten dem Stammgericht heraus.

3. Um zu überprüfen, inwieweit die Bergung und Auslagerung durchgeführt ist und um an Ort und Stelle Einzelheiten zu besprechen, habe ich in der Zeit vom 20. bis 22. November 1944 schon geräumte oder vom Feind bedrohte

Gerichte besucht und zwar Liebenfelde, Ragnit, Tilsit, Insterburg, Angerburg, Lyck, Johannisburg und Sensburg.

Die Fahrt in der Gegend von Ragnit und Tilsit war erschütternd. Die Höfe sind völlig verlassen, einzelne Stück Vieh, die beim Treck nicht mitgekommen waren, treiben sich allein auf den Feldern herum, herrenlose Hunde suchen nach Futter. Am schlimmsten wirkten die Städte Ragnit und besonders Tilsit; sie sind zum Teil durch Bomben zerstört, zahlreiche Fenster sind zerbrochen, die Haustüren meistens offen, kein Mensch ist in Straßen und Häusern zu erblicken. Da beide Städte hart an der Memel liegen, werden sie vom Feinde nur durch den Fluß getrennt, es herrscht beiderseitiger, wenn auch geringer Artilleriebeschuß.

4. Im Amtsgericht Ragnit, das im Alten Schloß liegt, hat die Wehrmacht die nach Norden gelegenen Fenster durch Sandsäcke verbarrikadiert und Schießscharten geschaffen. In den meisten Häusern, auch in den Gerichten, ist - angeblich von Soldaten und Volkssturmmännern - furchtbar geplündert worden. Alle Türen und Schränke sind erbrochen. Schiebläden herausgerissen, alles liegt wüst auf dem Fußboden durcheinander; ein schrecklicher Anblick. (...)

52. Bericht des Generalstaatsanwalts (OLG-Präsident Szelinski) vom 18. Januar 1945

Das Berichtsvierteljahr stand weiterhin unter dem Eindruck des Russeneinfalls in das ostpreußische Grenzgebiet.

Der überraschende Einbruch hatte eine Durchführung planmäßiger Räumungsmaßnahmen unmöglich gemacht. Die Bevölkerung der unmittelbar bedrohten Kreise konnte nur das zum Leben Notwendigste mitnehmen. In den Kreisen, die Operationsgebiet wurden, mußte nahezu sämtliches Vieh, die Erntevorräte und der Hausrat zurückbleiben. In den angrenzenden Kreisen, die vorsorglich gleichzeitig geräumt wurden, konnte zwar lebendes und totes Inventar zurückgeführt werden. Auch das konnte aber mangels planvoller Vorbereitungen nur in geringerem Umfange geschehen, zumal neben flüchtenden Trecks zurückflutende Soldaten die Straßen und Brücken verstopften. Betroffenen wurden durchweg landwirtschaftlich intensiv bewirtschaftete Kreise mit besonderem Viehreichtum.

1. Die Folge war, daß sich in den Grenzgebieten zahlreiches Vieh herumtrieb, dessen ordnungsmäßige Versorgung nicht gewährleistet war. Eine Sammlung und restlose Zurückführung in geschlossenen Trecks ließ sich nicht durchführen. Von der Wehrmacht wurden die Tiere als herrenlos betrachtet, abgeschlachtet oder ergriffen und mitgeführt. Diesem Beispiel folgend, eigneten

sich auch Organisationen, die zum Wehrmachtsgefolge gehörten, insbesondere die O.T. und die zu Schanzarbeiten eingesetzten Männer, Vieh und Lebensmittelvorräte an.

Ob und inwieweit diese Beute einer Gemeinschaftsverpflegung oder einem Eigenerwerb zugutegekommen ist, läßt sich nicht übersehen. Die Beutemacher beschränkten sich jedoch nicht auf Aneignung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, sondern gingen schnell dazu über, in Städten und Dörfern die Wohnungen umquartierter Volksgenossen in unverantwortlicher Weise auszuplündern. Es ist bekannt geworden, daß Soldaten wie Vandalen gehaust haben. Es wurden sinnlos Möbel zerschlagen, Betten aufgeschnitten, Ledersessel zerschnitten, Kunstgegenstände zerschlagen, Wohnungen verschmutzt. Ein Gärtnereibesitzer z. B. zeigt an, daß man ihn 4 000 Gladiolenzwiebeln entwendet, alle Werkzeuge zerstört und alle Vorräte an Kranztüten, Seidenpapier, Seidenbändern, Kranzschleifen sowie die Druckapparate auf dem Boden zertrampelt habe. Während der Besetzung von Goldap sollen die Russen sich verhältnismäßig wenig angeeignet, dagegen sollen deutsche Soldaten nach der Wiedereinnahme der Stadt die Wohnungen restlos ausgeplündert haben.

Soldaten haben Plünderungsgut in unübersehbaren Mengen durch die Post an Angehörige versandt oder auf Lastkraftwagen weggeschafft. Auf einem Postamt wurde durch die Kriminalpolizei festgestellt, daß der größte Teil der an einem Tag aufgegebenen Soldatenpakete Plünderungsgut enthielt. Kontrollen solcher Sendungen wurden dadurch umgangen, daß man Zivilpersonen mit dem Versand beauftragte. Leider zu spät mußte der Oberpräsident sich am 23. 11. 44 dazu entschließen, das Absenden von Soldatenpaketen durch Zivilpersonen in öffentlichen Anschlägen unter Hinweis auf die Begünstigungsvorschriften zu verbieten. (...).

Von den zahlreichen Plünderungsfällen der erwähnten Art ist hier nur ein verhältnismäßig geringer Teil - es mögen etwa 100 Fälle sein - bei den Anklagebehörden anhängig geworden. Da bei der geschilderten Sachlage ein allzu schneller Zugriff möglicherweise eher politisch schaden, als der Rechtsprechung nützen könnte, habe ich es für geboten gehalten, sämtliche Fälle bei der Anklagebehörde des Königsberger Sondergerichts zu erfassen, um mir zunächst einen Überblick über die angefallenen Plünderungen zu verschaffen. Es ergab sich ein Bild, daß etwa 80 Prozent der Beschuldigten Frauen waren, die zum Teil selbst ausgebombt oder ausgeplündert sind. In nicht wenigen Fällen sind die Ehemänner der Beschuldigten im Fronteinsatz im ostpreußischen Grenzgebiet. In vielen Fällen handelt es sich um Aneignung verhältnismäßig geringfügiger Gebrauchsgüter.

Um klar zu stellen, welche Räumungsmaßnahmen seitens der Verwaltungsstellen in einzelnen getroffen und welche Aneignungshandlungen stillschweigend geduldet waren, fand am 9. 1. 1945 auf meine Verlassung bei dem Reichsverteidigungskommissar eine Besprechung statt, an der auch der Höhere SS- und Polizeiführer Nordost und der Befehlshaber der Sicherheitspolizei teilnahmen.

Der Reichsverteidigungskommissar und Gauleiter vertrat dabei folgenden Standpunkt:

Ihm sei aus tausenden von Briefen ostpreußischer Volksgenossen bekannt, daß die Wehrmacht in erschreckendem Umfange Häuser und Höfe ostpreußischer Flüchtlinge ausgeplündert habe, ohne daß dagegen durchgreifend eingeschritten worden sei.

Er - der Reichsverteidigungskommissar - habe in den geräumten Gebieten - durch die Verhältnisse gezwungen - die Kriegswirtschaftsbestimmungen im Wesentlichen außer Kraft setzen müssen. Das Vieh sei, soweit es bei der Räumung nicht mitgenommen werden können, unversorgt geblieben. Er habe deshalb gewünscht, daß das herumtreibende Vieh nach Möglichkeit geschlachtet und verbraucht würde. Politische Leiter und Volksturm seien eingesetzt, um das Fleisch weitestgehend Gemeinschaftsküchen oder Einheitsverpflegungen zuzuführen. Er habe z. B. selbst dafür gesorgt, daß aufgegriffenes Vieh der Werkküche der Firma Schichau in Königsberg zur Verfügung gestellt werde. Es sei sinnlos, die Aneignung solchen Viehs als Plünderung aufzufassen, wenn die Tiere infolge mangelnder Betreuung ohnehin zu krepieren drohen.

Im Übrigen halte er es auch für menschlich und natürlich, wenn eine Frau, deren Wohnung ausgeplündert sei, aus einer Nachbarwohnung Gegenstände des täglichen Bedarfs an sich nehme, insbesondere dann, wenn es sich um Kleinigkeiten handele. In solchen Fällen könne der innere Tatbestand des Plünderns nicht gegeben sein. Das gelte besonders für Lebensmittel, die jeder vernünftige Mensch lieber an sich nehme, als daß er sie verkommen lasse.

In den Fällen, in denen Volksgenossen vorzeitig ihre Habe aufgegeben haben, bestehe auch kein Schutzbedürfnis. So habe z. B. der Inhaber eines Kaufhauses in Gumbinnen 24 Stunden vor der Räumung unter Zurücklassung aller Sachwerte insbesondere der Ladenkasse den Ort verlassen. In geeigneten Fällen soll von der Anwendung des § 8 der 4. V. O. zur Vereinfachung der Strafrechtspflege vom 13. 12. 1944 Gebrauch gemacht werden. Diese Grundsätze wurden allseitig gebilligt. Insbesondere wird auch der Höhere SS- und Polizeiführer die ihm unterstellten Polizeistellen mit entsprechenden Verfügungen versehen.

Der Reichsverteidigungskommissar betonte ausdrücklich, daß er vom Standpunkt der politischen Führung Ostpreußens eine weitgehende Anwendung der genannten Einstellungsvorschrift nicht nur für unbedingt geboten, sondern daß er eine kleinliche Anwendung der genannten Vorschrift geradezu für schädlich halte. Darüber, daß bei Diebstählen an Flüchtlingsgut insbesondere bei Beraubungen von Trecks vor schärfsten Strafen nicht zurückgeschreckt werden durfte, bestand bei der Besprechung beim Reichsverteidigungskommissar Übereinstimmung. Andererseits sind auch Fälle bekannt geworden, daß Flüchtlinge selbst eine freundliche Aufnahme durch gemeine Diebstähle in der Unterkunft vergolten haben. Flüchtlingsfrauen, die nicht mitarbeiten wollen, Flüchtlingskinder, die mit Zündhölzern spielend das Eigentum des Gastgebers in Flammen aufgehen lassen und die aus der Zusammenballung erwachsenden Verpflegungsschwierigkeiten machen den Gastgebern das Leben schwer und drücken auf die Stimmung. Zugenommen haben im Bezirk die Fälle von Beihilfe zur Fahnenflucht. Dieser Entwicklung soll durch sondergerichtliche Abschreckungsstrafen zu steuern versucht werden. Lebhaft beunruhigt wird die ländliche Bevölkerung durch das Auftreten russischer Fallschirmspringer im Bezirk. Dabei handelt es sich nicht selten um kriegsgefangene deutsche Soldaten, die sich zum Teil sofort freiwillig stellen. Die Agenten sind mit Sendern und Maschinenpistolen ausgerüstet. Zurzeit werden alle Ereignisse überschattet durch die Auswirkungen der bolschewistischen Winteroffensive. Die Räumung Zichenaus ist reibungslos verlaufen. Die Räumung der Anstalt in Schröttersburg ist angeordnet und im Gange. Die Behördenangehörigen des Bezirks, einschließlich des 2. Volkssturmaufgebots, werden durchweg zu Schanzarbeiten stärkstens in Anspruch genommen. Eine ordnungsmäßige Arbeit ist deshalb zur Zeit kaum noch möglich. (...) Der Reichsverteidigungskommissar und Gauleiter erwoگ im Interesse einer befriedigenden Erledigung der anhängigen Plünderungssachen, dem Führer Vortrag zu halten.

53. Aktenvermerk von Ministerialdirektor Dr. Vollmer, Reichsjustizministerium, vom 22. Januar 1945

Der Generalstaatsanwalt in Königsberg/Pr., OLG-Präs. Szelinski, rief heute um 14.40 Uhr an und berichtete folgendes:

Die allgemeine militärische Lage sei nicht günstig. Elbing sei von Süden her angeblich bedroht. Osterode und Dt. Eylau seien in russischer Hand. Nach einer noch nicht bestätigten Meldung aus Braunsberg soll auch Allenstein von den Russen bereits genommen sein. Ein Teil der Gefolgschaftsangehörigen der Allensteiner Behörde sei noch mit einem Transport in Richtung Marienburg abgegangen. Riesenburg und Rosenberg seien angeblich in russischer Hand.

Ostwärts von Königsberg ständen die deutschen Truppen an der Deime. Die Strecke Königsberg-Marienburg sei zur Zeit noch frei. Jedoch heißt es, daß russische Panzertruppen in Richtung Maldaiten vorstießen. Der Bahnhof in Königsberg sei so verstopft, daß Bahntransporte zur Zeit so gut wie nicht abgingen. Der Generalstaatsanwalt will, wenn die Lage es gestatte, die Insassen der Königsberger Gefängnisse, die keinesfalls entlassen werden könnten, möglichst bald im Fußmarsch nach Richtung Elbing-Rotenbude-Danzig in Gang setzen; ob das noch gelinge, sei fraglich.

53 b. Aktenvermerk von Ministerialdirektor Dr. Vollmer, Reichsjustizministerium, vom 26. Januar 1945

Um 13.30 Uhr rief EStA. Büttner aus Königsberg/Pr. an und meldete folgendes:

In der näheren Umgebung von Königsberg sei Artilleriefeuer zu hören. Im Stadtgebiet fänden noch keine Kampfhandlungen statt. Die Lage an der Deimelinie sei unklar. Die Linie soll von den Russen überschritten, der Angriff auf Labiau aber noch einmal abgewehrt sein. Russische Panzerspitzen sollen aber auf Königsberg vordringen. Die beiden Chefs seien weggefahren, angeblich nach Danzig, um sich dort zu melden. Näheres sei darüber nicht bekannt. EStA. Büttner hat die Leitung der StA. beim OLG. übernommen. Frauen und Kinder und alle nichtvolkssturmpflichtigen Mitglieder der Gefolgschaft versuche man nach Pillau zu bringen, da dort möglicherweise nunmehr endlich Abtransportmöglichkeiten geschaffen würden. Etwa 900 Gefangene seien in den Königsberger Gefängnissen gewesen, mit denen entsprechend unserer Ermächtigung verfahren worden sei. Es sei alles entlassen worden, was für die Stadt Königsberg nicht bedrohlich und gefährlich sei. Die Zuchthäusler arbeiteten geschlossen im Stellungsbau, dort arbeiteten auch die arischen Ausländer mit. Der Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD habe gebeten, ihm die Ausländer nicht zu überstellen, da er mit anderen Aufgaben voll belastet sei. Entsprechend einer Vereinbarung mit der Kreisleitung würden alle „anständigen“ Gefangenen einschließlich der sonst im Leben ordentlich gewesenen Kriegswirtschaftsverbrecher unmittelbar dem Volkssturm eingereiht. Der volkssturmpflichtige Teil der Gefolgschaft trete, wenn die Lage noch ernster werde, vereinbarungsgemäß geschlossen zu einem kämpfenden Truppenteil der Sicherheitspolizei über. Mit den in K. einsitzenden Gefangenen der Reichsanwaltschaft beim VGH. wird EStA. Büttner notfalls entsprechend der Ermächtigung in gleicher Weise verfahren wie mit den übrigen Gefangenen. (...)

53 c. Aktenvermerk aus dem Reichsjustizministerium vom 28. Januar 1945

Regierungsrat Schmidt vom Innenministerium rief um 18.40 Uhr an und teilte mit, daß ein Funkspruch des Reichsverteidigungskommissars von Königsberg vorliege, der besage, daß der Chef-Präs. Draeger und GStA. Szelinski ohne Fühlungsnahme mit dem RVK. und ohne für ordnungsgemäße Übertragung ihrer Dienstgeschäfte gesorgt zu haben, Königsberg mit ihrem Dienstkraftwagen über Pillau nach Danzig verlassen habe. Die Bevölkerung von Königsberg sei über dieses Verhalten der Vorstandsbeamten sehr erregt. Vom Innenministerium sei in Danzig veranlaßt worden, daß die beiden Vorstandsbeamten dort festgehalten würden. Er spreche die Bitte aus, auch von unserer Behörde notwendige Schritte gegen die beiden Vorstandsbeamten zu veranlassen.

Ich habe obige Durchsage OLG-Rat Ebersberg fernmündlich mitgeteilt. Er bat, dem Reg-Rat Schmidt mitzuteilen, daß Herr Minister die Einleitung eines Disziplinarverfahrens angeordnet und die Vorstandsbeamten in Danzig angewiesen habe, die Vorstandsbeamten von Königsberg sofort wieder dorthin in Marsch zu setzen.

Reg-Rat Schmidt war nicht mehr erreichbar. Ich habe daher die Mitteilung an den Referenten vom Dienst im Innenministerium durchgesagt. Von dort wurde mir erklärt, daß er versuchen wolle zu erreichen, daß die Festhalteverfügung nicht zur Ausführung gelange. Bindende Zusage in dieser Hinsicht konnte nicht gegeben werden.

53 d. Aktenvermerk aus dem Reichsjustizministerium vom 28. Januar 1945

Erster Staatsanwalt Büttner rief aus Königsberg an und teilte folgendes mit:

In Königsberg werde die Arbeit fortgesetzt. Die Stadt liege unter Artilleriebeschuß. Das Gefängnis sei um die Hälfte des **Bestandes** erleichtert; 400 Gefangene seien noch in der Anstalt. Es erfolge der Abtransport der Frauen und Kinder sowie der Männer über 60 Jahre.

Bartenstein sei letzte Gerichtsbehörde. Der Ort sei noch in unserer Hand.

Der Treck der Zuchthäusler aus Wartenburg sei in Zinten eingetroffen. Ein zweiter Transport sei kaum mehr möglich. Der OLG-Präs. und GStA. seien noch nicht nach Königsberg zurückgekehrt.

Er bitte festzustellen, wo sich der OStA. Dr. Kühn (Braunsberg) aufhalte; dieser sei nicht zu ermitteln, habe sich auch nicht abgemeldet.

*--- Es galt, möglichst schnell die polnische Armee
entscheidend zu schlagen---*

54. Alexander zu Dohna - Wieder als Soldat im Krieg⁴

Die Aufklärungsabteilung rückte an der Spitze unserer 228. Infanteriedivision in Richtung Warschau vor. Es galt, möglichst schnell die polnische Armee entscheidend zu schlagen und die rund 250 Kilometer entfernte Hauptstadt rasch zu erreichen. Wir sollten den zurückweichenden polnischen Truppen dicht auf den Fersen bleiben. Die ersten Tage bedeuteten eine gewaltige Strapaze; wir kamen kaum aus den Kleidern und fast gar nicht zum Schlafen. Erst vor Modlin konnten wir ein wenig ausruhen und frische Kräfte sammeln.

Als Quartiermacher der Vorausabteilung gehörte ich zu den ersten deutschen Soldaten, die am 29. September 1939, zwei Tage nach der Kapitulation der Hauptstadt, in Warschau einrückten. Gemessen an dem, was die Deutschen 1944 nach der blutigen Niederschlagung des Aufstandes aus Warschau machten, war die Stadt wenig zerstört. Einzelne von Bomben getroffene Häuser sahen aus wie Zahnlücken in den sonst intakten Straßenzügen. Aus dem Wagen heraus verteilten wir Brote an die Bevölkerung, besonders an Frauen mit kleinen Kindern. Viele rissen sie uns geradezu aus der Hand. Die Straßen waren voller Menschen, die uns neugierig, aber resigniert und abweisend betrachteten; man spürte die große Verzweiflung über die Niederlage und die damit verbundene Demütigung des Vaterlandes.

Auffallend war die tiefe Religiosität der Polen. Zu den Gottesdiensten waren die Kirchen überfüllt, und oft drängten sich die Menschen bis auf die Straße hinaus. Dort, wo bei der Bombardierung Menschen umgekommen waren, lagen grüne Zweige und brannten Kerzen.

Am 12. Oktober wurde durch einen Erlaß Hitlers die Verwaltung der besetzten polnischen Gebiete in die Hände eines »Generalgouverneurs« gelegt, der unmittelbar nach Amtsübernahme eine brutale Ausrottungspolitik in die Wege leitete. Bereits Ende Oktober trieben kleinere SS-Kommandos in Warschau ihr Unwesen. Sie bohrten Löcher in die Mauern des Warschauer Schlosses, um es zu sprengen. Darüber war ich so aufgebracht, daß ich Einzelheiten fotografierte und einen Bericht für die Division zusammenstellte. Als die Vorbereitungen in der Weltpresse bekannt wurden, bliesen die zuständigen Stellen die Aktion ab.

Im Winter 1939/40 hörte ich zum ersten Mal von Arbeitslagern in Polen. Als einzelne Nachrichten von den Greueln in diesen Lagern durchsickerten, kam es

⁴ Alexander Fürst zu Dohna - Schlobitten 1991, 202ff.

zu Differenzen zwischen Dienststellen, Einheiten und Verbänden des Heeres auf der einen und der SS auf der anderen Seite, bei denen das Heer fast immer zurückstecken mußte. Das Unrecht bedrückte uns Offiziere sehr.

Ein Beispiel dafür, wie rigoros die SS vorging, erzählte mir 45 Jahre später mein Freund Ernst Coelle. Er hatte vor dem Krieg als Gutsbesitzer in dem seit 1918 polnischen Teil Westpreußens gelebt und war drei Tage nach dem Einmarsch in Polen als ehemaliger deutscher Offizier reaktiviert und uns zugeteilt worden. Hatte er in Hitler zunächst den Befreier gesehen, so konnten ihn die Offiziere unserer Abteilung, allen voran Major von Kuenheim, in kurzer Zeit davon überzeugen, daß in Deutschland vieles faul war. Bei der Vereidigung von Coelle erklärte Kuenheim, selbstverständlich unter vier Augen: »Auf den Strolch kann ich Sie natürlich nicht vereidigen. Ich verpflichte Sie auf die Deutsche Wehrmacht und gebe Ihnen einfach die Hand. Ich nehme an, Sie sind damit einverstanden. Coelle teilte mir das später schmunzelnd mit. »Meine anfängliche Sympathie fürs >Dritte Reich< war dahin«, schrieb er rückblickend, »und meine Kameraden freuten sich. Nun erst vertrauten sie mir rückhaltlos, nachdem ich umgeschult worden bin< - wie Fürst Dohna sich ausdrückte. «

Coelle kannte einen Grafen Bninski, der aus einem alten polnischen Adelsgeschlecht stammte und nach dem Ersten Weltkrieg als Starost (Landrat) des Kreises Schroda eine deutschfreundliche Politik verfolgte. So weigerte er sich, einer Anordnung der polnischen Regierung nachzukommen und ehemalige deutsche Offiziere zu internieren. 1934 gestattete er es als Woiwode (Oberpräsident) der Provinz Posen, daß die DV (Deutsche Vereinigung), der Coelle als Vorstandsmitglied angehörte, öffentliche Versammlungen abhielt. Trotz dieser loyalen Einstellung stand Graf Bninski bei der Besetzung Polens auf der schwarzen Liste. Da die SS seiner nicht habhaft wurde, verhaftete sie seine Frau, die sich jedoch standhaft weigerte, den Aufenthalt ihres untergetauchten Mannes zu verraten. Daraufhin steckte die SS sie in ein Bordell in Lödi. Freunde von Coelle, die von der Schandtat hörten, drangen mit Hilfe einiger entschlossener Kameraden in das Bordell ein, befreiten die Gräfin und brachten sie im Auto nach Warschau. Von dort gelangte sie mit Hilfe der Kommandantur nach Italien.

Einige Offiziere der Kommandantur bemühten sich, verfolgten Polen die Ausreise zu ermöglichen. Auf diese Weise entkam Christiane Gräfin Olizar aus Warschau mit ihren Kindern nach Südamerika. Ihre Schönheit, noch verstärkt durch den Ausdruck ihrer Trauer um das verlorene Vaterland, ist mir unvergeßlich.

Zur Kommandantur gehörte unter anderem Herr von Auerswald, ein mir bekannter ostpreußischer Gutsbesitzer, der mir erzählte, ein wohlhabender Jude habe ihm 40 000 Mark geboten, wenn er ihm die Flucht ins Ausland ermögliche. In Verkennung der wirklichen Lage warf Auerswald den Bittsteller wegen des Versuchs der Bestechung eines deutschen Offiziers hinaus!

Eine Schaltstelle, um polnische Staatsbürger ins Ausland zu schleusen, war das Haus eines Angehörigen der Schwedischen Gesandtschaft. Herr von Auerswald hatte Verbindung zu diesem sehr wohlhabenden schwedischen Herrn geknüpft, der, als die Deutschen einrückten, nicht geflohen war. Vielleicht gehörte er zum Geheimdienst, vielleicht wollte er aber auch einfach seine polnische Geliebte nicht verlassen. Als Neutraler wurde er von den Deutschen respektiert, und in seinem Hause habe ich einige geheimnisvolle Gespräche über das Hinausschmuggeln von Polen ins Ausland mit angehört. Die Besuche dort führten mich in eine andere, mir bis dahin völlig fremde Welt. Der Hausherr - er mochte Anfang 50 sein - war Junggeselle, ziemlich groß, blond, ein leidenschaftlicher Gourmet, der vorzüglich kochte. Seine polnische Freundin ist wohl die schönste Frau gewesen, die ich in meinem Leben gesehen habe - groß, wunderbar gewachsen, mit schwarzen Haaren und dunklen Augen; ein leichter tatarischer Einschlag wirkte besonders anziehend. Sie war gescheit und amüsan wie alle, die in diesem Hause verkehrten. Einmal, wir waren mitten in der Unterhaltung, legte die schöne Freundin unseres Gastgebers plötzlich ihre Arme um meinen Hals, gab mir einen festen Kuß auf den Mund und sagte: »Sie sind der einzige Unschuldige in dieser Runde«, womit sie in gewisser Weise sogar recht hatte. Ich war mit Blick auf den Hausherrn etwas verlegen. Der eifersüchtige Widerspruch kam jedoch nicht von ihm, sondern von Auerswald, der laut seine Stimme erhob und nicht eher ruhte, bis ihm die gleiche Gunst gewährt wurde.

Da die Theater in Warschau geschlossen worden waren, hatten Warschauer Schauspieler und Sänger im Hotel Bristol ein Cafe in eigener Regie eröffnet, in dem ausschließlich Künstler bedienten. Am Nachmittag spielte dort das Orchester der Warschauer Oper, und da auch Kaffee und Kuchen sehr gut waren, wurde das Bristol bald zu einem beliebten Treffpunkt für Wehrmachtangehörige. Dabei wurden auch Kontakte mit Polen geknüpft, obwohl uns das verboten war und viele Polen aus Nationalstolz private Verbindungen zu uns ablehnten. So lernte ich eine polnische Familie kennen: Mutter, Tochter und Sohn, und es kam zu einem munteren Flirt mit der Tochter. Als ich von der Mutter nach Hause eingeladen wurde, mußte ich selbstverständlich Zivil anlegen; sicherheitshalber steckte ich mir eine Pistole in die Tasche. Bei einem meiner Besu-

che wäre ich fast einem polnischen Offizier begegnet, der schon damals im Untergrund arbeitete. Als ich zur Tür hereinkam, verließ er gerade die Wohnung durch den Hinterausgang. Man hatte mich rechtzeitig auf der Straße kommen sehen.

Als unsere Abteilung im Frühjahr 1940 Warschau verließ, konnte ich es wenig später einrichten, daß Tochter und Sohn als Arbeiter nach Schlobitten kamen. Sie bestellten den Garten, führten Aufsicht über die Kinder und halfen in der Bibliothek; im Westflügel des Schlosses bewohnten sie zwei kleine Zimmer. Die Parteidienststellen beobachteten dies mit Argwohn, und nach etwa einem Jahr mußten die beiden nach Warschau zurück. Sie haben den Krieg überlebt und bald danach wieder Verbindung mit uns aufgenommen, die noch immer besteht.

Im Frühjahr 1940 wurde unsere Abteilung als Garnison nach Dirschau an der Weichsel verlegt. Die Stadt war ein wichtiger Eisenbahnknotenpunkt der Bahnlinien Berlin-Königsberg-Petersburg sowie Danzig-Allenstein-Breslau. Wahrzeichen der Stadt waren die beiden 850 Meter langen Brücken über die Weichsel. In jedem Frühjahr trat der Fluß in großer Breite über die Ufer, so daß die Brücken gar nicht lang genug sein konnten. Die um 1855 erbaute Gitter-Brücke, ein Wunderwerk ihrer Zeit, wirkte mit ihren zahlreichen Türmen und Zinnen von fern wie eine gewaltige mittelalterliche Burg. Dicht daneben hatte man Ende des vorigen Jahrhunderts eine zweite Brücke errichtet, dem Fortschritt entsprechend ein sehr viel nüchterneres Bauwerk. Beide Brücken waren 1939 von den Polen gesprengt, aber inzwischen wiederhergestellt worden. 1945 sprengten sie die Deutschen erneut.

Die Einwohner von Dirschau waren überwiegend Polen. Da die Besatzung der polnischen Bevölkerung jede kulturelle Betätigung verboten hatte, fuhren wir Soldaten in unserer Freizeit häufig nach Danzig, um ins Kino oder ins Theater zu gehen. Die sechs Wochen Garnison dienten hauptsächlich dazu, unsere beim Polenfeldzug in Mitleidenschaft gezogenen Waffen und Geräte instand zu setzen. Ich erhielt zwei oder drei Mal Wochenendurlaub, um meine Familie in Schlobitten zu besuchen, das keine hundert Kilometer entfernt lag. (...)

Dann wurde die Abteilung unerwartet auf den Truppenübungsplatz Groß-Born, nicht weit von Landsberg an der Warthe, verlegt. Hier erfuhren wir, daß unsere Division, einschließlich der Aufklärungsabteilung, aufgelöst werden und Teil der Offiziere und einem Teil der Mannschaften eine neue motorisierte (mot) Aufklärungsabteilung 160 bei der Danziger Division (60. I.D.) aufstellen sollte. Ich war inzwischen zum Oberleutnant befördert und Adjutant der Aufklärungsabteilung geworden. Die Stellung als »rechte Hand« des Kommandeurs

war interessant und verantwortungsvoll, zumal mir Major von Kuenheim viel Freiheit ließ.

Von Groß-Born verlegte man uns ziemlich bald nach Munsterlager in der Lüneburger Heide. Unsere Kampfkraft wurde erheblich verstärkt: Wir erhielten eine Panzerspähkompanie mit drei aktiven Offizieren, die 1. Kompanie. Die Radfahrkompanie wurde zu einer Kradschützenkompanie mit schweren Maschinengewehren umgewandelt. Diese 2. Kompanie führte Rittmeister Coelle. Die schwere, 3. Kompanie, die ich später übernahm, erhielt einen Zug mit leichten Geschützen, den Infanteriegeschützzug, einen Pionierzug und einen Zug mit kleinen Panzerabwehrkanonen, Pak. Am Ende war aus unserer Aufklärungsabteilung ein großer motorisierter Verband mit Hunderten von Fahrzeugen geworden. Bis alles neu geordnet und wir mit den neuen Waffen vertraut gemacht waren, vergingen Monate, Monate, in denen Hitler seine größten Triumphe feierte. (...)

Meine Frau berichtete, daß mehrere Divisionsstäbe nacheinander in Schlobitten einquartiert worden waren; dies bedeutete zweifellos, daß ein Aufmarsch gegen Rußland vorbereitet wurde. Wir zogen daraus den Schluß, daß wir vor einer langen Trennung standen und daß der Krieg auch mich nach Rußland führen würde. Da ich meiner Frau gern mitteilen wollte, wo ich jeweils eingesetzt war, Ortsangaben aus dem Felde aber strikt untersagt waren, verabredeten wir ein besonderes System: Wir kauften uns zwei kleine Landkarten von Rußland, dazu sehr dünnes Briefpapier, das wir auf das Format der Landkarte zuschnitten. Beim Vormarsch legte ich den Briefbogen auf die Landkarte, durchstach ihn mit einer Nadel an der Stelle, an der ich mich etwa befand, und beschrieb dann das Papier.

Mitte Juni wurde Major von Kuenheim mit 58 Jahren aus Altersgründen zum Ersatztruppenteil in die Heimat versetzt. Er war ein großartiger Kommandeur gewesen, und wir nahmen traurig Abschied von ihm. Sein Nachfolger war Major von Fabeck, ein blonder Hüne. Er kam direkt aus der Adjutantur, als Adjutant der 4. Panzerdivision, besaß also kaum Kriegserfahrung, und da er überdies vier Jahre jünger war als ich, äußerte ich den Wunsch, eine Kompanie zu übernehmen. Major von Fabeck, der lieber einen jungen aktiven Offizier als Adjutanten zur Seite haben wollte, unterstützte mich in diesem Wunsch bei der Division.

Vom 22. Juni an wurden wir mit Siegesnachrichten vom Einmarsch in die Sowjetunion überschüttet. Wann unser eigener Marschbefehl eintreffen würde, war eine Frage von Stunden.

*---Dahinter lag das unfafßbar große Rußland,
das wir nie bezwingen würden---*

Stalingrad⁵

(...) Das, was alle Weitsichtigen schon längst vorausgesehen hatten, trat ein. Nachdem die uns unterstellten Divisionen mit letzter Kraft unter persönlichem Einsatz aller Offiziere und insbesondere des Kommandeurs der 29. I.D. (mot.) dem russischen Ansturm standgehalten hatten, brach die Front schließlich zusammen. Die meisten Soldaten waren so entkräftet, daß sie einfach liegenblieben und erfroren oder gefangengenommen wurden. Wenige schleppten sich noch mit ihrer letzten Kraft ohne Waffen, die sie zu tragen nicht mehr imstande waren, in den immer enger werdenden Kessel hinein. In aller Eile wurde aus den letzten Reserven eine neue Front bei Gontschara, etwa 15 Kilometer nordwestlich von Stalingrad, aufgebaut, die vorher schon festgelegt, aber nur zum geringsten Teil mit Unterständen versehen war.

Am 15. Januar befahl mir General Hube, ihn auf einer Fahrt zur Front zu begleiten. Es war der erschütterndste Eindruck, den ich in meinem Leben gehabt habe. Schon auf dem kurzen Anfahrtsweg bis zur vordersten Linie strömte uns ein unaufhörlicher Zug von zurückgehenden Soldaten entgegen. Ohne Waffen, oft ohne Schuhe, die Füße in Lumpen gehüllt, mit eisverkrusteten, ausgemergelten Gesichtern, vielfach verwundet, schleppten sie sich in den Kessel. Am Rande der Straße lagen Tote und Sterbende. Ich sah Leute, die auf ihren Knien weiterrutschten, weil ihre Füße abgefroren waren. Keine Ärzte, keine Sanitäter, keine Medikamente mehr. Die drei dem Korps unterstellten Divisionen verfügten noch über ein Geschütz und fünf Panzer. Während General Hube mit einigen Offizieren sprach, hatte ich den Auftrag, einen nach hinten fahrenden Panzer anzuhalten und mich nach seinem Auftrag zu erkundigen. Gerade als ich neben dem Panzer stand, warf eines von den ständig in der Luft kreisenden Flugzeugen aus wenigen hundert Metern Höhe - aus Munitionsmangel wurde nicht mehr auf sie geschossen - eine Bombe gezielt auf den Panzer. Zum Glück fiel sie auf die andere Seite des Panzers, so daß ich unverletzt blieb. An der Front selbst, die erst in der Nacht bis zu diesem Punkt zurückverlegt worden war, befanden sich vollständig entkräftete deutsche Verbände, die Lücken klafften weit. Die Russen waren zum Glück noch nicht nachgestoßen.

Am 16. Januar nachmittags erhielt ich plötzlich den Befehl, mich fertigzumachen, und als Kurier der 6. Armee zum OKH nach Lötzen mit wichtiger Kurierpost zu fliegen. Das XIV Panzerkorps hatte dazu einen Offizier zu stellen,

⁵ Ib.S. 266ff.

und General Hube wählte mich aus dem Stabe aus, vermutlich wegen meiner vielen Kinder. Natürlich überkam mich ein unbändiges Glücksgefühl bei der Aussicht, meine Frau und die Kinder wiederzusehen. Ich hatte aber auch ein schlechtes Gewissen, meine Kameraden in dieser trostlosen Lage zurückzulassen. Bereits am Mittag hatte ich den mir unterstehenden Soldaten empfohlen, im Hinblick auf die bevorstehende Gefangenschaft möglichst viel Wäsche und warme Kleider übereinander anzuziehen, um auf diese Weise Sachen zum Wechseln bei sich zu haben. Auch ich hatte mich entsprechend angezogen. Es war dies verhältnismäßig einfach, weil jeder so abgemagert war, daß er beliebig viel unter der Uniform tragen konnte. Meine sämtlichen übrigen Sachen, einschließlich Waffen, überließ ich meiner Abteilung. Nach einem Abschied, den ich nicht zu beschreiben wage, und nach Abmeldung bei General Hube, der mich ebenso wie die meisten anderen beauftragte, die Angehörigen zu benachrichtigen, bestieg ich den Kraftwagen und fuhr zum nahe gelegenen Armeestab.

Dort wurde ich zunächst zum Adjutanten der Armee, Oberst Adam, gebracht, der mir mitteilte, daß mein Kurierauftrag ungewiß sei, weil inzwischen Leutnant Kemna verwundet sei, der die Post befördern könnte. Oberleutnant Mattik brachte mich für die Nacht bei der Abt. 1c unter, zusammen mit Leutnant Kemna. Wir bekamen sogar etwas zu essen; es sollte zwar für den ganzen kommenden Tag reichen, aber ich aß alles auf einmal auf. Während der Nacht erlitt Leutnant Kemna einen Ohnmachtsanfall. Der herbeigerufene Arzt stellte fest, daß er infolge seines Blutverlustes unmöglich in der Lage sei, den Kurierauftrag auszuführen. Also würden wir beide fliegen - falls überhaupt noch Flugzeuge auf dem unter feindlichem Beschuß liegenden Behelfsflugplatz landeten und nicht lediglich Lebensmittel aus der Luft abgeworfen wurden. Am nächsten Morgen, dem 17. Januar, übergab mir Oberst Adam ein Paket Kurierpost sowie, unter dem Siegel der Verschwiegenheit, einige Wertsachen und die Orden von Generaloberst Paulus sowie seine eigenen Auszeichnungen zur Weitergabe an General Burgdorff, den stellvertretenden Chef des Heerespersonalamtes. Gleichzeitig erklärte er mir, daß ich bei jeder passenden Gelegenheit den wahren Grund für die Vernichtung der rund 300 000 Soldaten im Kessel angeben solle: Schuld trage einzig und allein Hitler selbst. Es werde die Zeit kommen, wo man dieses öffentlich bekanntgebe. Die wenigen Überlebenden von Stalingrad hätten die heilige Pflicht, auf diese Tatsache hinzuweisen. Wenn man der 6. Armee vorwerfe, die ihr unterstellten Verbände schlecht geführt zu haben oder feige gewesen zu sein, müßten Zeugen dieser Katastrophe den wahren Sachverhalt bekunden.

Am Flugplatz erklärte mir der Kommandant nach Einsichtnahme in meinen vom Chef des Generalstabes der Armee, General Schmidt, persönlich unterschriebenen Ausweis, daß ich mir einen Platz im Flugzeug mit Gewalt verschaffen müsse. Ein Angriff russischer Flieger mit Bomben setzte ein, so daß ich mich schleunigst in einen Bunker zurückzog, zusammen mit Mannschaften eines Flakgeschützes. Ein Leutnant, der wußte, daß ich gerade von der Armee kam, fragte mich allen Ernstes, ob tatsächlich der Entsatz des Kessels bis auf 20 Kilometer an uns herangekommen sei. Man könne anscheinend schon das Artilleriefuer hören. Obgleich ich wußte, daß dies russischer Geschützdonner war und die nächste Stelle der deutschen Front weit entfernt lag, gab ich eine zuversichtliche Antwort - zum letzten Mal.

Kaum hatten sich die Flugzeuge zurückgezogen, konnte man ungestört hinaus, denn erfahrungsgemäß war ein zweiter Bombenhagel unmittelbar danach nicht zu befürchten. In diesem günstigen Augenblick erschienen zwei deutsche Messerschmitts am Himmel, die glücklich landeten. Bei laufenden Motoren warfen sie die Lebensmittelsäcke heraus, ohne darauf zu achten, in wessen Hand sie gelangten. Es entstand eine wilde Schlägerei um die Brotlaibe, soweit die ausgemergelten Männer noch Kraft dazu hatten. Andere versuchten in die beiden Flugzeuge zu klettern. Bei dem schrecklichen Durcheinander verlor ich Leutnant Kemna aus den Augen. Da ich als Stabsangehöriger verhältnismäßig besser ernährt und vor allem nicht so unter Frost zu leiden gehabt hatte, war ich kräftig genug, mir mit meiner angeschnallten Aktenmappe gewaltsam Zugang zum Flugzeug zu verschaffen. Den etwa einstündigen Flug verbrachte ich halb liegend im Rumpf, zusammengepfercht mit anderen. In Stalino angelangt, wurde ich wie ein dem Inferno Entkommener mit großer Kameradschaft aufgenommen. Man überließ mir zehn Tafeln Schokolade, eine Rarität, gab mir aber den dringenden Rat, trotz des Hungers nur wenig zu essen. Ich bat, man möge versuchen, meiner Frau über meine Rettung aus dem Kessel Nachricht zu geben.

Ich schlief lange und tief, so daß ich am folgenden Tag in der Lage war, zum Oberkommando der Wehrmacht und dann zum Führerhauptquartier Wolfsschanze in Ostpreußen zu fliegen. Dort wurde zunächst streng überprüft, ob ich eine Erlaubnis des Chefs des Generalstabes der 6. Armee, General Schmidt, besäße; das war der Fall. Ein Major i. G., der gleichzeitig mit mir ausgeflogen worden war, hatte diesen Ausweis nicht; er wurde, wie ich später hörte, wegen Fahnenflucht erschossen. Die mitgebrachte Privatpost wurde mir sofort von einem Offizier der militärischen Spionageabwehr abgefordert. Am nächsten Tag gab mir Oberstleutnant i. G. v. Zitzewitz unauffällig den Brief an meine

Frau zurück, den Oberst Thunert einige Tage vorher befördert hatte. Offensichtlich hatte ihn jemand vor der Zensurierung an sich genommen, um mir unangenehme Folgen wegen meiner Äußerungen über Hitler zu ersparen. Dieser Vorgang war für mich ganz undurchschaubar; jedenfalls fühlte ich mich von allen Seiten belauert und enthielt mich daher jeder politischen Äußerung. Die Geheimpapiere und die Orden von Generaloberst Paulus sowie die Wertsachen übergab ich auftragsgemäß.

Es wurde erwogen, daß ich Hitler persönlich über Stalingrad berichten sollte. Diesen Plan verwarf man gleich wieder, wohl weil man den wegen Stalingrad aufgebrachten »Führer« nicht noch wütender machen wollte. - Soviel ich weiß, sind nach dem 17. Januar nur noch zwei Flugzeuge im Kessel gelandet. Mit einem von ihnen wurde ein oder zwei Tage später auf persönlichen Wunsch Hitlers General Hube ausgeflogen.

Nach einer militärärztlichen Untersuchung, bei der Hungerödeme festgestellt wurden, schickte man mich für ein Jahr auf Urlaub nach Hause. In Schlobitten empfing mich eine übergläckliche Familie. Die Rettung aus Stalingrad war ein Wunder, für das wir Gott tief dankbar sind.

15 Jahre später erschien bei uns Manfred Gusovius, der als Oberleutnant und Ordonnanzoffizier mit mir zusammen im Stab Hube gewesen war. Er war in russische Gefangenschaft geraten und gehörte zu den wenigen Überlebenden. Bei den Verhören waren er und andere Offiziere des Stabes gefragt worden, wo der I c des Korps, Fürst Dohna, geblieben sei. Gusovius, der wegen seines frechen und lustigen Mundwerks im Stab sehr beliebt war, antwortete darauf: „Der Vogel ist ausgeflogen“.

55. R.M. Wagner und H.U. Stamm - Die letzten Stunden daheim⁶

Memelkreise

Abschiedstanz in Laugszargen

Oktober 1944

Unser Gutshaus lag 1941 unmittelbar an der russischen Grenze; die Russen hatten ja schon 1940 Litauen besetzt. Mein Mann war Soldat. Mein Schwiegervater und ich bewirtschafteten unser Gut und bauten alles auf, was am Morgen des 22. Juni 1941 zerstört worden war.

In den ersten Julitagen des Jahres 1944 waren unverhofft russische Panzerspitzen bis Tauroggen vorgedrungen. Der Ort lag nur sechs Kilometer entfernt. Wir mußten Hals über Kopf in der Nacht flüchten, kamen aber noch am selben

⁶ Wagner, R. M., Stamm, H-U, Köln 1972,73ff.

Tag wieder zurück, weil die Russen wieder zurückgeschlagen worden waren. Nun wirtschafteten wir ruhig bis Anfang August, obwohl man oft den entfernten Kanonendonner hörte. Da kam eines Tages der Befehl: In zwei Stunden muß Laugszargen geräumt sein; der Treck muß noch in der gleichen Nacht über die Memel in die Ragniter Gegend. Auch das Vieh wurde über die Memel getrieben. Wir weinten mit meinem Schwiegervater, als unsere schöne Viehherde, unser Stolz, zum Schlachten an unserem Treck vorgeführt wurde. Aber in unseren Herzen stand der Gedanke fest: Wir kommen bald zurück und bauen wieder auf. Tatsächlich, nach drei oder vier Tagen kam die Weisung: Alle Männer und alle beherzten Frauen wieder zurück nach Laugszargen, um die Ernte einzubringen. Wir waren als erste wieder zu Hause. Meine Mutter, die Schwiegermutter und die Kinder hatten wir bei Verwandten in der Ragniter Gegend zurückgelassen.

Auf unserem Hof sah es traurig aus. Kein Vieh mehr in den Ställen, die Hühner saßen auf den großen Kastanienbäumen; der Hof und das Haus voller Soldaten. Unsere Schmiede war als Panzer-Reparaturwerkstatt eingerichtet. Täglich brachten zu Tode ermattete Soldaten ihre Panzer zur Reparatur auf unseren Hof. Dort war auch ein hoher Holzturm für eine Luftwaffennachrichtenkompanie errichtet, Funkgeräte waren aufgestellt worden. Speisekammer und Vorratskeller waren leer. Mein Schwiegervater und die Arbeiter brachten mit Hilfe der Soldaten die Ernte ein. Wir fanden in bewaldeten Schluchten sieben Kühe und drei Kälber, die sich, als die Herde fortgetrieben wurde, dorthin verirrt hatten. Wieder ein kleiner Anfang für eine große Herde! Im Garten gab es noch viel zum Einwecken, der Vorratskeller begann sich wieder zu füllen. Es waren fünf oder sechs friedliche Wochen zu Hause.

Im Dorf sah es in den ersten Wochen traurig aus. Kein Kind, kein älterer Mensch, nur einige jüngere Frauen und Soldaten, Soldaten. Nach und nach bevölkerte sich auch das Dorf wieder. Nur die Alten und Frauen mit mehreren Kindern kamen noch nicht zurück. Das Wetter war herrlich, das Ernten ging flott voran. An den ständigen fernen Kanonendonner hatten wir uns längst gewöhnt, die Soldaten waren nett und hilfsbereit; wir waren wie eine große Familie.

Am 3. Oktober feierten wir, nach alter ostpreußischer Sitte, den siebzigsten Geburtstag meines Schwiegervaters, zu dem wir nicht nur unsere Offiziere, sondern auch die wenigen Dorfbewohner eingeladen hatten. Zwei Tage später hatten wir wieder einen Grund zum Feiern. Wir zogen uns lange Abendkleider an. Ein Gefreiter, der in Berlin Theaterfriseur war, legte uns die Haare ein. Das Radio spielte Tanzmusik; Tanz auf dem Vulkan? Nein, es war der Abschieds-

tanz von Gut Laugszargen.

Wir warteten auf einen alten Stabsarzt, der noch etwas zu trinken besorgen wollte. Plötzlich klirrte und schepperte es in der Glasveranda. Meine Schwägerin meinte trocken: „Der Stabsarzt kommt mit Getöse, er hat wohl alle Flaschen fallen lassen.“ Die Tür wurde aufgerissen, ein Feldweibel rief: „Großangriff, alle in den Keller!“ Es dröhnte und klirrte. Die Veranda war so voller Glas, daß wir nicht durchkonnten, also gingen wir alle unter dem großen ausgezogenen Eßzimmertisch in Deckung. „Durch die Küche hinaus in den Keller!“ wurde gerufen. Draußen war die Hölle los. Die Russen hatten wohl den letzten deutschen Bahnhof (fünfhundert Meter vom Gutshaus entfernt) zerstören wollen, dabei verirrten sich natürlich auch einige Bomben in unseren Hof und Park. Das Bombardement dauerte wohl gut eine Stunde. Die Männer standen am Kellereingang, um zu löschen, falls etwas brennen sollte, und wir Frauen betrachteten uns im Keller beim Kerzenschein. Die Abendkleider waren schmutzig und zerrissen, die schönen Frisuren zerzaust, die Gesichter käsebleich. Eine polnische Arbeiterfrau umklammerte mein Knie, weinte und betete ganz laut. Ich glaube, wir alle haben in dieser Stunde das Beten gelernt.

Wie sah es draußen aus! Alle Dachpfannen waren herunter, alle Fensterscheiben zerbrochen, die Gardinen wehten zerfetzt in die Zimmer. Todmüde fielen wir in die Betten. Wir hatten aber noch kein Stündchen geschlafen, als im Dorf Trompeten schmetterten und rauhe Stimmen schrien: „In einer Stunde müssen das Dorf und das Gut vollkommen geräumt sein!“

Nun ging alles Hals über Kopf. Im Wohnzimmer standen fremde Offiziere von soeben eingerückten Kampftruppen, die das Gutsgebäude zum Kampfschauplatz erklärten und uns sagten: „So schnell wie möglich über die Memel.“ Die Männer hatten schon angespannt, wir hinauf in den Wagen. Auf die Hauptstraße an unserem Hof konnten wir nicht; alles war überfüllt von rückflutenden Soldaten, Panzern und Geschützen. Also den Hof hinauf und über Feldwege der Memel zu, wieder in die Ragniter Gegend. Wir konnten kaum noch einen Blick auf die Gebäude zurückwerfen, so schnell ging die Fahrt. Meinem alten Schwiegervater liefen Tränen die Wangen herunter. Ich faßte seine Hand und sagte mit der festesten Zuversicht: „Vater, in einigen Tagen kommen wir wieder zurück, genau wie damals im August!“ Zwei Tage darauf saßen schon die Russen in unserem Haus. Vielleicht feierten sie nun ihr Fest - wer weiß?

Edith-Daja E

Der Weg durch das Moor

Sakuten, 8. Oktober 1944

Allgemeiner Treckbefehl für den Landkreis Memel. Die Bewohner wurden durch ihre Bürgermeister aufgefordert, schon am nächsten Tag morgens an festgesetzten Stellen der Hauptstraße Memel - Heydekrug mit ihren Wagen vorzufahren. Die Mitnahme von Vieh und Geflügel war untersagt.

9. Oktober

Der Treck fuhr kurz nach 8 Uhr in Richtung Heydekrug weiter zu den angegebenen Aufnahme-Ortschaften. Die Bürgermeister und die zur Landwacht eingeteilten Männer mußten zurückbleiben. Als Bürgermeister von Sakuten bekam ich den Auftrag, die Männer der Landwacht zur Sicherung der Hauptstraße zu verpflichten.

9. Oktober

Es war deutlich zu hören, daß die Front sich der Grenze zubewegte. Versprengte Soldaten erzählten, die Russen hätten an vielen Stellen die deutschen Grenzen überschritten und seien unaufhaltsam im Vormarsch; in wenigen Stunden würden sie die Hauptstraße erreichen. Ein Anruf: ich sollte mit der Landwacht nach Heydekrug kommen. Es war 17 Uhr, als ich auf die Hauptstraße kam. Der ganze Verkehr war ins Stocken geraten. Es waren Wehrmachtsfahrzeuge, die im Kriechgang nur schrittweise weiterkamen. Von den Männern der Landwacht habe ich keinen mehr gesehen. So bin ich mit einem Wehrmachtswagen Richtung Heydekrug gefahren. Etwa 2 Kilometer vor dem Ort kam die ganze Kolonne zum Stehen. Wir erfuhren, die Russen hätten mit ihren Panzern Heydekrug besetzt. Die nachfolgenden Treckwagen waren vorsorglich von der Hauptstraße auf Feldwege gefahren.

--- *Durch meinen Sinn zucken Blitze
aus glückseligen Kindertagen---*

56. Graf von Lehndorf: Ostpreußisches Tagebuch⁷

INSTERBURG

Sommer 1944 bis 20. Januar 1945

Noch einmal, ehe die Kriegswalze darüber hinging, entfaltete sich meine ostpreußische Heimat in ihrer ganzen rätselvollen Pracht. Wer die letzten Monate mit offenen Sinnen erlebte, dem schien es, als sei noch nie vorher das Licht so stark, der Himmel so hoch, die Ferne so mächtig gewesen. Und all das Ungreifbare, das aus der Landschaft heraus die Seele zum Schwingen bringt, nahm in einer Weise Gestalt an, wie es nur in der Abschiedsstunde Ereignis zu werden vermag.

Die Vorboten der Katastrophe machten sich bereits in den letzten Junitagen 1944 bemerkbar - leichte, kaum ins Bewußtsein dringende Stöße, die das sonnendurchglühte Land wie von fernem Erdbeben erzittern ließen. Und dann waren die Straßen auf einmal überfüllt mit Flüchtlingen aus Litauen, und herrenloses Vieh streifte quer durch die erntereifen Felder, dem gleichen unwiderstehlichen Drang nach Westen folgend.

Noch war es schwer zu begreifen, was da geschah, und niemand durfte es wagen, seinen geheimen Befürchtungen offen Ausdruck zu geben. Aber als der Sommer ging und die Störche zum Abflug rüsteten, ließ sich das bessere Wissen von dem, was bevorstand, nicht länger verborgen halten. überall in den Dörfern sah man Menschen stehen und zum Himmel starren, wo die großen vertrauten Vögel ihre Kreise zogen, so als sollte es diesmal der letzte Abschied sein. Und jeder mochte bei ihrem Anblick etwa das gleiche empfinden: „Ja, ihr fliegt nun fort! Und wir? Was soll aus uns und unserem Land werden?“

Nicht lange danach kamen riesige Viehherden an den Flußläufen entlang und sammelten sich in dem flachen Tal, das vom Pregel in vielen Windungen durchflossen wird. Sie waren aus dem östlichsten Teil der Provinz abgetrieben worden und standen nun, einen überwältigenden Anblick bietend, zu Tausenden in den weiten Wiesen. Dort gab es zunächst noch Futter genug.

⁷ Hans Graf von Lehndorff, München 1964. Aus dem bekannten Tagebuch des Autors wird Kap1 (S.7-14) publiziert.

Wer aber näher heranging und die Tiere im Einzelnen beobachtete, dem krampfte sich jetzt schon das Herz zusammen. Ohne Beziehung zueinander, den Menschen als Feind ansehend, so stolperten sie durch das Land, traten die Zäune nieder, brachen hemmungslos in Koppeln und Gärten ein und fraßen Büsche und Bäume kahl. Sie schienen aus einem Lande zu kommen, in dem es keine Ordnung gab. Dabei konnte man es vielen noch ansehen, daß sie aus hervorragenden Zuchten stammten. Aber das Schützende, das sie zur Herde machte, war schon von ihnen gewichen.

In den Nächten sah man zu dieser Zeit die östlichen Grenzstädte wie auf der Landkarte vor sich aufgereiht. Memel, Tilsit, Schirwindt, Eydtkuhnen - das waren die hellsten, wieder und wieder unter Bombeneinschlägen aufzuckenden Punkte im Verlauf einer im Bogen von Norden nach Süden ziehenden Feuerlinie. Und eines Tages wurde bekannt, daß die Landesgrenze preisgegeben worden sei. Zwanzig, dreißig Kilometer war der Feind schon darüber hinaus, dann kam die Front noch einmal zum Stehen. Wie es dahinter aussah, wußte niemand zu sagen. Man konnte nur hoffen, daß keiner zurückgeblieben sei, denn was aus einigen vorgeschobenen Orten berichtet wurde, die der Feind nach kurzer Besetzung wieder aufgegeben hatte, ließ das Blut erstarren.

Ein paar Tage noch unermeßliches Flüchtlingselend auf allen Straßen - dann trat auf einmal Ruhe ein, eine fast unbegreifliche Ruhe. Das Dröhnen der Front verstummte, die Feuer erloschen, sogar die nächtlichen Störflugzeuge blieben aus. Wie verzaubert lag das verlassene Land mit seinen Höfen und Dörfern im Glanze eines unvergleichlichen Herbstes da, Erlebnisse von unergründlicher Tiefe den wenigen bietend, die aus weiter westlich gelegenen Kreisen wiederkehrten, um noch etwas aus ihrem Hause zu holen oder um zurückgelassenes Vieh zu versorgen.

Unheimlich still blieb es auch dann noch, als die Novemberstürme das Land schon kahlgefegt hatten und der Frost das letzte Gras auf den Wiesen erstarren ließ. Meilenweit über die Felder verteilt, an den Straßen und Bahnstrecken sah man jetzt, einzeln oder in kleinen Gruppen, all die verwilderten Kühe stehen, kaum einer Bewegung mehr fähig, mit vertrocknetem Euter und hochgezogenem Rücken, drohend und anklagend.

Und als der erste Schnee fiel, sanken sie, eine nach der anderen, lautlos in sich zusammen.

Weihnachten kam und konnte von allen, die noch in ihren eigenen Häusern saßen, fast wie im Frieden gefeiert werden. Sogar Jagden wurden veranstaltet, und Menschen trafen sich, um noch einmal in altgewohnter Weise das Jahr

miteinander zu beschließen.

Vierzehn Tage später war alles vorbei. Drei Monate hatte der Russe sich Zeit gelassen, den letzten Sturm vorzubereiten - nun brach er mit voller Gewalt herein.

13. Januar

Morgens gegen sieben Uhr weckt mich ein gleichförmiges Rollen und Dröhnen. Die Fensterscheiben vibrieren. Es hört sich an, als stünden viele schwere Wagen mit unentwegt laufenden Motoren um das Haus herum. Im Dämmerlicht ist noch nichts zu erkennen. Ich stehe am Fenster und sammle meine Gedanken. Dies kann nur das Ende bedeuten.

Gegen Mittag wird das Rollen so stark wie Lawinenfall. Luftstöße kommen, vor denen man den Atem anhält. Die Menschen sehen einander bedeutungsvoll an und versuchen, sich mit der Vorstellung zu trösten, das könne nur die Wirkung unserer neuen Wunderwaffe sein.

Später wird es ganz plötzlich still. In der Abenddämmerung kommen Flugzeuge. Drei, vier Jäger stoßen aus den grauen Winterwolken herab, nehmen den Bahnhof, den Flugplatz unter Feuer. Weitere folgen. Es entwickeln sich Luftkämpfe - nach wenigen Minuten ist der Spuk vorbei.

17. Januar

Die Russen sind an vielen Stellen durchgebrochen und rücken vor. Gumbinnen brennt. Nachts ist der ganze Osten ein Flammenmeer. Einzelne Flugzeuge kommen bis zu uns und werfen Leuchtschirme. Wir haben alle Patienten, die sich noch im Hause befinden, in die unterste Etage gebracht.

18. Januar

Man kann noch telefonieren. Ich sprach mit meiner Mutter und mit meinem ältesten Bruder, der vom südlichen Teil der Ostfront gerade auf Urlaub nach Hause gekommen ist. Sie sind dabei, einen Treck vorzubereiten. Das muß heimlich geschehen, weil noch keine offizielle Genehmigung dazu vorliegt. Mein Vater spielt mit dem Gedanken, noch eine Wildjagd zu geben. Im Walde ist so viel Rotwild wie noch nie. Nur weiß er nicht, wo er die Schützen herkommen soll.

19. Januar

Unser Krankenhaus wird geräumt. Alle Patienten und die meisten Schwestern fahren nach Pommern ab, wo sie in einem Privathaus auf dem Lande unterkommen sollen. Wir bleiben ohne Arbeit. Ich packe ein paar Gegenstände, die mir wert sind, in eine der vielen tausend Kisten, die seit Monaten laufend fa-

briziert werden, um das ganze Inventar der Stadt nach Westen zu befördern. Mit dem Rodelschlitten bringe ich sie zum Güterbahnhof. Dort verschwindet sie unter Hunderten ihresgleichen.

Auf dem Rückweg fällt mir eine Dame auf, die, von Paketen umgeben, am Straßenrand steht. Als ich zögernd vorübergehe, spricht sie mich an: „Ach, würden Sie mir bitte eine Speditionsfirma nennen! Ich möchte meine antike Wohnungseinrichtung von hier aus weiterbefördern. Wir haben sie eben mit vieler Mühe aus Gumbinnen herausgeholt, aber die Soldaten, die mir dabei geholfen haben, konnten mich nicht weiter mitnehmen. Es sind alles wertvolle Stücke, die ich wegen der Bomben vor zwei Jahren aus Wuppertal zu Bekannten nach Gumbinnen gebracht habe. Dies hier sind nur die kleinen Sachen, die großen stehen dort drüben in einem Hof.“ Wir gehen über die Straße, um sie in Augenschein zu nehmen. Es handelt sich um acht riesige Stücke, darunter ein eichenes Büfett von mindestens zehn Zentnern Gewicht. Ich staune, wie sie das alles aus der brennenden und auf drei Seiten vom Feind umgebenen Stadt herausgeschafft hat. Und dann stellen wir uns wieder an die Straße, um den Versuch zu machen, eines der in wildem Tempo vorbeirasenden Militärfahrzeuge anzuhalten, denn eine aktionsfähige Speditionsfirma dürfte kaum mehr aufzutreiben sein. Inzwischen nehme ich einen schüchternen Anlauf, die Dame zur Abreise ohne ihre Möbel zu bewegen. Aber davon will sie nichts wissen. Ihr Mann ist gefallen, Kinder hat sie nicht, ihr Haus ist zerstört - dies ist das einzige, was ihr noch gehört und woran sie hängt.

Während wir noch sprechen, erscheinen schwere Flugzeuge in niedriger Höhe über der Stadt. Ich traue meinen Augen nicht, als ich sämtliche Soldaten von der Straße gedankenschnell in den umliegenden Häusern untertauchen sehe. Nur die Zivilisten bleiben übrig. Aber dann fängt es da oben schon an zu blitzen und zu knattern. Ach, ach so! Das sind ja die Russen! Und so nah! So nah haben wir sie bei Tage noch nicht zu sehen bekommen. Sie machen einen Bogen und nehmen den Bahnhof unter Feuer. Da endlich setzt unsere Flak ein. Wie Schiffe auf hoher See heben und senken sich die schweren, von Jagdflugzeugen begleiteten Maschinen und drehen nach Osten ab. Als ob er sich verbrannt hätte, zieht der Riese seine Fühler noch einmal zurück. Aber das Tor hat er schon aufgestoßen. Auf dem Rückweg zum Krankenhaus spüre ich den eisigen Lufthauch.

Am Nachmittag bleibt alles still. Nur hoch am Himmel ziehen unsichtbare Flieger ihre kühnen Kondensstreifen. Ich gehe noch einmal über den Turnierplatz und an der Angerapp entlang, durch Sonne und tiefen Schnee. Die Seidenschwänze sind da und picken rote Beeren von den Sträuchern. Kein

Mensch mehr auf dieser Seite. Sie haben alle schon Abschied genommen.

Und abends bei Dunkelheit bin ich noch einmal in unserer Kirche. Seit dem Bombenangriff im letzten Sommer sind wir hier täglich zur Abendandacht zusammengekommen. Die Türen sind herausgeschlagen, durch den Haupteingang läuft eine Schneewehe zwischen den Bänken hin. Ich setze mich unter die Kanzel und singe zum Abschied das Lied: ‚Mein schönste Zier und Kleinod bist auf Erden du, Herr Jesus Christ. Dich will ich lassen walten.‘

20. Januar

Auf meinem Erkundungsgang zum Bahnhof finde ich die Möbel der Dame aus dem Westen noch vollzählig vor. Sie selbst ist damit beschäftigt, aus den kleineren Gegenständen ein paar handliche Pakete zu machen, die sie mit Bahnexpress abschicken will. Ich begleite sie zum Bahnhof. Dort wimmelt es von Menschen, die noch Kisten und Koffer wegschicken wollen. Als wir in einer langen Schlange vor dem Schalter stehen, gibt es plötzlich einen Knall, und Fensterscheiben fliegen uns um die Ohren. Alles rennt zum Ausgang, blickt nach oben, zieht schnell den Kopf ein und beschleunigt das Tempo. Ich packe meine Begleiterin bei der Hand und renne mit ihr los. Über uns stehen zehn oder zwölf Schlachtfieger wie Drachen in der Luft. Wir überqueren den Vorplatz und springen in den mit Menschen bereits überfüllten Schutzgraben. Im gleichen Augenblick kommt mit gewaltigem Rauschen die Bombenlast herunter. Ein kurzes, ohrenzerreißendes Splittern und Krachen - dann quillt der Menschenstrom wieder aus der Erde hervor und verteilt sich in Windeseile nach allen Seiten. Neben uns liegen dampfend zwei tote Pferde auf dem Straßenpflaster. Dahinter das Hotel ist zersiebt wie eine Papierkulisse. Überall knattert das Feuer. Durch meinen Sinn zucken Blitze aus glückseligen Kindertagen, die mich oft an dieser Stelle vorbeigeführt haben, wenn wir von Trakehnen aus zum Turnier nach Insterburg fahren. - Nun geht das Gericht über die Welt.

Der Bahnhof ist vorerst nicht getroffen worden. Dort stehen Lazarettzüge mit vielen Verwundeten. Unsere Flak hat diesmal geschwiegen. Auch der Flugplatz soll schon geräumt sein.

Die Danziger Straße entlanggehend, sehe ich neue Schlachtfieger kommen, springe in den Keller eines leeren Hauses und warte, bis sie ihre Bomben abgeladen haben, diesmal offenbar mehr im Zentrum der Stadt. Und dann sehe ich sie auf einmal in großer Zahl nordöstlich unserer Stadt hin und her pendeln. Dort wird also die Front sein. Schon nähert sich wieder ein neuer Verband dem Stadtgebiet. Da tauchen drei Jäger auf und stürzen sich, von Westen anfliegend, in gerader Richtung auf den Feind. Wie ein Flug Wildgänse, der von

Falken angegriffen wird, taumeln die ungefügten Maschinen durcheinander, und dann spielen sich dicht über den Häusern Einzelkämpfe ab. Mit wenigen Metern Abstand rasen zwei Jäger hintereinander über unsere Köpfe hinweg, der hintere jagt einen kontinuierlichen Feuerstoß in den vorderen hinein. Dieser skelettiert sich vor unseren Augen. Dicht vor den Speichern sieht man den Piloten herausspringen und schwer zu Boden schlagen, ehe der Fallschirm sich öffnet. Seine Maschine fliegt brennend weiter, während der Verfolger steil nach oben abdreht.

Als ich mich umsehe, steht Doktora neben mir, unsere junge Assistenzärztin. Sie ist eben aus Königsberg gekommen, wo wir sie hingeschickt hatten, um sich bei ihren Eltern von einer schweren Diphtherie zu erholen. Dort hat sie es aber nicht lange ausgehalten, sondern ist, von Unruhe geplagt, die Nacht durch auf Umwegen mit Militärautos bis in die Nähe unserer Stadt gelangt. Hier geriet sie in den ihr entgegenkommenden Flüchtlingsstrom hinein und wäre fast wieder umgekehrt, weil man ihr versicherte, die Russen wären schon in der Stadt. Nun freuen wir uns miteinander, daß sie durchgekommen ist, obgleich sie bei uns eigentlich nichts mehr zu suchen hat.

Gegen drei Uhr nachmittags ertönen Hornsignale - der Ersatz für die nicht mehr funktionierenden Sirenen - zum Zeichen für die restlichen Einwohner, die Stadt endgültig zu verlassen. Wir begleiten die übriggebliebenen Schwestern zum Bahnhof, wo der letzte Zug unter Dampf steht, und winken ihnen erleichtert nach, als sie bei hereinbrechender Dunkelheit aus dem gefährdeten Bahnhofsgelände heraus langsam nach Westen abrollen. Mit uns auf dem Bahnsteig zurückgeblieben ist die Dame aus dem Westen, die uns vorher schon im Krankenhaus aufgesucht und geholfen hat, die mit den Koffern der Schwestern beladenen Krankenträger zum Bahnhof zu schieben. Sie hat sich inzwischen innerlich und äußerlich von ihren Möbeln freigemacht und verspricht lachend, mit der nächsten Autogelegenheit das Weite zu suchen.

Zum Krankenhaus zurückgekehrt, essen wir uns in der Küche noch einmal richtig satt. Die Schränke stehen offen, und es ist noch von allem etwas da. Nachdem wir seit vielen Monaten in Gedanken täglich Abschied genommen haben, gelingt es uns jetzt nicht, traurig zu sein. Die letzten Stunden eines Zeitalters wollen mit klaren und frohen Sinnen erlebt werden. Nun fordert Gott das anvertraute Gut zurück und fragt, was wir daraus gemacht haben.

Spät abends kommt der Chef unseres Krankenhauses mit seinem Wagen, uns abzuholen. Ihm folgt ein Lastwagen vom Roten Kreuz, den wir mit den wertvollsten Gegenständen aus unserem Operationssaal beladen. Währenddessen kommen wieder einzelne Flugzeuge, um Leuchtschirme und Brandbomben

abzuwerfen. Auf der Straße stehen Volkssturmmänner mit Schrotflinten und sehen uns zu. Als letztes werfe ich mein Fahrrad auf den Wagen, dann fahren wir langsam unter Vermeidung der Mauertrümmer und herunterhängenden Drähte aus der von Bränden erhellten Stadt hinaus. Gegen Mitternacht sind wir in Gerdaun. Wir wollten dem Flüchtlingsstrom und entgegenkommenden Militärfahrzeugen ausweichen, hatten aber doch nicht erwartet, die Straßen auf diesem Umweg derartig leer zu finden. Nicht ein Fahrzeug, nirgends auch nur das geringste Zeichen dafür, daß noch die Absicht besteht, Ostpreußen auf dieser Seite zu verteidigen. Man fährt schon wie durch Niemandsland.

Morgens gegen vier Uhr fahren wir bei grimmiger Kälte in Königsberg ein. Gespensterhaft gleiten die verschneiten Trümmer von Sackheim an unseren Augen vorüber. Dann trennen sich unsere Wege. Bei Doktoras Eltern in Juditten, einem Vorort von Königsberg, finde ich zunächst ein Unterkommen.

Abkürzungen, Literatur, Quellendokumentation

Literatur:

Alexander Fürst zu Dohna - Schlobitten: Erinnerungen eines alten Ostpreußen. Berlin 1991 (Vollständige Taschenbuchausgabe im Goldmann Verlag)

Lehndorff Hans Graf von: Ostpreußisches Tagebuch. Aufzeichnungen eines Arztes aus den Jahren 1945-1947. Köln 1964 (13. Aufl.).

Tilitzki, Ch.: Alltag in Ostpreußen 1940-1945. Die geheimen Lageberichte der Königsberger Justiz 1940-1945. Leer 1991.

Wagner, R. M., Stamm, H.-U.: Die letzten Stunden daheim, Köln 1972

Dokumentation : Die Zeitungsausschnitte 1 und 2 sind Beispiele für die NS- Propaganda

Menselwacht 1/5 Oktober 1947

W. K. Brinkmann

Nach dem überstandenen Feldzuge in Polen und Frankreich... Kurt Brinkmann

Nach gut überstandenen Feldzügen in Polen und Frankreich... Hermann Stotzka

Nach Gutes helgen Willen gab sein junges Leben für Vater, Volk und Heimat... Artur Bergner

Todeshüter erfüllten sich der schmerzlichen Aufgabe... Oskar Bösch

Lar Führer und Vorkadett... Richard Ojus

Nach Gutes helgen Willen, getreu seinem Eid... Wilhelm Aschendorf

Den Heldentum für Führer und Vaterland... Ernst Bahs

Hierzu verabschiedet nach kurzem... Georg Petarus

Nach gut überstandenen Feldzügen in Polen, Belgien und Frankreich... Helmut Kausch

Nach Gutes helgen Willen... Paul Schley

Nach Gutes helgen Willen... Ernst Looper

Am 20. 10. 8 Uhr vormittags... Frau Lina Naumann

Nach Gutes helgen Willen... Helmut Wisthoff

Nach Gutes helgen Willen... Paul Kniekitt

Nach Gutes helgen Willen... Richard Blank

Am 1. Oktober 1947... Familie Pastowski

Wir schließen die ersehnte Nach... Bruno Milbracht

Nach glücklichen überstandenen Feldzügen... Paul Staechel

Die glückliche Geburt eines... Richard Blank

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme... Familie Pastowski

Nach Gutes Willen, dem der Heimat... Otto Krüger

Nach gut überstand. Feldzug im Westen... Werner Zsmeizlet

Unter einer Krippe... Hermann Alkroger

Die Verlobung haben bekannt... Emmy Blank

Marzahnheim, den 30. September 1947... Familie Krüger

Paul Staechel als Vater... Werner Zsmeizlet

Edith Mähl... Familie Alkroger

Zurückgekehrt... Helmut Stein